Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

26. Januar 1981 Nr. 5

Preis 1 DM D 21060 C



Die Arbeitslosenversicherung im Mittelpunkt

Im Bundestag wird der Haushaltsplan des Kabinetts verhandelt. Einige seiner Grundannahmen sind bereits überholt. Die Arbeitslosenversicherung wird zunehmend in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken.

bep. Matthöfers Haushaltsentwurf geht von einem realen Wachstum des Bruttosozialprodukts von 0,5% und durchschnittlich 1,1 Mio. Arbeitslosen im Jahr 1981 aus; ein Sinken des Sozialprodukts und mindestens 1,2 Mio. Arbeitslose gelten fast als sicher. Die Steuereinnahmen wie die Einnahmen der Sozialversicherungen werden also niedriger, die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung höher sein als angenommen. Der Haushaltsplan wird in erster Lesung behandelt; vor der endgültigen Befassung im Parlament steht seine Überarbeitung im Haushaltsausschuß. Nach der Verabschiedung kann der Haushalt noch durch einen Nachtragshaushalt oder ein Haushaltssicherungsgesetz geändert werden. Die Haushaltsexperten der Regierungsparteien haben sich schon auf Prinzipien einer Überarbeitung festgelegt. Im Pressedienst der SPD-Fraktion heißt es: ,,Mit Ausnahme des investiven Anteils muß der gesamte Bereich der Erhaltungssubventionen, müssen die konsumtiven Ausgaben und auch

überholt. Die Arbeitslosenversicherung wird zunehmend in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken.

bep. Matthöfers Haushaltsentwurf geht von einem realen Wachstum des Bruttosozialprodukts von 0,5% und durchschnittlich 1,1 Mio. Arbeitslosen im Jahr 1981 aus; ein Sinken des Sozialprodukts und mindestens 1,2 Mio. Arbeitslose gelten fast als sicher. Die Steuereinnahmen wie die Einnahmen der Sozialversicherungen werden also niedriger, die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung höher sein als angenommen. Der Haushaltsplan wird in erster Lesung behandelt; vor der endgültigen Befassung im Parlament steht seine Überarbeitung im Haushaltsausschuß. Nach der Verabschiedung kann der Haushalt noch durch einen Nachtragshaushalt oder ein Haushaltssicherungsgesetz geändert werden. Die Haushaltsexperten der Regierungsparteien haben sich schon auf Prinzipien einer Überarbeitung festgelegt. Im Pressedienst der SPD-Fraktion heißt es: ,,Mit Ausnahme des investiven Anteils muß der gesamte Bereich der Erhaltungssubventionen, müssen die konsumtiven Ausgaben und auch

Transferleistungen in eine eingehende Überprüfung einbezogen werden.'' Das zielt auf die Kürzung von Stellen und Löhnen im öffentlichen Dienst, auf die Einschränkung von Sozialausgaben und möglicherweise von Zuschüssen an die Sozialversicherungen. Im ,,Finanzplan des Bundes 1980 bis 1984'' ist zu lesen: Der ,,Ersatzbedarf infolge des relativ veralteten Kapitalbestands'' in der BRD sei weiterhin groß; der Anteil der ,,konsumtiven Nachfrage'' und der Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt müßte in den nächsten Jahren zugunsten der Anlageinvestitionen zurückgehen. An eine Einschränkung des individuellen Konsums der Kapitalisten ist dabei wohl weniger gedacht als an eine Senkung des Reallohnniveaus und eine Verringerung des Teils der Staatsausgaben, der zur gesellschaftlichen Reproduktion der Lohnabhängigen beiträgt. Der Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, über den die Kapitalisten direkt verfügen, soll erhöht werden. Manches, was man als Forderung der Kapitalisten kannte, ist schon offiziell Bestandteil der Regierungspolitik.

Freie Bahn dem Kapital

Kapitalistenverbände und Wirtschaftspolitiker der CDU und FDP sind damit noch nicht zufrieden. Zur Überwindung der Krise fordern sie ,,Beseitigung von Investitionshemmnissen''. Einige Schranken, die gegen das rücksichtslose Wüten des Profitinteresses durchgesetzt wurden, sollen fallen. Auflagen und Genehmigungsverfahren für Kraftwerke, Mülldeponien und Industrieanlagen sollen beseitigt oder erleichtert werden. Im neuen Energieprogramm der Bundesregierung soll der Kernenergie größerer Platz eingeräumt werden, die Hindernisse für die Errichtung neuer Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen sollen beseitigt werden. Das Mietrecht soll geändert werden, um eine ,,Lösung'' des Wohnungsproblems ,,über den Preis'' zu ermöglichen.

Die Versicherungen sind der wichtigste Streitpunkt

Am 26. Juli 1930 verfügte die Regierung Brüning in ihrer ersten gültigen Notverordnung die Erhöhung des Beitrags der Arbeitslosenversicherung auf 4½% des Lohns und schränkte gleichzeitig die Leistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung weitgehend ein. Deutschland hatte zu dieser Zeit ca. 3,3 Mio. gemeldete Arbeitslose. Der historische Vergleich soll nicht überstrapaziert werden, hauptsächlich soll er zeigen, daß in der Wirtschaftskrise die Versicherungen, und vor allem die Arbeitslosenversicherung, in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken und die Kontrolle der Versicherungen für die Arbeiterbewegung entscheidende Bedeutung bekommt. Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung sind Bestandteile der Lohnsumme, der ,,konsumtiven Ausgaben'', die die Kapitalisten unbedingt senken wollen. Die Einschränkung des Versicherungsschutzes soll den Druck der Arbeitslosigkeit wieder stärker zur Wirkung kommen lassen. Der Streit darum ist schon im Gange. Matthöfer verkündete in seiner Etat-Rede letzten Freitag: ,,Es ist heute noch nicht abschließend zu beurteilen, wie auf längere Sicht eine zugleich sozial gerechte

zu ermöglichen.

Die Versicherungen sind der wichtigste Streitpunkt

Am 26. Juli 1930 verfügte die Regierung Brüning in ihrer ersten gültigen Notverordnung die Erhöhung des Beitrags der Arbeitslosenversicherung auf 4½% des Lohns und schränkte gleichzeitig die Leistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung weitgehend ein. Deutschland hatte zu dieser Zeit ca. 3,3 Mio. gemeldete Arbeitslose. Der historische Vergleich soll nicht überstrapaziert werden, hauptsächlich soll er zeigen, daß in der Wirtschaftskrise die Versicherungen, und vor allem die Arbeitslosenversicherung, in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken und die Kontrolle der Versicherungen für die Arbeiterbewegung entscheidende Bedeutung bekommt. Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung sind Bestandteile der Lohnsumme, der ,,konsumtiven Ausgaben'', die die Kapitalisten unbedingt senken wollen. Die Einschränkung des Versicherungsschutzes soll den Druck der Arbeitslosigkeit wieder stärker zur Wirkung kommen lassen. Der Streit darum ist schon im Gange. Matthöfer verkündete in seiner Etat-Rede letzten Freitag: ,,Es ist heute noch nicht abschließend zu beurteilen, wie auf längere Sicht eine zugleich sozial gerechte

und ausreichende Zuordnung der finanziellen Lasten der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitslosenhilfe und der Arbeitsmarktpolitik auf den Kreis der Abgabepflichtigen und auf die öffentlichen Haushalte gestaltet werden soll.'' Eventuelle Einnahmeausfälle der Arbeitslosenversicherung im laufenden Jahr würden aus Haushaltsmitteln, das heißt durch zusätzliche Kreditaufnahme und letztlich also durch Steuern finanziert werden. Damit wird er auf den Widerstand der Kapitalisten und der CDU und FDP stoßen; im Interesse der Arbeiterbewegung ist dieser Vorschlag aber auch nicht, der auf steigende Steuerbelastung und damit auch Senkung des Nettolohns hinausläuft. Über die Leistungen der Arbeitslosenversicherung hat Matthöfer nichts gesagt. Lambsdorff wird dafür seit einiger Zeit nicht müde, Maßnahmen gegen den ,,Mißbrauch'' der Arbeitslosenversicherung zu fordern. Eine Regierungskommission zur Untersuchung dieser Mißbräuche und ,,zur Vorbereitung von Gesetzesänderungen'' (FAZ, 16.1.) war bereits geplant. Inzwischen ist sie um Vertreter der Gewerkschaften, der Kapitalistenverbände, der Bundesanstalt für Arbeit und des deutschen Städtetages erweitert worden; Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Wachsen die Arbeitslosenzahlen weiter, wird die Alternative aufgeworfen werden, entweder die Leistungen der Arbeitslosenversicherung einzuschränken oder die Beiträge zu erhöhen. Eine Erhöhung der Beiträge ist in diesem Fall notwendig. Nicht notwendig ist, daß die Beitragserhöhung die Nettolöhne senkt. Die Beitragserhöhungen müssen vollständig von den Kapitalisten gezahlt werden.

(s. auch Seiten 7 bis 9)



Die internationale Solidaritätsbewegung mit Kim Dae Jung hat das südkoreanische Regime gezwungen, das Todesurteil in eine lebenslange Haftstrafe umzuwandeln. Hier ein Bild von der internationalen Konferenz, die am 10. und 11. Dezember in Tokyo stattfand.

Erfolge der Befreiungsbewegung El Salvadors – aber kein Durchbruch

gkr. Nach ersten Erfolgen ihrer Offensive gelang es den Befreiungsstreitkräften El Salvadors offensichtlich nicht, die befreiten Gebiete vollständig zu halten. Aus den Provinzhauptstädten Santa Ana, Zacatecoluca und San Francisco Gotera zogen sie sich aus taktischen Gründen zurück, nachdem sie z.B. San Francisco Gotera, die Hauptstadt der Provinz Morazan,



Die internationale Solidaritätsbewegung mit Kim Dae Jung hat das südkoreanische Regime gezwungen, das Todesurteil in eine lebenslange Haftstrafe umzuwandeln. Hier ein Bild von der internationalen Konferenz, die am 10. und 11. Dezember in Tokyo stattfand.

Erfolge der Befreiungsbewegung El Salvadors – aber kein Durchbruch

gkr. Nach ersten Erfolgen ihrer Offensive gelang es den Befreiungsstreitkräften El Salvadors offensichtlich nicht, die befreiten Gebiete vollständig zu halten. Aus den Provinzhauptstädten Santa Ana, Zacatecoluca und San Francisco Gotera zogen sie sich aus taktischen Gründen zurück, nachdem sie z.B. San Francisco Gotera, die Hauptstadt der Provinz Morazan,

mehrere Tage lang gegen die Regierungstruppen verteidigt hatten. Aber etwa ¼ des Landes ist mittlerweile nach Angaben der FMLN befreit. Garcia, Verteidigungsminister der von den US-Imperialisten in den Sattel gehobenen Junta, mußte zugeben, daß die Regierungstruppen über weite Teile von 6 Provinzen die Kontrolle verloren haben. Ende der letzten Woche begannen erneut Kämpfe in San Salvador und Umgebung, allerdings mit geringerer Intensität als die Woche davor. Es scheint den Befreiungsstreitkräften nicht gelungen zu sein, die Truppen der Junta an einer Stelle entscheidend zu treffen. Auf der anderen Seite fallen die obligatorischen Erfolgsmeldungen der Junta eher spärlich aus. Ihre Truppen sind durch die vorangegangenen Kämpfe wie auch durch die Desertionen eines Teils der Truppe so geschwächt, daß es ihr nicht gelingt, die befreiten Gebiete wieder zu erobern.

Die Guerillaorganisationen konnten in der geführten Offensive, die als Endoffensive angekündigt war, das angestrebte Ziel nicht erreichen. Ein wichtiger Grund wird gewesen sein, daß die Junta durch brutale Unterdrückung einen Erfolg des ausgerufenen Generalstreiks verhindern konnte. Viele Betriebe hatte die Junta vorsorglich durch Militär besetzen lassen. Mit der Räumung der Provinzhauptstädte durch die Befreiungsstreitkräfte ist offensichtlich geworden, daß die Befreiungsorganisationen zwar Kontrolle über Teile des Landes, nicht aber über Zentren El Salvadors ausüben. Die FDR selbst spricht von einem Gleichgewicht in der militärischen Lage und bezeichnet die jetzigen Kämpfe als Abnutzungskrieg. Die Fehleinschätzung der Möglichkeiten durch die Befreiungsstreitkräfte könnte allerdings weiterreichende Folgen haben, da die Glaubwürdigkeit von FMLN/FDR unter den Volksmassen dadurch leidet.

Nachdem der US-Botschafter in El Salvador, White, erklärt hatte, die USA würden auf keinen Fall eine ,,marxistische Regierung'' in El Salvador dulden, ergriffen die US-Imperialisten Maßnahmen: Die zugesagte Waf-

ungsstreitkräfte könnte allerdings weiterreichende Folgen haben, da die Glaubwürdigkeit von FMLN/FDR unter den Volksmassen dadurch leidet.

Nachdem der US-Botschafter in El Salvador, White, erklärt hatte, die USA würden auf keinen Fall eine ,,marxistische Regierung'' in El Salvador dulden, ergriffen die US-Imperialisten Maßnahmen: Die zugesagte Waf-

fenlieferung wurde auf etwa 10 Mio. $ verdoppelt, sogar offiziell wurden 7 US-Militärberater nach San Salvador geschickt. Die internationale Verurteilung der US-Imperialisten ist breit. Sie reicht von Kanadas Ministerpräsident Trudeau bis zur Sozialistischen Internationale und der SPD. Man wird sie beim Wort nehmen müssen.

Gleichzeitig mit der militärischen Offensive in El Salvador hatte die FDR, der Dachverband der politischen Organisationen, die gegen die Junta kämpfen, eine diplomatische Offensive zur internationalen Anerkennung und Unterstützung eingeleitet. Eine Delegation der ,,Politisch-Diplomatischen Kommission'' der FDR, der die Guerillaführerin Anna Guadelupe Martinez und der für internationale Beziehungen zuständige Héctor Ocqueli angehören, besucht derzeit verschiedene Staaten und wird am 3./4. Februar auch in der BRD sein, vor allem um mit der SPD, die die FDR verbal unterstützt, zu verhandeln. Die Bundesregierung, und nicht nur die SPD, soll die Revolutionäre Demokratische Front (FDR) als Vertretung des Volkes von El Salvador anerkennen. Das wäre ein Schritt, der dem Befreiungskampf des Volkes von El Salvador gegen US-Imperialismus und der von ihm eingesetzten Militärjunta nützen würde.

Zentrale Demonstration und Kundgebung

der El Salvador-Solidaritätskomitees am 31. Januar 1981 in Frankfurt, 11 Uhr ab Bockenheimer Warte, Campus – zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von El Salvador.

,Welcome home' in Wiesbaden

lup. So widerwärtig der Rummel um die Freilassung der Geiseln durch die iranische Regierung ist, es gibt viele Gründe, darüber erleichtert zu sein, daß die Angelegenheit jetzt endlich aus der Welt geschafft ist. Die Sowjetunion hatte offenbar das größte Interesse, die Auseinandersetzung möglichst lange hinzuhalten. Ende vorletzter Woche hatte sie ,,gewarnt'', die laufenden Verhandlungen dienten den USA nur dazu, einen militärischen Schlag gegen den Iran vorzubereiten.

Das ausgehandelte Abkommen ist kein Sieg des Iran über den US-Imperialismus. Bestenfalls bekommt der Iran zurück, was ihm gehört. Bani-Sadr hatte seit Monaten auf eine rasche Lösung der ganzen Angelegenheit gedrängt und erklärt, die Bedingungen, unter denen der Iran die Geiseln los wird, könnten sich nur noch verschlechtern. Dies ist auch eingetreten. Trotzdem, die Freilassung der Geiseln wird, so ist zu hoffen, dem Iran den nötigen Spielraum verschaffen, seine inneren Probleme zu lösen und den Krieg mit dem Irak zu einem akzeptablen Abschluß zu bringen.

Die USA unterscheide vom Iran, daß sie seit 200 Jahren das Völkerrecht eingehalten hätte, erklärte Carter nach seiner Rückkehr in die USA. Vor knapp 2 Jahren hatte seine Administration in der US-Botschaft in Teheran nachfragen lassen, wie die Chancen seien, Reza Pahlewi durch einen Militärcoup an die Macht zurückzuputschen – wie 1953 schon einmal vom CIA inszeniert. Kaum daß die Geiseln in Wiesbaden eingetroffen wa-

Das ausgehandelte Abkommen ist kein Sieg des Iran über den US-Imperialismus. Bestenfalls bekommt der Iran zurück, was ihm gehört. Bani-Sadr hatte seit Monaten auf eine rasche Lösung der ganzen Angelegenheit gedrängt und erklärt, die Bedingungen, unter denen der Iran die Geiseln los wird, könnten sich nur noch verschlechtern. Dies ist auch eingetreten. Trotzdem, die Freilassung der Geiseln wird, so ist zu hoffen, dem Iran den nötigen Spielraum verschaffen, seine inneren Probleme zu lösen und den Krieg mit dem Irak zu einem akzeptablen Abschluß zu bringen.

Die USA unterscheide vom Iran, daß sie seit 200 Jahren das Völkerrecht eingehalten hätte, erklärte Carter nach seiner Rückkehr in die USA. Vor knapp 2 Jahren hatte seine Administration in der US-Botschaft in Teheran nachfragen lassen, wie die Chancen seien, Reza Pahlewi durch einen Militärcoup an die Macht zurückzuputschen – wie 1953 schon einmal vom CIA inszeniert. Kaum daß die Geiseln in Wiesbaden eingetroffen wa-

ren, erklärte Carter, wie günstig es doch sei, daß ein Teil der iranischen Guthaben noch in den USA verblieben wäre. Reagan, der sich wenige Tage zuvor noch zur Einhaltung der von der Carter-Regierung ausgehandelten Vereinbarungen verpflichtet hatte, erklärt nun, er werde *prüfen*, ob er das Abkommen einhalten könne. Das den Republikanern nahestehende ,,Wall Street Journal'' rief unverblümt dazu auf, das Abkommen in Fetzen zu reißen, ebenso R. Nixon. Bestimmt jedenfalls werden die USA die in ihren Händen verbliebenen iranischen Guthaben zumindest als Druckmittel nutzen. Was immer man von der Geiselnahme hält, den US-Imperialisten gegenüber ist die iranische Regierung allemal im Recht.

Helmut Schmidt hat sich in Frankfurt von Carter bestätigen lassen, wie hilfreich die Dienste der Bundesregierung gewesen seien. Danach hat Carter ihn nach Hause geschickt. Helmut Schmidt hatte mit nach Wiesbaden gewollt. Sein Besuch auf dem ,,Rhein-Main-Air-Base'' aber, so Carter, sei eine ,,rein inneramerikanische Angelegenheit''. Er hat es sich nicht nehmen lassen, auf die Hoheitsrechte der US-Besatzer in der BRD zu pochen.

Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung?

vol. Bundesinnenminister Baum ist gegen die Einführung der Arbeitsmarktabgabe für Beamte. Er fürchtet um die Aushöhlung des Beamtenstatus und will den Angriff der Kapitalisten auf die Arbeitslosenversicherung stützen. Mit dem Anlaß des steigenden Defizits der Versicherung durch die Entwicklung der Krise verlangen die Kapitalisten eine Senkung der Leistungen, um mit dem Druck der Reservearmee die Ausbeutung zu steigern.

Staatssekretärin Fuchs, SPD, will das Defizit durch Einführung der Arbeitsmarktabgabe auch für die Beamten, was ca. 2 Mrd. DM Mehreinnahmen bedeutet, senken. Der DGB ist für eine Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung, so daß Beamte auch die Leistungen in Anspruch nehmen können. Dies ist schon heute in begrenztem Umfang der Fall. Dafür spricht auch, daß ein knappes Drittel der Arbeitslosen heute nicht versichert ist, darunter ehemalige Beamte auf Zeit, Widerruf etc. Mit der Aufnahme der Beamten in die Arbeitslosenversicherung sollte übehaupt Schluß gemacht werden mit dem besonderen Dienstrecht der Beamten. Die sogenannten Privilegien der Beamten vom Standpunkt der Lohnabhängigen reduzieren sich sowieso nur noch auf die Unkündbarkeit, die aber bei politischer und gewerkschaftlicher Betätigung hin ist, und auf kleine Besserstellungen bei Kranken- und Rentenversicherung, wobei je nach Höhe des Gehalts es aber Unterschiede gibt. Die negativen Seiten sind zuletzt im Poststreik deutlich geworden: beliebige Versetzbarkeit der Beamten, beliebige Ausdehnbarkeit der Arbeitszeit, Verbot von gewerkschaftlicher und politischer Betätigung zur Verteidigung der eigenen Interessen. Die Gewerkschaften könnten bei der Unterstützung des Plans des Arbeitsministeriums verlangen, daß die Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung, die ja den Staatshaushalt von der pflichtgemäßen Deckung der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung entlastet, mit der Gleichstellung der Beamten mit den übrigen Lohnabhängigen verbunden wird durch Abschaffung des Beamtenrechts. So könnten mit den zusätzlichen 2 Mrd. DM sowohl die Arbeitslosenversicherung gestärkt werden als auch die Rechte der Lohnabhängigen gegen Kapitalisten und bürgerlichen Staat gefestigt werden.

Westberliner Senat vollständig unter der Regie der Bundesregierung

söh. Eine Senatsumbildung, wie sie in Westberlin vollzogen wurde, ist so in keiner westdeutschen Großstadt denkbar. Mit Ausnahme von zwei Senatoren der FDP und drei der SPD ist die gesamte 13köpfige Regierung in Westberlin ausgetauscht. Ausnahmslos handelt es sich bei den neuen Senatoren um Politiker aus Westdeutschland. Von den verbleibenden fünf Senatoren sind ebenfalls drei 1977 bzw. 1978 aufgrund von Regierungskrisen nach Westberlin geholt worden. Der Verlauf der Zusammenstellung dieses Senats läßt den Schluß zu, daß die Bonner Regierung Westberlin unter die eigene Regie genommen hat.

Die Widersprüche, wie sie sich in Westberlin entwickelten, im wesentlichen aufgrund des im Vergleich zu Westdeutschland höheren Abbaus von Arbeitsplätzen, der damit verbundenen Abwanderung der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, der teuren Lebenshaltungskosten besonders im Bereich des Wohnens oder der Inkaufnahme von schlechten Wohnungen verbunden mit einer ganzen Reihe von Skandalen und Affären, in die die Kommunalpolitiker verwickelt waren, haben das Ansehen Westberlins in den letzten Jahren immer mehr geprägt als das mühsam aufgebaute und von der Bonner Regierung erwünschte Image eines „vorgeschobenen Postens der Freiheit". Die Besatzermächte USA, Großbritannien und Frankreich, die sich gerne als „Schutzmächte" für die „Freiheit Westberlins" bezeichnen lassen, sind in die Auseinandersetzung um die Erhaltung von Naherholungsraum und um die Bezahlung der Besatzerkosten häufig in den direkten Gegensatz zu Aktionen und Demonstrationen geraten.

Die Kämpfe, die sich vornehmlich auf kommunale und soziale Probleme konzentrieren, drohen umzuschlagen in eine grundsätzliche Hinterfragung der Rolle und des Status von Westberlin.

Offenbar sieht die Bonner Regierung die Gefahr als so groß, daß sie „so ungefähr den Besten vom Besten" (Kommentar in der Berliner Abendschau über den jetzigen Regierenden Bürgermeister und ehemaligen Bundesjustizminister Vogel), den die SPD zu bieten hatte, nach Westberlin schickte. Mit dem Einsatz des ständigen Vertreters der Bundesregierung in der DDR, Gaus,zeichnet sich weiter ab, daß man in Bonn gedenkt, von Westberlin her wieder direkt die Ziele der Außenpolitik Westdeutschlands zu vertreten. Nicht gefährdet werden soll die rechtlich nicht haltbare aber politisch vertretene Auffassung, daß Westberlin ein Teil der BRD und der EG ist. Westberlin ist in der ganzen Auseinandersetzung zwischen den beiden Machtblöcken von NATO und Warschauer Pakt stets als wichtiges Handelsobjekt benutzt worden. Das Entstehen einer Volksbewegung, die sich für die Unabhängigkeit der Stadt gegenüber den Besatzern, Westdeutschlands und der DDR einsetzt, die womöglich nach selbstständigen vertraglichen Regelungen auf der Grundlage des internationalen Völkerrechts besonders mit den Völkern Osteuropas strebt, ist so ungefähr das letzte, was sich die Bundesregierung und ihre Verbündeten für ihre Außenpolitik wünschen. Darum soll verhindert werden, daß sich die Regierungen in Westberlin in den kommunalen Auseinandersetzungen derartig verschleißen. Dazu wurde der Senat von der in den Steuersubventionen und Westberliner Finanzspekulationen zerrissenen SPD getrennt und unter die Führung westdeutscher Kader gestellt. Die CDU hat einen ähnlichen Schritt vor zwei Jahren mit ihrem Spitzenmann Richard von Weizsäcker eingeleitet, der, als die Wahl 1979 nicht gewonnen wurde, wieder nach Bonn in Wartestellung ging und jetzt einen neuen Anlauf versucht.

Die CDU sieht die Chance, aus dem Garski-Skandal und der Senatsumbildung mit einer absoluten Mehrheit bei Neuwahlen hervorzugehen. Dagegen bemüht sich die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) um eine eigene Kandidatur und fordert andere Organisationen und Bürgerinitiativen zur Mitarbeit auf. Der KBW unterstützt diese Bemühungen und setzt sich dafür ein, daß sich die AL auf ein Programm konzentriert, das für einen großen Teil des Arbeiterflügels der SPD annehmbar ist und Elemente aus den Grundsatzprogrammen der Gewerkschaften enthält.

Keine Zugeständnisse an die NATO
Keine Vorleistungen an die Sowjetunion

ges. Eine „grundsätzliche Debatte" über Waffenexporte hat Helmut Schmidt jetztangekündigt. Eine grundsätzliche Debatte verlangt grundsätzliche Positionen. Schmidts grundsätzliche Position ist Freigabe der Waffenexporte, Einschränkung nur als Ausnahme. Waffenlieferungen an die Volksbefreiungsbewegung in El Salvador wären eine Ausnahme wie auch Waffenlieferungen an das Demokratische Kampuchea, den afghanischen Widerstand oder die polnische Arbeiterbewegung, falls sie sich gegen eine sowjetische Invasion wehren muß. Solche Waffenlieferungen würden offene Konflikte mit den beiden Supermächten bringen. Sie werden auch unterbunden bleiben, wenn der Waffenexport grundsätzlich freigegeben wird. Geht man von den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen aus, kann die Gegenposition gegenüber der Regierung nur in der Forderung nach grundsätzlichem Verbot des Waffenexports bestehen. Ausnahmen müßten Fälle bilden, in denen Völker, insbesondere Völker der Dritten Welt, äußerer Intervention und Aggression ausgesetzt sind und der Kampf gegen den imperialistischen Krieg durch die Völker nicht anders als mit Waffen geführt werden kann. Diese müßten

Wie soll zum Beispiel die DKP eine demokratische Position vertreten, wo die Sowjetunion in mehrere Aggressionskriege verwickelt ist CSSR beim Waffengeschäft Südafrika erwischt wird?

Eigentlich leicht zu entscheiden ist auch die Frage der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa und Westdeutschland. Sie sollen für den US-Imperialismus den auf Europa begrenzten Atomschlag machbar machen, machbar durch den US-Präsidenten. Um die Hände frei zu haben, im Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, gerade auch gegen das Expansionsstreben der Sowjetunion, ist jede Einschränkung der Volkssouveränität durch die Supermächte abzulehnen. Im Kampf dagegen muß das Volk nach Herrschaft und Waffen streben, denn das Interesse an Frieden ist nicht mit frommen Gebärden zu verwirklichen. Schlimmeres noch als bloße Schafsköpfigkeit versuchen Kräfte wie die DKP in den Kampf gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen hineinzutragen: Der Entspannung mit der Sowjetunion zuliebe seien „Vorleistungen" nötig. „Unsere Vorleistung", meint Prof. Gerhard Kade, „wäre in diesem Zusammenhang das Abkoppeln von den Globalinteressen der Vereinigten Staa-

An einigen Orten Bündnisse zu den hessischen Kommunalwahlen

löh. Wenn am 22. März in Hessen die Kommunalwahl stattfindet, werden in einigen Städten und Gemeinden Wahlbündnisse links von der SPD kandidieren. U.a. der KBW hatte solche Bündnisse vorgeschlagen (s. KVZ 50/80, S. 3). Die Phase der Herstellung von Bündnissen bzw. ihres Scheiterns ist jetzt im wesentlichen abgeschlossen. Konkret kam es zu Wahlbündnissen in Gießen, Wiesbaden, Michelstadt, Mörfelden, Hanau, Friedberg und Hofheim. Der Charakter dieser Wahlbündnisse ist unterschiedlich. Zum größten Teil wurde sich zusammengeschlossen auf Grundlage konkreter Forderungen, die schwerpunktmäßig Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion betreffen. Ein anderer Teil der Bündnisse ist direkt Produkt bestimmter Bewegungen bzw. Kämpfe und bezieht sich darauf. Unterschiedliche politische Organisationen (u.a. KBW, Demokratie und Sozialismus, Volksfront, Grüne) sowie Einzelpersonen aus Gewerkschaften, Bürgerinitiati-

tisch zu vertreten ... Wir treten in unserer Wahlplattform dafür ein, daß keine weiteren Gebühren- und Tariferhöhungen getätigt werden, Recht auf Steuerverweigerung durch die Kommune, für eine ausreichende Kinderversorgung, Ausbau des Volksbildungswesens, Kommunalwahlrecht für Ausländer u.a."

Sektierertum ist hauptsächlich dafür verantwortlich, daß es nicht noch an weiteren Orten zu Wahlbündnissen gekommen ist. Insbesondere die Grünen haben sich dabei hervorgetan. Der Landesvorstand hat einen Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt, der den Mitgliedern der Grünen verbieten soll, gemeinsam mit Mitgliedern des KBW auf einer Liste zu kandidieren. Dies ist die Reaktion des Landesvorstandes auf die Diskussion zu den Kommunalwahlen, bei denen sich in den meisten Fällen herausstellte, daß die eingeschränkte Ökologieposition der Grünen der Praxis und den Argumenten nicht standhält und kein Aktionsprogramm für

in den meisten Fällen, wo Wahlbündnisse hergestellt wurden, nicht mehrere Organisationen links von der SPD kandidieren, abgesehen von der DKP.

In Frankfurt, wo es wegen der politischen Bedeutung besonders wichtig wäre, ist es ebenfalls nicht zu einem Wahlbündnis gekommen. Die Grünen wollten die beiden anderen Fraktionen – die Linken (u.a. KBW, Grüne Liste Hessen, KB Nord, Gruppe Arbeiterpolitik) sowie die Spontis – auf ihr grünes Programm verpflichten und waren nur unter diesen Bedingungen zu einer gemeinsamen Kandidatur bereit. Die Spontis, vertreten durch Cohn-Bendit, sowie die Mehrheit der Linken (die Vertreter des KBW hatten dagegen gestimmt) ließ sich darauf ein. Als auf einer Mitgliederversammlung der Grünen die gemeinsamen Kandidaten dann gewählt werden sollten, fand sich aber keine Mehrheit für die Kandidaten der Linken. Daraufhin erklärte Cohn-Bendit, daß eine alleinige Kandidatur der Spontis mit den Grünen nun auch

Großbritannien und Frankreich, die sich gerne als „Schutzmächte" für die „Freiheit Westberlins" bezeichnen las- Volksbewegung, die sich für die Unabhängigkeit der Stadt gegenüber den Besatzern, Westdeutschlands und der gels der SPD annehmbar ist und Elemente aus den Grundsatzprogrammen der Gewerkschaften enthält.

Keine Vorleistungen an die Sowjetunion

ges. Eine „grundsätzliche Debatte" über Waffenexporte hat Helmut Schmidt jetztangekündigt. Eine grundsätzliche Debatte verlangt grundsätzliche Positionen. Schmidts grundsätzliche Position ist Freigabe der Waffenexporte, Einschränkung nur als Ausnahme. Waffenlieferungen an die Volksbefreiungsbewegung in El Salvador wären eine Ausnahme wie auch Waffenlieferungen an das Demokratische Kampuchea, den afghanischen Widerstand oder die polnische Arbeiterbewegung, falls sie sich gegen eine sowjetische Invasion wehren muß. Solche Waffenlieferungen würden offene Konflikte mit den beiden Supermächten bringen. Sie werden auch unterbunden bleiben, wenn der Waffenexport grundsätzlich freigegeben wird. Geht man von den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen aus, kann die Gegenposition gegenüber der Regierung nur in der Forderung nach grundsätzlichem Verbot des Waffenexports bestehen. Ausnahmen müßten Fälle bilden, in denen Völker, insbesondere Völker der Dritten Welt, äußerer Intervention und Aggression ausgesetzt sind und der Kampf gegen den imperialistischen Krieg durch die Völker nicht anders als mit Waffen geführt werden kann. Diese müßten
dann unentgeltlich geliefert werden. Grundsätze gegen Grundsätze. Niemand kann sagen, ein Verbot von Waffenexporten sei nicht möglich. Es ist genauso möglich wie das Verbot von Heroinimporten. Aber es gibt Kräfte, die die klare Front verwischen wollen und ein Interesse daran haben.

Wie soll zum Beispiel die DKP eine demokratische Position vertreten, wo die Sowjetunion in mehrere Aggressionskriege verwickelt ist CSSR beim Waffengeschäft Südafrika erwischt wird?

Eigentlich leicht zu entscheiden ist auch die Frage der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa und Westdeutschland. Sie sollen für den US-Imperialismus den auf Europa begrenzten Atomschlag machbar machen, machbar durch den US-Präsidenten. Um die Hände frei zu haben, im Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, gerade auch gegen das Expansionsstreben der Sowjetunion, ist jede Einschränkung der Volkssouveränität durch die Supermächte abzulehnen. Im Kampf dagegen muß das Volk nach Herrschaft und Waffen streben, denn das Interesse an Frieden ist nicht mit frommen Gebärden zu verwirklichen. Schlimmeres noch als bloße Schafsköpfigkeit versuchen Kräfte wie die DKP in den Kampf gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen hineinzutragen: Der Entspannung mit der Sowjetunion zuliebe seien „Vorleistungen" nötig. „Unsere Vorleistung", meint Prof. Gerhard Kade, „wäre in diesem Zusammenhang das Abkoppeln von den Globalinteressen der Vereinigten Staa-
ten". Abzukoppeln, um den Hegemonieinteressen der SU untergejubelt zu werden, kann aber nicht der Sinn sein. Es geht darum, sich die eine Supermacht vom Leib zu schaffen, um sich die andere besser vom Hals halten zu können. Dazu braucht das Volk den eigenen Kopf und die Macht.

An einigen Orten Bündnisse zu den hessischen Kommunalwahlen

löh. Wenn am 22. März in Hessen die Kommunalwahl stattfindet, werden in einigen Städten und Gemeinden Wahlbündnisse links von der SPD kandidieren. U.a. der KBW hatte solche Bündnisse vorgeschlagen (s. KVZ 50/80, S. 3). Die Phase der Herstellung von Bündnissen bzw. ihres Scheiterns ist jetzt im wesentlichen abgeschlossen. Konkret kam es zu Wahlbündnissen in Gießen, Wiesbaden, Michelstadt, Mörfelden, Hanau, Friedberg und Hofheim. Der Charakter dieser Wahlbündnisse ist unterschiedlich. Zum größten Teil wurde sich zusammengeschlossen auf Grundlage konkreter Forderungen, die schwerpunktmäßig Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion betreffen. Ein anderer Teil der Bündnisse ist direkt Produkt bestimmter Bewegungen bzw. Kämpfe und bezieht sich darauf. Unterschiedliche politische Organisationen (u.a. KBW, Demokratie und Sozialismus, Volksfront, Grüne) sowie Einzelpersonen aus Gewerkschaften, Bürgerinitiati-
ven, Schülervertretungen etc. tragen die Wahlbündnisse. Als Beispiel soll hier kurz aus der Presseerklärung des „Demokratischen Aktionsbündnisses" in Wiesbaden zitiert werden: „Das ‚Demokratische Aktionsbündnis', ein Bündnis von Demokraten und Kommunisten, hat die Absicht, insbesondere die Ziele der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kommunalpoli-

tisch zu vertreten ... Wir treten in unserer Wahlplattform dafür ein, daß keine weiteren Gebühren- und Tariferhöhungen getätigt werden, Recht auf Steuerverweigerung durch die Kommune, für eine ausreichende Kinderversorgung, Ausbau des Volksbildungswesens, Kommunalwahlrecht für Ausländer u.a."

Sektierertum ist hauptsächlich dafür verantwortlich, daß es nicht noch an weiteren Orten zu Wahlbündnissen gekommen ist. Insbesondere die Grünen haben sich dabei hervorgetan. Der Landesvorstand hat einen Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt, der den Mitgliedern der Grünen verbieten soll, gemeinsam mit Mitgliedern des KBW auf einer Liste zu kandidieren. Dies ist die Reaktion des Landesvorstandes auf die Diskussion zu den Kommunalwahlen, bei denen sich in den meisten Fällen herausstellte, daß die eingeschränkte Ökologieposition der Grünen der Praxis und den Argumenten nicht standhält und kein Aktionsprogramm für
die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung sein kann. Mit seinem Beschluß stellt der Landesvorstand die Parteiinteressen der Grünen über die Interessen der Arbeiter- und demokratischen Bewegung, fördert Zersplitterung und Spaltung und schwächt damit die Bewegung gegenüber den bürgerlichen Parteien. Im Gegensatz dazu ist ein Fortschritt, daß

in den meisten Fällen, wo Wahlbündnisse hergestellt wurden, nicht mehrere Organisationen links von der SPD kandidieren, abgesehen von der DKP.

In Frankfurt, wo es wegen der politischen Bedeutung besonders wichtig wäre, ist es ebenfalls nicht zu einem Wahlbündnis gekommen. Die Grünen wollten die beiden anderen Fraktionen – die Linken (u.a. KBW, Grüne Liste Hessen, KB Nord, Gruppe Arbeiterpolitik) sowie die Spontis – auf ihr grünes Programm verpflichten und waren nur unter diesen Bedingungen zu einer gemeinsamen Kandidatur bereit. Die Spontis, vertreten durch Cohn-Bendit, sowie die Mehrheit der Linken (die Vertreter des KBW hatten dagegen gestimmt) ließ sich darauf ein. Als auf einer Mitgliederversammlung der Grünen die gemeinsamen Kandidaten dann gewählt werden sollten, fand sich aber keine Mehrheit für die Kandidaten der Linken. Daraufhin erklärte Cohn-Bendit, daß eine alleinige Kandidatur der Spontis mit den Grünen nun auch
nicht mehr in Frage käme. Die Grünen haben sich über diese Versammlung gespalten und ein Teil tritt nun als Grüne zur Wahl an. Die Spontis kandidieren nicht. Innerhalb der Linken konnte man sich nach der Mitgliederversammlung der Grünen nicht darauf einigen, als Linke, wie der KBW vorgeschlagen hatte, zu kandidieren. Der KBW wird jetzt selbständig kandidieren.

Apels Konsequenz: Umgliederung des Ministeriums

gkr. Er könne wohl lesen, hatte Verteidigungsminister Apel vor dem Fernsehen versichert, dann aber eher Beweise seines Unvermögens geliefert. Wie kann die Bourgeoisie angesichts geringer werdender Haushaltsmittel, die zur Verfügung stehen, die militärische Stärke der Bundeswehr sichern? Ist Apel der richtige Mann, um energisch für die militärische Stärke der BRD-Imperialisten einzutreten? Darum bewegen sich die Überlegungen der Bourgeois. Apel mußte mittlerweile zugeben, eigentlich schon seit Februar über die Defizite beim Tornadogeschäft, wenn auch nicht in ihrer Höhe, unterrichtet gewesen zu sein. Dafür, daß er es nicht so recht wahrgenommen hat, hat er auch schon in bewährter Manier den Schuldigen ausgemacht: der zuständige Ministerialdirektor. Eichhorn, bisher Abteilungsleiter Rüstungswirtschaft, übernimmt die Abteilung Unterbringung, Liegenschafts- und Bauwesen. Ein Ringtausch mit 2 weiteren Abteilungsleitern sichert den Beamten, daß keiner entlassen wird. Gleichzeitig hat Apel angekündigt, daß im März über die weitere Beschaffung von Waffen für die Bundeswehr beraten wird. Seine Vorstellungen hat er in einem Interview dargelegt. Auf jeden Fall Beibehaltung und Weiterentwicklung der Panzer, zusätzlich verstärkte Entwicklung von Raketen anstatt von Flugzeugen und Kriegsschiffen.

Berufsausbildungsgesetz jetzt ohne Lehrstellenabgabe

acm. Am 21. Januar hat das Bundeskabinett das Berufsbildungsgesetz verabschiedet, ohne die Ausbildungsplatzabgabe der Kapitalisten und mit Verzicht auf Prämienregelung. Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht am 10. Dezember 1980 das Gesetz über die Lehrstellenabgabe abgelehnt, dies aber nur aus formalrechtlichen Gründen, da es durch den Bundesrat hätte gehen müssen. Schmude hat also einen freiwilligen Rückzieher gegenüber den Kapitalisten gemacht, auch wenn er sagt, das Gesetz sei „kein endgültiger Verzicht auf die Ausbildungsabgabe". Die IG Metall hat erklärt, jetzt müsse eine grundlegende Reform der Berufsausbildung angepackt werden, ohne Verzicht auf die Abgabe.

Baustop Brokdorf aufgehoben Demonstration am 2. Februar

acm. Das OVG Lüneburg hat am 22.1. den Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf aufgehoben. „Jederzeit können die Kernkraftwerksbetreiber, die NWK, die unterbrochenen Arbeiten wieder aufnehmen." Diese warten jetzt noch auf die zweite Teilgenehmigung. – Für den 2. Februar ist eine Demonstration in Hamburg zum SPD-Parteitag angesetzt, um den Druck auf die SPD zu verstärken und die Differenzen weiter zu nutzen. Sie wird unterstützt von der IG Drupa, BBU, KBW und anderen Organisationen. – Schon am 14.1.81 hatte die IG Drupa, Bezirk Hamburg, folgende Presseerklärung an den Landesvorstand der SPD Hamburg herausgegeben: „Der Bezirksvorstand Hamburg der IG Druck und Papier fordert die Verwirklichung folgender Grundsätze vom Gesetzgeber: 1. Vorläufiger Bau-und Betriebsstopp sämtlicher Atomkraftwerke bis zur Klärung sämtlicher Sicherheitsfragen, 2. Verstärkte Anwendung und Förderung herkömmlicher Energien sowie die verstärkte Förderung alternativer Energieanwendung, 3. Demokratische Kontrolle und Planung der Energiewirtschaft." In diesem Sinne wollen die Vertreter der IG Drupa am 29.1. im DGB Kreisvorstand gegen das Projekt Brokdorf eintreten.

Verbrauch von Cadmium, Asbest soll eingeschränkt werden

gkr. Den Verbrauch der Stoffe Asbest und Cadmium will Innenminister Baum drastisch einschränken, das hat er Anfang vergangener Woche verkündet. Anlaß war die Vorlage zweier Berichte des Umweltbundesamtes, die auf die Gefährlichkeit von Asbest und Cadmium hinwiesen. Diese erzeugen Lungenkrebs bzw. Störungen der Nierenfunktion. Etwa 160 Todesfälle jährlich, so wird geschätzt, hängen ursächlich mit Asbest zusammen, davon ⅓ aus der Umweltbelastung. Die Dunkelziffer dabei wird allerdings weit höher, bei 800 Todesfällen jährlich, angesetzt. Einschränkungen würden vor allem die Asbestzementindustrie treffen, in der 70–80% allen Asbestes verarbeitet werden. Baum, der mit der neuen Regierungsbildung gerade erst weitere Kompetenzen im Umweltschutz erhalten hatte, hat ein konsequentes Durchgreifen angekündigt, freiwillige Einschränkungen würden nicht ausreichen. Bis zur Sommerpause soll ein Gegenkatalog mit Maßnahmen mit den beteiligten Ressorts abgestimmt sein.

Einsatz von Militärpolizei in Westberlin angedroht

gkr. Die politische Entwicklung in Westberlin läßt die Besatzermächte aktiv werden. Die US-Imperialisten verstärken die Sicherheitszentrale des US-Hauptquartiers kurzfristig um 30 CIA-Beamte. Zeitweilig war die Anzahl der Spitzel in den vergangenen Jahren reduziert worden. Die drei westlichen Besatzungsmächte hatten sich auch über die Folgen der Hausbesetzungen verständigt. Zusätzliche Unruhe bei den Alliierten verursachten die zwischen der Polizeiführung und den für die innere Sicherheit verantwortlichen Politikern aufgetretenen Differenzen, so hieß es. Unverhohlen wird mit dem Einsatz der Militärpolizei der Besatzer gedroht, falls „die Berliner Polizei einer verschärften Situation nicht gewachsen sein sollte" („Welt", 20.1.).

„Eine richtige Revolution muß her“

Bericht über eine Reise in Polen II

krk. Daß man in Polen für alles mögliche Schlange stehen muß, ist zur Genüge bekannt. Daß es so viele lebensnotwendige Dinge des alltäglichen Lebens sind, deren Beschaffung einen ungeheuren Aufwand erfordert, erstaunt doch. Morgens um sieben, noch im Dunkeln, warten kleine, oft auch größere Menschengruppen an den Strassenecken, vor den Kiosken. Sie möchten alle eine Zeitung kaufen. Die Post hat die Auslieferung an Abonnenten eingestellt, und auch die Kioske haben nicht die notwendige Auflage zur Verfügung. Obwohl die meisten Zeitungen schon im letzten Jahr um einige Seiten gekürzt worden sind, hält dieser Zustand an, weil Papier knapp ist.

Vor den wenigen Tankstellen (die Kraftstoff nur bis zu 94 Oktan anbieten) schier unübersehbare Autoschlangen. Ab 2 Uhr nachts und vor 6 Uhr morgens läßt sich die Wartezeit meist auf eine Viertelstunde verkürzen. Und eilt man, der Lage unkundig, freudig einer weniger bevölkerten Zapfsäule entgegen, so empfängt den Autofahrer das entschuldigende Lächeln des Tankwarts: Kraftstoff ist leider alle.

Im Super-Sam (so heißen die großen Lebensmittel-Selbstbedienungsläden) kann man gleich zwischen mehreren Schlangen wählen: man kann sich bei Butter oder Schnaps einreihen. Die dritte Reihe, die für Fleisch, fehlt; der Fleischstand ist leer, nicht ein Wurstzipfel ist auf der blanken Blechtheke zu entdecken. Dasselbe Bild vor dem Bäcker, vor dem Milchladen: überall Schlangen.

Und wo keine Schlangen stehen, dort hat auch der Laden kaum etwas zu bieten. In einem Posnaner Gemüseladen bestand das Angebot aus zwei unansehlichen Kohlköpfen, zwei Kästen giftgrüner, steinharter Birnen, Milch und saurer Sahne. Die Regale hatte die Verkäuferin liebevoll mit farblich abgestimmten Obstkonserven gefüllt.

Das Angebot in den Restaurants ist damit verglichen noch reichhaltig. Obwohl in den alltäglichen Gaststätten zweiter oder dritter Klasse viele Speisen von der Speisekarte gestrichen worden sind, stehen noch etliche Fleischgerichte zur Auswahl. Aber der Fisch auf dem Teller ist gerade ein Happen, und bestellt man aus Unerfahrenheit ein Steak oder ein Schnitzel (die als solche auf der Speisekarte geführt werden), erhält man eine mittelgroße Boulette, bestenfalls durch ein Spiegelei obendrauf aufgebessert. Das Verlangen nach Bier beantworten die Kellner meist mit einer bedauernden Handbewegung. Das Geheimnis des Bouletten-Schnitzels lüftet auf meine Reklamation hin eine verlegene Bedienung: es handele sich um ein Schnitzel „popularny“ – eben um ein Schnitzel für das Volk. Es gibt aber offensichtlich Leute in Polen, die sich nicht mit Schnitzel „popularny“ begnügen müssen. In einem *privaten* Restaurant waren wir Augenzeuge und Teilnehmer einer wahren Völlerei – und das nicht nur für polnische Verhältnisse. Dort gab es vom richtigen Schnitzel bis zu luxuriösen kalten Platten, von Bier bis

laden bestand das Angebot aus zwei unansehlichen Kohlköpfen, zwei Kästen giftgrüner, steinharter Birnen, Milch und saurer Sahne. Die Regale hatte die Verkäuferin liebevoll mit farblich abgestimmten Obstkonserven gefüllt.

Das Angebot in den Restaurants ist damit verglichen noch reichhaltig. Obwohl in den alltäglichen Gaststätten zweiter oder dritter Klasse viele Speisen von der Speisekarte gestrichen worden sind, stehen noch etliche Fleischgerichte zur Auswahl. Aber der Fisch auf dem Teller ist gerade ein Happen, und bestellt man aus Unerfahrenheit ein Steak oder ein Schnitzel (die als solche auf der Speisekarte geführt werden), erhält man eine mittelgroße Boulette, bestenfalls durch ein Spiegelei obendrauf aufgebessert. Das Verlangen nach Bier beantworten die Kellner meist mit einer bedauernden Handbewegung. Das Geheimnis des Bouletten-Schnitzels lüftet auf meine Reklamation hin eine verlegene Bedienung: es handele sich um ein Schnitzel „popularny“ – eben um ein Schnitzel für das Volk. Es gibt aber offensichtlich Leute in Polen, die sich nicht mit Schnitzel „popularny“ begnügen müssen. In einem *privaten* Restaurant waren wir Augenzeuge und Teilnehmer einer wahren Völlerei – und das nicht nur für polnische Verhältnisse. Dort gab es vom richtigen Schnitzel bis zu luxuriösen kalten Platten, von Bier bis
Wodka buchstäblich alles. Damen in Glimmerkleidern und Herren in dunklen Anzügen feierten dort Silvester.

Leere Regale sind auch in den großen Kaufhäusern keine Seltenheit. In einem großen Kaufhaus in Brzeźno gab es in der Elektro-Abteilung keinen einzigen Fernseher. Zwei Modelle an Kühlschränken wurden angeboten, die 132-l-Geräte kosteten 6300 bzw. 7100 Zloty (Zl), eine Kaffeemaschine 1450. In der Damenkonfektionsabteilung mittelmäßige bis triste Modelle. Wollmäntel zwischen 2000 und 4200 Zl, Röcke 300 – 400 Zl. In krassem Gegensatz dazu die Pelzabteilung: eine Nutria-Jacke kostet 24000, ein Mantel 39000 Zl. In der Sportabteilung prangen brasilianische Damenstiefel für 4800 Zl.

Die öffentliche Armut äußert sich in vielen verschiedenen Formen. In mangelnder Straßenbeleuchtung, in schier unbefahrbaren Landstraßen, wenn man die Hauptstraßen verläßt. Einen großen Teil des Gdänsker Straßenverkehrs müssen Busse von musealem Alter bestreiten. Öffentliche Toiletten (auch von Hotels und Restaurants) sind in einem kaum beschreibbaren Zustand. In einem Posnaner Hotel (das aus diesem Grunde renoviert werden sollte, das aber bestimmt keine 5 Jahre alt ist) ist man auch bei eingeschalteter Zimmerbeleuchtung vor einem Überfall der Kakerlaken nicht sicher.

In einem erstaunlichen Gegensatz zu dieser öffentlich-staatlichen Armut steht ein bescheidener Reichtum des einzelnen. Die Menschen auf der Straße der Städte sind in ihrer großen Mehrheit gut gekleidet und kaufen ihre Kleider mit Gewißheit nicht von der Stange der Kaufhäuser ein. Eine junge Frau erzählte uns, daß sie ihr Geld in den letzten Jahren mit Nähen und Stricken für eine private Boutique verdient hatte, nachdem sie als Abiturientin keine Arbeit gefunden hatte. Was die staatliche Industrie nicht liefern kann, wird zu Hause, an der eigenen Nähmaschine oder über Freundinnen, die nähen können, oder eben über kleine, private Schneidereien und Boutiquen hergestellt.

Über das private Restaurant war schon die Rede. Wir waren bei mehreren städtischen Familien zu Besuch. Gehungert haben sie alle nicht, auch wenn die Besorgung der Lebensmittel mit einem ungeheuren zeitlichen Aufwand verbunden war. Sie sind aber keineswegs allein aus dem staatlichen Lebensmittelhandel bezogen worden. Wo die vorzügliche Pastete her wäre? Von der Schwiegermutter auf dem Lande. Und der Wodka? Aus dem PEWEX-Laden, wo viele polnische Erzeugnisse heute noch immer, trotz des Kampfes der Gewerkschaft „Solidarität“ dagegen, ausschließlich oder auf jeden Fall viel einfacher zu haben sind – nur eben für Devisen.

Und wo nimmt man die Devisen her? Es genügt, fünf Minuten lang vor einem Hotel deutsch redend auf und ab zu gehen oder aus einem Auto mit ausländischem – westlichem – Nummernschild heraus nach einer Straße zu fragen, sofort wird man angesprochen, ob man Geld umtauschen möchte. Offiziell gibt es etwas weniger als 17 Zl für eine DM. Im „Straßenverkauf“ bekommt man für das gleiche 60 Zl. Für westliche Währungen ist alles schnell und einfach zu haben; alles, was über den normalen Versorgungsweg vielleicht Jahre dauern würde: Autos polnischer Fabrikation z.B. ein Fiat 125 kostet 260000 Zl, der Fiat 126 130000. Letztere sind jetzt, der Forderung der „Solidarität“ entsprechend, nicht mehr für Devisen erhältlich, soll es doch ein Auto für die Volksmassen sein. Eine „Polonaise“, eine große, neue, wirklich schöne polnische Konstruktion, kostet 320000 Zl. Für eine halbe Million Zl – aber in Devisen – ist er sofort zu haben. Viele ziehen es daher vor, für eine größere Anschaffung ins Ausland, meist in die BRD, arbeiten zu gehen. Ein Ingenieur für Wasserwirtschaft schuftete einen Monat in Bremen auf dem Bau, ein anderer hochqualifizierter Ingenieur für Nachrichtentechnik wollte dieses Jahr das gleiche tun. Welche Arbeit, das sei ihm egal. Er will sich einen Golf kaufen, und so lange will er in der BRD arbeiten. Es gibt Kapitalisten in Westberlin und Westdeutschland, die sich inzwischen regelrecht darauf spezialisiert haben, Polen ohne Arbeitserlaubnis und oft auch ohne Aufenthaltsgeneh-

ab zu gehen oder aus einem Auto mit ausländischem – westlichem – Nummernschild heraus nach einer Straße zu fragen, sofort wird man angesprochen, ob man Geld umtauschen möchte. Offiziell gibt es etwas weniger als 17 Zl für eine DM. Im „Straßenverkauf“ bekommt man für das gleiche 60 Zl. Für westliche Währungen ist alles schnell und einfach zu haben; alles, was über den normalen Versorgungsweg vielleicht Jahre dauern würde: Autos polnischer Fabrikation z.B. ein Fiat 125 kostet 260000 Zl, der Fiat 126 130000. Letztere sind jetzt, der Forderung der „Solidarität“ entsprechend, nicht mehr für Devisen erhältlich, soll es doch ein Auto für die Volksmassen sein. Eine „Polonaise“, eine große, neue, wirklich schöne polnische Konstruktion, kostet 320000 Zl. Für eine halbe Million Zl – aber in Devisen – ist er sofort zu haben. Viele ziehen es daher vor, für eine größere Anschaffung ins Ausland, meist in die BRD, arbeiten zu gehen. Ein Ingenieur für Wasserwirtschaft schuftete einen Monat in Bremen auf dem Bau, ein anderer hochqualifizierter Ingenieur für Nachrichtentechnik wollte dieses Jahr das gleiche tun. Welche Arbeit, das sei ihm egal. Er will sich einen Golf kaufen, und so lange will er in der BRD arbeiten. Es gibt Kapitalisten in Westberlin und Westdeutschland, die sich inzwischen regelrecht darauf spezialisiert haben, Polen ohne Arbeitserlaubnis und oft auch ohne Aufenthaltsgeneh-
migung auszubeuten. Die Adressen werden weitergegeben und gelten als besonders wertvoll.

Der Handel mit Devisen entsteht nicht etwa aus Gründen des mangelnden Patriotismus, sondern aus der Not heraus. Nur daß sich das nicht jeder leisten kann. Präziser: die Bauern kaum, die große Mehrheit der Arbeiter auch nicht. Es ist ein Weg, der Leuten von der Mittelschicht aufwärts offensteht, daher der Haß der Volksmassen und der Kampf der „Solidarität“ dagegen. Die Versorgungsfrage ist eindeutig eine Klassenfrage.

•

Das Dorf Wierzchucino liegt etwa 30 km von Gdańsk entfernt unweit der Ostseeküste. Nur durch eine abenteuerliche Irrfahrt durch kleine unbeleuchtete Ortschaften und streckenweise ins Nichts verschwindende Straßen läßt sich die 2000 Einwohner zählende kleine Ortschaft erreichen. Kaschuben und Polen bevölkern heute dieses Gebiet, in ihrer Mehrheit sind sie Bauern, Industrie gibt es nur in den 20 – 30 km entfernt liegenden Kreisstädten. Man muß noch mal auf den Gedanken zurückkommen, daß die Versorgungsfrage eine Klassenfrage ist. In Polen sind heute bestimmt die Bauern am schlechtesten dran. Die Familie, bei der wir wohnten, hatte 8 Mitglieder: der Mann arbeitet auf dem Staatsgut als Schmied, er hat die Funktion eines Meisters. Er verdient 4000 Zl (zum Vergleich: nach den letzten erkämpften Lohnerhöhungen verdienen die Werftarbeiter der Küstenstädte zwischen 7000 und 8000 Zl.) Seine Frau führt den Haushalt und kümmert sich um den kleinen Hof, wo sie zwei Schweine mästen und vielleicht ein Dutzend Hühner halten. Die ältere Tochter arbeitet in der Gastwirtschaft des Ortes als Kellnerin, die älteren Söhne haben schon eigene Familien, der mittlere Sohn leistet bei der Marine seinen Wehrdienst ab. Der kleinste wohnt noch in der Familie, er hat gerade das Tischlerhandwerk bei einem privaten Tischler in Gdańsk ausgelernt. Die jüngste Tochter geht noch in die Schule. Die kaschubische Familie wohnt in einem eigenen Haus: 2 Zimmer, Küche und Bad im Erdgeschoß, für den Jüngsten ist das Dachgeschoß ausgebaut worden. Die Eltern sprechen noch gut deutsch, die Kinder überhaupt nicht mehr.

Wie die Lage sei, fragen wir die Frau. Sie schüttelt nur den Kopf und sagt, es sei schon ziemlich katastrophal. Im Laden gebe es nichts zu kaufen, kein Zucker, kein Fleisch, gar nichts. Jetzt ginge es noch, sie hätten noch was vom selber geschlachteten Schwein übrig. Aber was im Frühjahr werden soll, wüßte keiner. Das Vieh in den Ställen des Staatsgutes hätte seit Herbst kein Heu mehr gesehen, die Silage wird aus Stroh, Blättern und allem anderen gemacht, was man nur finden könne. Die Felder stünden unter Wasser, das Heu könne nicht abgeschnitten werden. Wie es denn weitergehen soll? Sie schüttelt den Kopf und sagt plötzlich halb lachend, halb in bitterem Ernst: „Ich glaube, eine richtige Revolution muß her.“ Die Zukunft der Familie ist auch in anderer Hinsicht unsicher. Der Sohn hat seine Tischlerlehre beendet, findet aber nur schwer Arbeit, im Moment hängt er zuhause herum. Ob das häufig vorkäme? Ja, im Dorf gäbe es viele junge Männer, die keine richtige Arbeit hätten, sie lungern herum, fangen dann an zu saufen und zu randalieren.

Wir schauen uns das Staatsgut an. Inmitten des Hofs der Prunkbau eines alten Schlosses. Ein altes preußisches Adelsgut ist hier in ein Staatsgut umgewandelt worden. Das Gut ist auf Tierzucht spezialisiert, in den Ställen magere Milchkühe, Zuchtbullen, Kälber und Mastschweine. Die Kühe geben bei der Ernährung kaum noch Milch, sagt unser Begleiter. In einem überdachten Schuppen stehen etwa acht große Ursus-Traktoren. Eine Reihe anderer Maschinen steht trotz Schnee und Nieselregen im Freien herum. Was sich seit Gründung der „Solidarität“ bei ihnen geändert hat, fragen wir den Schmied. Nichts, eigentlich nichts. Es kam mal einer und sagte, wir sollen für die Solidarität unterschreiben. Aber dann fand die Versammlung nach der Arbeitszeit und auch noch am Samstag statt, und es waren zu wenig Leute da. Dann sei man wieder auseinandergegangen. Ja in Gdańsk, da wäre es anders, da hätten die Arbeiter was erreicht. Die neue Regierung, die sei auch nicht besser als die alte war. Der Kania? Der wäre doch auch nur ein Russe, er wüßte genau, der wäre in Rußland geboren.

Sonntag morgen, 7 Uhr. Schon zur ersten Messe ist die Kirche voll. Die Bänke sind alle besetzt, die Wände entlang stehen auch noch Menschen. Um 9 Uhr und um 11 ist die Kirche dann zum Platzen gefüllt. Der Pfarrer verliest einen Hirtenbrief. Er spricht über die „Solidarität“, deren Kampf mehr Glaubensfreiheit gebracht hat. Verspätet, am Ende der Messe, hastet ein reich bepelztes Paar zum Altar. Die Blicke folgen ihnen, sie stechen von der Mehrheit der Kirchenbesucher auffällig ab. Das Lehrerehepaar, flüstet meine Nachbarin. Die haben ein Haus und vermieten das im Sommer an Touristen. Die haben viel Geld.

•

Ich habe in diesem Reisebericht über ein heruntergewirtschaftetes Land berichtet – so ist Polen heute. Mit vielen Menschen haben wir über ihre Lage, die durchgehend schlecht ist, gesprochen, sie haben geflucht und geschimpft. Aber sie haben alle mit einer ungeheuren Wut im Bauch über die Leitung von Partei und Staat gesprochen, die dies zu verantworten hat. Sie hat dies zu verantworten, denn diejenigen, die in der Produktion stehen, die Arbeiter, Bauern, die Ingenieure und Techniker sind nicht gehört worden. Wenn sie auch reden durften, sie liefen gegen Mauern an. Daran hat die „Solidarität“ ansatzweise etwas geändert. Auf dem Lande sind die Kämpfe des vergangenen halben Jahres vielerorts erst fernes Wetterleuchten. Aber der Gedanke, daß nur eine „richtige Revolution“ helfen kann, hat auch dort Fuß gefaßt. In den benachbarten Bruderländern wird dieser Gedanke gefürchtet.

In Dreilinden, will man nach Polen reisen, scheuen die Grenztruppen der DDR keine Mühe, den Reisenden so gut wie bis auf die letzte Unterhose zu entblößen. Das Auto bis auf die letzte Ecke abzusuchen. Genau eineinhalb Stunden hat die Prozedur bei der Ausreise in Anspruch genommen. Das Notizbuch wurde mitsamt des vollständigen Inhalts der Handtasche geprüft. Was das für polnische Adressen seien. Freunde? Ob das alte oder etwa neue Bekanntschaften seien. Auf der Heimfahrt werden zwei Kopfkissen aus dem Kofferraum geholt und durchleuchtet. Eine Mauer an der DDR-Grenze zu Polen gibt es noch nicht. Aber auf der Oder-Brücke bei Frankfurt/O. Ost das Pflaster aufgerissen.

gen, die in der Produktion stehen, die Arbeiter, Bauern, die Ingenieure und Techniker sind nicht gehört worden. Wenn sie auch reden durften, sie liefen gegen Mauern an. Daran hat die „Solidarität“ ansatzweise etwas geändert. Auf dem Lande sind die Kämpfe des vergangenen halben Jahres vielerorts erst fernes Wetterleuchten. Aber der Gedanke, daß nur eine „richtige Revolution“ helfen kann, hat auch dort Fuß gefaßt. In den benachbarten Bruderländern wird dieser Gedanke gefürchtet.

In Dreilinden, will man nach Polen reisen, scheuen die Grenztruppen der DDR keine Mühe, den Reisenden so gut wie bis auf die letzte Unterhose zu entblößen. Das Auto bis auf die letzte Ecke abzusuchen. Genau eineinhalb Stunden hat die Prozedur bei der Ausreise in Anspruch genommen. Das Notizbuch wurde mitsamt des vollständigen Inhalts der Handtasche geprüft. Was das für polnische Adressen seien. Freunde? Ob das alte oder etwa neue Bekanntschaften seien. Auf der Heimfahrt werden zwei Kopfkissen aus dem Kofferraum geholt und durchleuchtet. Eine Mauer an der DDR-Grenze zu Polen gibt es noch nicht. Aber auf der Oder-Brücke bei Frankfurt/O. Ost das Pflaster aufgerissen.



Polen: Beim Konflikt um die 5-Tage-Woche geht es auch um die Demokratie



Polen: Beim Konflikt um die 5-Tage-Woche geht es auch um die Demokratie

Warnstreiks, Boykott der Samstagsschichten / 96-Punkte-Plan für große Wirtschaftsreform

gek. Der Beschluß des Landes-Koordinierungs-Rates von „Solidarność“, alle 10 Millionen Mitglieder aufzurufen, solange kein Kompromiß in der Arbeitszeitregelung gefunden ist, keine Samstagsarbeit zu leisten, war von mehreren Erwägungen bestimmt: Zunächst geht es um die Abwehr eines Diktats der Regierung. „Solidarność“ beharrt nicht auf der sofortigen Einführung der 5-Tage- und 40-Std.-Woche, wie sie vereinbart war, wohl aber auf ihrer gesetzlichen Sicherung. Über die angesichts der Wirtschaftslage notwendigen *Sonder*schichten an Samstagen oder eine Arbeitswoche von 41,5 Std. an 5 Werktagen könnte dann konkret verhandelt werden – so das Kompromißangebot der Gewerkschaft. Die Regierung hat es abgelehnt.

Bei dieser Auseinandersetzung hat die Gewerkschaft erneut schmerzhaft zu spüren bekommen, daß Regierung und Partei nach wie vor das absolute Monopol über Presse, Radio und Fernsehen haben. Also ist jetzt mit Nachdruck der vereinbarte Zugang zu diesen Medien gefordert worden, sowie daß endlich das Zensurgesetz vorgelegt wird. Die Zulassung der „Land-Solidarität“ als Bauerngewerkschaft war unter den weiteren unerfüllten Forderungen, und die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Die sowjetische Einmischung in Polen wird immer direkter. Der ZK-Sekretär Samjatin ist eine volle Woche durch Polen gereist und hat die „ideologischen Probleme“ in der Bruderpartei studiert. TASS hat die Führung der „sogenannten unabhängigen Gewerkschaft ‚Solidarność‘ “ frontal angegriffen: sie habe jetzt bewiesen, „daß sie keineswegs an einer Normalisierung der Lage im Lande und an einer Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung interessiert ist“. Jeder Satz eine Anweisung an die PVAP-Führung, wie sie gefälligst vorzugehen hat.

Daß dennoch die begrenzte Einheit zwischen Regierung und Gewerkschaft weiterhin aufrechterhalten werden kann, zeigt der 96 Punkte umfassende Entwurf einer großen Wirtschaftsreform, die im Lauf der nächsten beiden Jahre in die Tat umgesetzt werden soll.

- Die zentrale Planung soll auf ihre „strategische Funktion“ beschränkt werden, d.h. Festlegungen allgemeiner Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft. In diesem Rahmen könnten die Betriebe selbständig ihre Einzelpläne ausarbeiten; sie würden ihre Vorhaben selbständig finanzieren und selbst über die Gewinne verfügen.
- Dabei würden die in einem neu auszuarbeitenden System der Arbeiterselbstverwaltung gewählten Betriebsräte (die nach Lage der Dinge weitgehend mit der rätemäßig organisierten „Solidarność“ identisch sein sollten) einige Befugnisse haben, sowohl bei Aufstellung und Umsetzung der Pläne wie bei der Verteilung der Lohn- und Prämienfonds, der Sozial-, Wohnungs- und Entwicklungs-Fonds. Sie können für die Besetzung der Direktorenposten Vorschläge machen oder die Abberufung fordern, mehr allerdings nicht. Der Direktor wäre nach diesem Plan ihr starker Antipode: er erhält seinerseits weitgehende Vollmachten.
- Die Großbetriebe werden Aufsichtsräten unterstellt, ähnlich kapitalistischen Aktiengesellschaften, wobei 50% der Sitze (unserer Montan-Mitbestimmung entsprechend) an die Betriebsräte bzw. Gewerkschaften fallen sollen.

Daß hier gekauft, bestochen, „integriert“ werden soll, ist klar. Aber die polnische Arbeiterbewegung kann solche Reformen nutzen, um sich besser zu organisieren und auszubilden.

Die allgemeine Wirtschaftsstrategie für dies Jahr sieht vor, praktisch einen Investitionsstop zu verhängen, außer für solche Investitionen, die der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, der Energieeinsparung sowie der Rohstoffexporte dienen. Importe aus dem Westen sollen systematisch aus eigener Produktion substituiert werden; z.T. wird vermehrt im RGW Ware gegen Ware eingekauft werden müssen. Unruhe im Block wird mit Sicherheit das erklärte Ziel des polnischen Wirtschaftsplan auslösen, nach einer Preisreform in den nächsten 2 Jahren den Zloty so zu stabilisieren, daß er konvertibel gemacht werden kann.

Suzukis ASEAN-Reise beendet Position der ASEAN-Länder gestärkt

mat.Sydney. Der Ausgang der ASEAN-Reise des japanischen Premierministers muß allem Anschein nach als Erfolg der ASEAN-Länder gewertet werden. Wiederholt hatten sie kritisiert, daß Japan nur 0,26% des Bruttonationalprodukts für Entwicklungshilfe aufwendet und meist zur Unterstützung des Kapitalexports für billige Rohstoffbeschaffung und Ausbeutung billiger Arbeitskräfte einsetzt. Vor seiner Abreise aus Bangkok mußte Suzuki bestätigen, daß der Schwerpunkt künftig auf der Entwicklung der Landwirtschaft und kleinerer Industriebetriebe liegen soll. Damit wird den Bedürfnissen der ASEAN-Länder mehr Rechnung getragen als bisher.

Suzukis Aufforderung an Vietnam, seine Truppen aus Kampuchea abzuziehen, ist ein wichtiger diplomatischer Erfolg der ASEAN. Japan wird im UN-Sicherheitsrat für baldige Durchführung der von ASEAN geforderten Kampuchea-Konferenz eintreten. In den Ländern, in denen ASEAN diplomatisch unzureichend vertreten ist, sind die japanischen Botschaften angewiesen, verstärkt für die ASEAN-Initiative einzutreten.



Suzuki füttert die Kuh, die die Kapitalisten melken. Karrikatur aus der Far Eastern Economic Review vor Beginn der Suzuki-Reise.

Neuwahlen in Israel: Die Arbeiterpartei will sich als „Alternative" präsentieren

chm. Die Regierung Begin hat beschlossen, Neuwahlen für den 7. Juli auszuschreiben. Die Arbeiterpartei will dagegen einen Beschluß der Knesseth herbeiführen, der Wahlen schon im April oder spätestens im Mai möglich macht. Wahrscheinlich ist es, daß ein Kuhhandel schließlich dabei herauskommt, so daß die Wahlen im Juni abgehalten werden. Die Arbeiterpartei spekuliert darauf, daß sie, wenn die Meinungsumfragen stimmen, die absolute Mehrheit erringen könnte. Die Begingregierung ist so abgewirtschaftet, daß es der Arbeiterpartei unter Führung von Peres möglich ist, sich als der große Erneuerer zu präsentieren. Die Inflationsrate beträgt inzwischen 200%. 1980 ist die Arbeitslosenzahl um 67% gestiegen. Sie beträgt jetzt 5% bei einer Bevölkerung von knapp 3 Mio. Die Zahl der Auswanderer, die den bankrotten Siedlerstaat verlassen, hat im Jahre 1980 16000 erreicht, genauso hoch wie nach dem Oktoberkrieg von 1973. Seit 1979, unmittelbar nach der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Vertrages von Camp David, wird die Frage nach Neuwahlen diskutiert. Der größte Koalitionspartner der Likud, die DASH, hatte sich damals gespalten. Von den 15 Abgeordneten waren sechs zur Opposition übergelaufen, weil sie mit der Wirtschaftspolitik der Regierung nicht einverstanden waren. Die zweite Spaltung war auf dem rechten Flügel plaziert: Es entstand die Tehiya-Partei, die sich gegen die Abkommen von Camp David aussprach, weil die Likud durch die Rückgabe von Teilen des Sinai an Ägypten Abstriche von dem Projekt „Großisrael" machte, dessen Grenzen vom Euphrat bis zum Nil reichen. Der einzige Minister der Regierung, der einen „Erfolg" verzeichnet, ist Ariel Sharon: Von den geplanten 85 Siedlungen im besetzten Palästina sind 79 gebaut worden, in denen inzwischen 17400 Siedler leben.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Regierungsentscheidung zu den Neuwahlen begab sich Peres, ganz als zukünftiger Premierminister agierend, auf eine Rundreise durch Westeuropa und die USA. Gleich zu Beginn der Reise, in Paris, sprach er sich gegen eine Initiative der EG für den Nahen Osten aus. Er erklärte sich einverstanden mit dem Vorschlag Reagans, an Camp David festzuhalten, aber auf jeden Fall König Hussein von Jordanien hinzuzuziehen. Reagan winkt Hussein mit einer Föderation zwischen Ost- und Westjordanien – ein altes Projekt, dessen Herzstück die Leugnung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, sein Recht auf einen eigenen Staat und seine Vertretung durch die PLO ist. Die PLO hat erklärt, daß sie den Vorschlag ablehnt. Hussein hat ihn ebenfalls abgelehnt, hat jedoch erklärt, daß er jederzeit bereit sei, zu Verhandlungen mit Reagan in die USA zu fahren.

Die Vereinbarungen zwischen den USA und dem Iran

Bis zum Schluß Versuche der USA, den Iran um seine Guthaben zu betrügen

lup. Das Abkommen zwischen den USA und dem Iran, das unter der Vermittlung der algerischen Regierung ausgehandelt worden war und schließlich am 19. Januar zur Freilassung der amerikanischen Geiseln führte, beinhaltet im wesentlichen:

Die USA verpflichten sich, „daß die Politik der Vereinigten Staaten darin besteht und fortan darin bestehen wird, weder direkt noch indirekt, politisch oder militärisch in die inneren Angelegenheiten Irans einzugreifen". Die USA heben nach Freilassung der Geiseln das Handelsembargo und die Blockade der iranischen Guthaben bei amerikanischen Banken auf. Nach einem in dem Abkommen näher beschriebenen Verfahren transferieren die USA die iranischen Gelder auf ein von Algerien verwaltetes Treuhandkonto der Bank von England. Abzüglich seiner Verbindlichkeiten gegenüber amerikanischen Gläubigern und abzüglich einer zunächst mit 1 Mrd. $ angegebenen Garantiesumme für umstrittene Forderungen kann der Iran seine Guthaben von diesem Treuhandkonto abheben. Die USA verpflichten alle Personen unter ihrer Rechtshoheit, innerhalb der nächsten 30 Tage ihre Informationen über Guthaben und andere Besitztümer des Schah und seiner engsten Familienangehörigen an das amerikanische Schatzamt weiterzuleiten, das dann dem Iran diese Informationen zustellt. Der Iran kann vor amerikanischen Gerichten die Herausgabe des Schahvermögens einklagen. Über Streitfälle in diesem und in anderen Punkten entscheidet ein gemeinsames Schiedsgericht bindend. Dieses Schiedsgericht wird innerhalb der nächsten 90 Tage gebildet, indem je 3 Mitglieder von dem Iran und den Vereinigten Staaten, weitere 3 Mitglieder und 1 Vorsitzender von diesen designierten Mitgliedern gemeinsam innerhalb der folgenden 30 Tage ernannt werden.

Über die Grundzüge dieses Abkommens bestand seit dem 20. November letzten Jahres Übereinstimmung zwischen den USA und dem Iran. Daß seitdem und vor allem in den letzten Tagen die endgültige Vereinbarung immer wieder verzögert wurde, lag keineswegs an der Engstirnigkeit der iranischen Regierung. Auch nicht an ihrer Absicht, Jimmy Carter das Vergnügen zu verwehren, noch als Präsident der Vereinigten Staaten die freigelassenen Geiseln in Wiesbaden die Hand schütteln zu können. Wenn dies vom iranischen Fernsehen so dargestellt wurde, dann wesentlich aus innenpolitischen Gründen und um das Abkommen als Sieg des Iran über den US-Imperialismus darstellen zu können, was es nicht ist. Letzten Endes hat die Geiselnahme dem Iran nichts eingebracht, sondern ausschließlich gekostet. Nicht nur deswegen, weil die Beschlagnahmung der iranischen Vermögen und der Handelsboykott der USA und der EG den Iran doch in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht haben. Die Abhängigkeit von Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Ersatzteilimporten, in die das Schah-Regime den Iran getrieben hatte, ist durch die amerikanischen Wirtschaftssanktionen nur um so spürbarer geworden. Aber hinzukommt, daß die Bestimmungen des jetzt ausgehandelten Abkommens den Iran nicht gerade in eine günstige Position versetzen, um letzten Endes das zurückzubekommen, was ihm *gehört*.

Auch hatte sich in den letzten Wochen immer deutlicher herausgestellt, daß die beschlagnahmten iranischen Guthaben in Wirklichkeit den USA erheblichen Spielraum für schmutzige Manöver boten, während die festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen für den Iran immer mehr zur Last wurden. Eine Schwierigkeit der iranischen Unterhändler bestand zudem darin, daß sie den genauen Umfang der zum Teil ziemlich zerstreuten iranischen Guthaben nicht angeben und nachweisen konnten, nachdem die Beamten des Schah-Regimes vor dessen Sturz wesentliche Unterlagen vernichtet hatten. Bis zum Schluß hatten die amerikanischen Banker, die Jimmy Carter um sich versammelt hatte, versucht, den Iran nicht nur um einen Teil der Zinsen, sondern auch um einen Teil der Guthaben selbst zu betrügen.

Erst wollten sie den Anspruch des Iran auf die Guthaben, die zum Zeitpunkt des Abschlusses dem Iran nicht bekannt waren, verwehren. Sodann hatte das amerikanische Schatzamt während der Verhandlungen den Umfang der iranischen Vermögen stets mit 8 Mrd. US-$ angegeben. Erst nach langem Hin und Her hatte es sich auf eine Summe von 9,5 Mrd. $ eingelassen. Kurz nachdem die Geiseln frei waren, rückte Miller, der ehemalige US-Schatzminister, damit heraus, daß die erfaßten iranischen Guthaben ein Volumen von 11,2 Mrd. $ hatten. 7,9 Mrd. $ wurden bislang auf Treuhandkonten der Bank von England überwiesen, mindestens 3,2 Mrd. $ befinden sich also noch in den USA. Davon sind 2,2 Mrd. $ auf Konten amerikanischer Banken bzw. sind Forderungen gegenüber amerikanischen Firmen, 400 Mio. sind sonstige Guthaben, 550 Mio. $ liegen beim amerikanischen Verteidigungsministerium für bereits bezahlte, aber noch nicht gelieferte Waren. Von den 7,9 Mrd. $, die nach England transferiert wurden, kann der Iran nur über 2,8 Mrd. $ direkt verfügen. 3,7 Mrd. $ sind festgehalten zur Tilgung alter Kredite. 1,4 Mrd. $ sind auf ein Treuhandkonto für spätere Vergleiche vor einer internationalen Schlichtungskommission transferiert. (Handelsblatt vom 22.1.1981)

Den in den USA befindlichen Teil des Schahvermögens schätzt der Iran auf 10 Mrd. $. Garantien für den Erhalt dieses Vermögens sofern es überhaupt noch in den USA ist, hat der Iran kaum.

Ob das gemeinsame Schiedsgericht eine Instanz sein wird, über die der Iran seine Ansprüche wird geltend machen können, ist fraglich. Um so mehr, als das Zustandekommen dieses Gerichts davon abhängt, daß eine Einigung über die gemeinsam zu ernennenden Mitglieder überhaupt zustande kommt. Bis aber die anhängigen, vor diesem Schiedsgericht zu verhandelnden Streitfälle geregelt sind, bleiben die in den USA und in England festgelegten Gelder ein Druckmittel in der Hand der USA.



Suzuki füttert die Kuh, die die Kapitalisten melken. Karrikatur aus der Far Eastern Economic Review vor Beginn der Suzuki-Reise.

Neuwahlen in Israel: Die Arbeiterpartei will sich als „Alternative" präsentieren

chm. Die Regierung Begin hat beschlossen, Neuwahlen für den 7. Juli auszuschreiben. Die Arbeiterpartei will dagegen einen Beschluß der Knesseth herbeiführen, der Wahlen schon im April oder spätestens im Mai möglich macht. Wahrscheinlich ist es, daß ein Kuhhandel schließlich dabei herauskommt, so daß die Wahlen im Juni abgehalten werden. Die Arbeiterpartei spekuliert darauf, daß sie, wenn die Meinungsumfragen stimmen, die absolute Mehrheit erringen könnte. Die Begingregierung ist so abgewirtschaftet, daß es der Arbeiterpartei unter Führung von Peres möglich ist, sich als der große Erneuerer zu präsentieren. Die Inflationsrate beträgt inzwischen 200%. 1980 ist die Arbeitslosenzahl um 67% gestiegen. Sie beträgt jetzt 5% bei einer Bevölkerung von knapp 3 Mio. Die Zahl der Auswanderer, die den bankrotten Siedlerstaat verlassen, hat im Jahre 1980 16000 erreicht, genauso hoch wie nach dem Oktoberkrieg von 1973. Seit 1979, unmittelbar nach der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Vertrages von Camp

gen die Abkommen von Camp David aussprach, weil die Likud durch die Rückgabe von Teilen des Sinai an Ägypten Abstriche von dem Projekt „Großisrael" machte, dessen Grenzen vom Euphrat bis zum Nil reichen. Der einzige Minister der Regierung, der einen „Erfolg" verzeichnet, ist Ariel Sharon: Von den geplanten 85 Siedlungen im besetzten Palästina sind 79 gebaut worden, in denen inzwischen 17400 Siedler leben.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Regierungsentscheidung zu den Neuwahlen begab sich Peres, ganz als zukünftiger Premierminister agierend, auf eine Rundreise durch Westeuropa und die USA. Gleich zu Beginn der Reise, in Paris, sprach er sich gegen eine Initiative der EG für den Nahen Osten aus. Er erklärte sich einverstanden mit dem Vorschlag Reagans, an Camp David festzuhalten, aber auf jeden Fall König Hussein von Jordanien hinzuzuziehen. Reagan winkt Hussein mit einer Föderation zwischen Ost- und Westjordanien – ein altes Pro-

rikanischen Gerichten die Herausgabe des Schahvermögens einklagen. Über Streitfälle in diesem und in anderen Punkten entscheidet ein gemeinsames Schiedsgericht bindend. Dieses Schiedsgericht wird innerhalb der nächsten 90 Tage gebildet, indem je 3 Mitglieder von dem Iran und den Vereinigten Staaten, weitere 3 Mitglieder und 1 Vorsitzender von diesen designierten Mitgliedern gemeinsam innerhalb der folgenden 30 Tage ernannt werden.

Über die Grundzüge dieses Abkommens bestand seit dem 20. November letzten Jahres Übereinstimmung zwischen den USA und dem Iran. Daß seitdem und vor allem in den letzten

lichen Spielraum für schmutzige Manöver boten, während die festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen für den Iran immer mehr zur Last wurden. Eine Schwierigkeit der iranischen Unterhändler bestand zudem darin, daß sie den genauen Umfang der zum Teil ziemlich zerstreuten iranischen Guthaben nicht angeben und nachweisen konnten, nachdem die Beamten des Schah-Regimes vor dessen Sturz wesentliche Unterlagen vernichtet hatten. Bis zum Schluß hatten die amerikanischen Banker, die Jimmy Carter um sich versammelt hatte, versucht, den Iran nicht nur um einen Teil der Zinsen, sondern auch um einen Teil der Guthaben selbst zu betrügen.

auf 10 Mrd. $. Garantien für den Erhalt dieses Vermögens sofern es überhaupt noch in den USA ist, hat der Iran kaum.

Ob das gemeinsame Schiedsgericht eine Instanz sein wird, über die der Iran seine Ansprüche wird geltend machen können, ist fraglich. Um so mehr, als das Zustandekommen dieses Gerichts davon abhängt, daß eine Einigung über die gemeinsam zu ernennenden Mitglieder überhaupt zustande kommt. Bis aber die anhängigen, vor diesem Schiedsgericht zu verhandelnden Streitfälle geregelt sind, bleiben die in den USA und in England festgelegten Gelder ein Druckmittel in der Hand der USA.



Carter, Miller (Schatzminister), Sick (Sicherheitsrat) und Civiletti (Justizminister). Bis zum Schluß hatte Carter versucht, den Iran um seine in den USA blockierten Vermögenswerte und Zinsen zu betrügen.

Kim begnadigt – Teilerfolg der Solidaritätsbewegung

wos. Am Freitag hat der südkoreanische Diktator Chun Du-hwan den Führer des demokratischen Widerstands, Kim Dae-jung, zu lebenslanger Haft begnadigt. Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof das Todesurteil (wegen „versuchten Umsturzes") vom 27.9.80 bestätigt. – Mit dem wochenlangen Hinauszögern der letzten Entscheidung wollte das faschistische Militärregime die Solidaritätsbewegung zermürben. Das ist ihm nicht gelungen. Diese hat in Japan, der BRD, den USA usw. ihrerseits die Regierung gehörig unter Druck gesetzt. Die japanischen Imperialisten, massiv an der Ausbeutung der südkoreanischen Arbeiter beteiligt, mußten mit gewaltsamen Massendemonstrationen rechnen, wäre Kim hingerichtet worden. Daher verlangten sie von Chun die Begnadigung. Anzunehmen ist außerdem, daß der Bluthund beim Treffen mit Reagan in zwei Wochen in Washington nicht auch noch vom Todesurteil an Kim gezeichnet sein sollte. Chun hat für Mitte Februar „Wahlen" angekündigt. Reaktion der einzigen Oppositionspartei (sie ist von Chun selbst gebildet worden): keine Beteiligung, da das Ergebnis ohnehin schon feststehe. Die DVR Korea hat gegenüber Chuns Reiseplänen („Treffen mit Kim Il-sung, zur Not auch in Pyongyang") erklärt, Chun sei kein rechtmäßiger Staatschef, die Vorschläge eines Verräters der Nation lehne sie ab. – Man muß klar sehen: die Begnadigung ist nur ein Teilerfolg; von Freilassung der politischen Gefangenen keine Rede.

Nkomo akzeptiert Regierungsumbildung mit Bedingungen

lup. Nach einer Sitzung des ZK der ZAPU hat der ehemalige Innenminister Zimbabwes, Nkomo, erklärt, daß er mit seiner Versetzung in das Amt des Ministers für den öffentlichen Dienst einverstanden sei, wenn ein Mitglied seiner Partei in das Sicherheitskomitee berufen werde, das für die Kontrolle im Aufbau befindlichen Armee Zimbabwes zuständig ist. Die Gefahr eines Bruchs zwischen ZANU und ZAPU scheint somit vorerst abgewendet. Widerstand gegen diese Entscheidung gibt es vor allem in den Teilen der ZIPRA, der Befreiungsarmee der ZAPU, die auch gegen die Integration in die Nationale Armee Zimbabwes opponiert hatten. – Premierminister Mugabe ist in der vergangenen Woche in Begleitung des für Sicherheit und den Aufbau der Armee zuständigen Ministers im Amt des Premierministers, Munangagwa, zu Besprechungen mit dem sambischen Ministerpräsidenten Kaunda nach Lusaka geflogen. Es soll bei diesen Gesprächen auch um die Zukunft der in Sambia verbliebenen Teile der ZIPRA gehen. Kaunda hatte im Oktober erklärt, die Unterstützung Sambias gelte nicht einzelnen Personen, sondern dem Volk Zimbabwes als Ganzem.

Zusammenschluß von 8 Oppositionsparteien in Chile

chm. Am 14.1. unterzeichneten acht linke Oppositionsparteien in Chile eine Erklärung, in der sie ihre Vereinheitlichung bekanntgaben. Es sind die Kommunistische Partei, die beiden Flügel der Sozialistischen Partei, die Radikale Partei, die MIR, die Christliche Linke, die MAPU und Arbeiter und Bauern. Bis auf die MIR waren sie alle Mitglieder der Unidad Popular unter Führung Salvador Allendes. – Am gleichen Tag besetzten Mitglieder des Obdachlosenkomitees die schwedische Botschaft, um auf ihre Wohnungsnot aufmerksam zu machen. 500 weitere Komiteemitglieder besetzten ein Baugelände im Westen Santiagos, das dem Staat gehört. Sie wurden von der Militärpolizei vertrieben. Einige der Komiteemitglieder haben eine Kirche besetzt, bis die Regierung ihnen Wohnraum verschafft.

Islamische Gipfelkonferenz am 25.1. in Mekka eröffnet

chm. Die Islamische Gipfelkonferenz beginnt am 25.1. in Mekka. An ihr beteiligen sich 42 Staaten. Der Konferenz wird ein von der vorbereitenden Außenministerkonferenz erarbeitetes Papier vorliegen, das „Mekka-Dokument". Das Dokument umfaßt Entschließungsvorschläge zu Fragen der islamischen Einheit, der Befreiung Jerusalems und aller arabischen besetzten Gebiete und zum Verhältnis der islamischen Staaten zur Sowjetunion. Es wird auch eine Entschließung zu Afghanistan vorliegen. Dazu erklärte der Sekretär der Islamischen Konferenz Habib Shatti, daß für eine politische Lösung der Afghanistanfrage die Beteiligung aller notwendig sei: das Regime von Babrak Karmal, die Widerstandsorganisationen und die Islamische Konferenz. Direkte Verhandlungen mit dem Karmal-Regime lehnten die Außenminister ab. Über die Teilnahme des Iran lagen nur Mutmaßungen vor. Es ist aber wahrscheinlich, daß die iranische Regierung einen Vertreter schicken wird. Libyen wird nicht teilnehmen, da es seit drei Monaten die diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien abgebrochen hat.

Konferenz ostafrikanischer Staatschefs in Kampala beendet

chm. In Kampala, der Hauptstadt Ugandas, fand eine Konferenz zwischen den Staatspräsidenten von Uganda, Kenya, Tansania und Sambia statt. In einem Vier-Punkte-Kommuniqué vereinbarten sie, die Zusammenarbeit zwischen ihren Staaten zu stärken, für Frieden und Sicherheit innerhalb der Staatsgrenzen und untereinander zu sorgen, die Schuldenlast, die seit der ehemaligen ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft bestehen, gemeinsam zu tilgen.

Türkei: Die Schlinge wird enger gezogen

Ohne Demokratie kann die nationale Unabhängigkeit nicht verteidigt werden

bep. Die türkische Militärregierung versprach, die Demokratie vor dem Terrorismus zu retten. Sie hat die bewaffneten Auseinandersetzungen und Anschläge weitgehend unterdrückt – um den Preis der Ausdehnung des Terrorismus der Staatsorgane. Ihr gegenwärtiger Kurs wird offensichtlich von den Kräften bestimmt, die eine Lösung der Krise auf Kosten der Arbeiterklasse und der Volksmassen suchen. In den Elendsvierteln der Städte und in den Kurdengebieten finden massive Polizei- und Militäraktionen statt. 58 türkische Anwälte haben in einem Brief die Folterungen und Mißhandlungen in den Polizei- und Militärgefängnissen und die Praktiken der Militärgerichte angeklagt. Die gewerkschaftlichen Rechte sind generell eingeschränkt; die Tätigkeiten der Mitgliedsgewerkschaften des DISK, des neben dem staatlich geförderten Türk-Is zweitgrößten Gewerkschaftsverbandes, sind suspendiert; zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre sind in Haft. Türkische Behörden haben gegenüber zwei Vertretern des Europaparlaments die Zahl der aus politischen Gründen Inhaftierten mit 30000 angegeben. Zwar gehen die Staatsorgane auch gegen die faschistischen Gruppen vor, aber ihr Anteil an den Verhafteten ist klein. Die Pressefreiheit ist durch das Verbot einzelner Zeitungen wie durch Verfolgungsmaßnahmen gegen Redakteure erheblich beschränkt.

Auf einer Rundreise in der letzten Woche hat der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats, General Evren, erneut die Rückkehr zur Demokratie versprochen. Seinen Andeutungen ist zu entnehmen, daß die fortschrittliche Verfassung, die 1961 (ebenfalls unter einer Militärregierung) geschaffen worden war, revidiert werden soll. Geplant ist offenbar u.a. eine Einschränkung des Demonstrationsrechts sowie eine Veränderung des Wahlsystems zugunsten der größeren Parteien. Zwischen August und September '81 soll eine ,,Verfassungsgebende Versammlung'' ihre Arbeit aufnehmen. Ob und wie ihre Mitglieder gewählt werden sollen, ist unklar. Klar ist aber, daß der Nationale Sicherheitsrat sowohl bei den Verfassungsänderungen als auch in einem künftigen parlamentarischen System die letzte Entscheidungsinstanz bleiben soll. Über die Verfassung soll in einem Referendum abgestimmt werden. Vorbereitet wird außerdem ein neues Gewerkschaftsgesetz, mit Einschränkungen gegenüber dem bestehenden Gesetz.

Vor dem Putsch war die Massenbewegung zersplittert durch den Terror der reaktionären Gruppen, die aus dem Staatsapparat seit jeher Unterstützung erhalten, erschöpft. Die bewaffneten Aktionen linker Gruppen, auch soweit sie eine Reaktion auf den Terror der Rechten waren, haben die Demoralisierung ebenfalls gesteigert. Das parlamentarische System war weitgehend gelähmt, aber die Kräfte für eine revolutionäre Lösung der Krise waren nicht entwickelt.

Es ist eine außerordentliche Bündelung innerer und äußerer Widersprüche, die die gegenwärtige Krise der Türkei so schwer, ihren Verlauf so kompliziert und ihren Ausgang so unsicher macht. Im Innern sind wesentliche Aufgaben einer nationaldemokratischen Revolution ungelöst. Eine parasitäre Schicht von Grundbesitzern, Wucherern und Händlern behindert die Entwicklung der Landwirtschaft, in der noch über 60% der Bevölkerung tätig sind. Die Armut der Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter, die Landnot, die Stagnation der industriellen Entwicklung in den ländlichen Gebieten treibt Hunderttausende in die Elendsviertel der Städte oder ins Ausland. Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten, vor allem der Kurden und Armenier, dauert an und schafft auch Ansatzpunkte für äußere Einmischung. In der Verwaltung der Staatsbetriebe, in der staatlichen Bürokratie, im Offizierskorps, das kollektiv Anteile an Kapital besitzt, haben sich Ausbeuterinteressen entwickelt. Daneben ist seit 1950 privates Großkapital entstanden. Der Widerspruch zwischen diesem relativ konzentrierten Kapital und der Arbeiterklasse wird noch geschürt durch den wachsenden Druck des kapitalistischen Weltmarkts. Schließlich liegt die Türkei direkt im Kreuzungspunkt der strategischen Interessen der beiden Supermächte an der Südflanke Europas.

Imperialistische Erpressung

Staatliche Industrie und staatliche Kontrollen des Kapitalimports haben die ausländischen Kapitalanlagen in der Türkei bislang eingeschränkt. Die Abhängigkeit der Türkei vom Weltmarkt hat ihren Hauptgrund in der Abhängigkeit von der Einfuhr bestimmter Schlüsselprodukte: von Maschinen, von Produkten der Eisen- und Stahlindustrie und der chemischen Industrie, von Erdöl. Seit den fünfziger Jahren lag der Schwerpunkt der Industrialisierung in der Konsumgüterindustrie. Wie andere Länder der 3. Welt (z.B. Brasilien) hat die Türkei außerdem in der Energiepolitik auf den Einsatz von Erdöl gesetzt, das von den imperialistischen Konzernen auf dem Weltmarkt verschleudert wurde, solange sie noch ungehinderten Zugang zu den Ölquellen hatten. Über 60% der türkischen Exporte bestehen aus Agrarprodukten. Die Exporterlöse decken die Einfuhrkosten nicht; der Rückgang der Überweisungen türkischer Arbeiter im Ausland und der Anstieg des Weltmarktpreises von Erdöl verschärften die Lage. Seit Mitte '78 konnte die türkische Zentralbank ihren laufenden Verpflichtungen aus dem Warenverkehr und dem Schuldendienst nicht mehr termingerecht nachkommen; bis zum Ende des Jahres erklärte sich die Türkei für zahlungsunfähig. Der folgende scharfe Rückgang der Importe brachte ganze Industriezweige nahezu zum Erliegen. Die Bedingungen für großangelegte Erpressungsmanöver waren gegeben. Die Weltbank, der IWF, das von der BRD geführte ,,Türkei-Konsortium'' der OECD-Länder verknüpften Kreditzusagen mit wirtschaftspolitischen Bedingungen. Die wichtigsten:

Einschränkung der Staatsausgaben und der staatlichen Industrien (u.a. mit der Folge wachsender Arbeitslosigkeit



Funktionäre der TIKP (Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei) wurden inhaftiert und gefoltert, ihre Tageszeitung Aydinlik verboten. Im Bild: Dogu Pernicek, Vorsitzender der TIKP.

und einer Einschränkung der Sozialausgaben), Liberalisierung des Kapitalverkehrs und ständige Anpassung des Wechselkurses, also Freiheit für den Kapitalexport der imperialistischen Länder. Die Regierung Demirel und nun die Militärregierung haben sich auf diese Bedingungen eingelassen und liegen nun um so fester an der Schuldenleine. Für 1981 hat das staatliche Planungsamt Exporte in Höhe von 3,5 Mrd. Dollar vorausgesagt und Importe von 9 Milliarden. Dazu kommen Schuldendienst und Rückzahlung von Krediten. Der zusätzliche Kreditbedarf für 1981 wird auf 7 Mrd. Dollar geschätzt. Etwa 1 Mrd. hofft die Türkei bei Saudi-Arabien und der Islam-Entwicklungsbank zu bekommen. Im Februar und März sollen neue Kreditverhandlungen zwischen der Türkei und dem OECD-Konsortium stattfinden. Entsprechend den Auflagen wurde die staatliche Kontrolle über ausländische Kapitalanlagen im letzten Jahr erheblich gelockert. In den ersten drei Quartalen 1980 haben sich diese Anlagen daraufhin gegenüber dem Vorjahr verdreifacht.

Die Rolle der Sowjetunion

Der wirtschaftliche Einfluß der Sowjetunion ist demgegenüber quantitativ noch bescheiden, aber seit 1970 ansteigend. Im letzten Jahr erhielt die Türkei 243 Mio. $ Kredit aus RGW-Ländern für Investitionen in Staatsunternehmen. Die SU konzentriert ihre Aktivitäten auf große Industrieprojekte im staatlichen Bereich. 1980 hat sie außerdem etwa ein Zehntel der Ölimporte der Türkei geliefert. Der türkische Export in die SU macht etwa ein Viertel des Exports in die BRD aus, die der weitaus größte Handelspartner der Türkei ist. Weder die SU noch die anderen RGW-Staaten haben nach dem Militärputsch ihre Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei unterbrochen. Nach Berichten einer türkischen Nachrichtenagentur hat im Januar ein Treffen einer türkisch-sowjetischen Wirtschaftskommission in Moskau stattgefunden, und bestätigte im Dezember der türkische Ministerrat eine Vereinbarung mit der DDR über ,,ökonomische, technische und industrielle Kooperation''. Die von der Sowjetunion abhängige TKP, die in der Türkei verboten ist, hat Einfluß vor allem über ihre Positionen in den Gewerkschaften des DISK. Teile der Republikanischen Volkspartei sind für eine engere Anlehnung an die Sowjetunion. Die marxistisch-leninistische TIKP (Arbeiter- und Bauernpartei) geht davon aus, daß die SU die bewaffneten Auseinandersetzungen geschürt hat. Ohne Zweifel ist der politische, militärische und ökonomische Einfluß der USA und ihrer Verbündeten, allen voran die BRD, gegenwärtig in der Türkei weit stärker als der der SU. Aber ebenso unzweifelhaft ist die Türkei eines der Länder der Dritten Welt, die durch die Expansionsbestrebungen des Sozialimperialismus am unmittelbarsten bedroht sind.

Die Außenpolitik der Militärregierung

Die Machtergreifung der Generäle folgte auf eine Regierungskrise. Der Außenminister der Regierung Demirel wurde durch das Parlament zur Demission gezwungen. Betrieben wurde das vor allem durch die (islamische) Nationale Heilspartei und ihren Vorsitzenden Erbakan. Der Außenminister wurde kritisiert wegen mangelnder Unterstützung der afghanischen Befreiungskämpfer, wegen zu enger Beziehungen zum Westen, zu Israel und mangelnder Entwicklung der Beziehungen zu den islamischen Staaten. Erbakan sitzt im Gefängnis und wartet auf seinen Prozeß. Dennoch hat die Militärregierung außenpolitisch einigen seiner Forderungen entsprochen. Sie hat ihre Mitarbeit in der Islamischen Konferenz verstärkt, ihre Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser bekräftigt und die diplomatischen Beziehungen zu Israel auf ein Minimum reduziert. Zugleich hat sie eine gewisse Verhandlungsbereitschaft gegenüber Griechenland und in bezug auf die Zypern-Frage gezeigt.

Die objektiven Interessen der Türkei an nationaler Unabhängigkeit verweisen sie auf den Zusammenschluß mit den benachbarten Ländern der 3. Welt. Ohne Demokratie im Innern, ohne die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse, ohne Landreform, ohne Berücksichtigung der Rechte der verschiedenen Nationalitäten wird sich die Türkei aber weder gegen die Erpressung durch die westlichen Imperialisten unter Führung der USA noch gegen die Einmischungsversuche und die drohende Aggression des russischen Imperialismus erfolgreich wehren können.

erneut die Rückkehr zur Demokratie versprochen. Seinen Andeutungen ist zu entnehmen, daß die fortschrittliche Verfassung, die 1961 (ebenfalls unter einer Militärregierung) geschaffen worden war, revidiert werden soll. Geplant ist offenbar u.a. eine Einschränkung des Demonstrationsrechts sowie eine Veränderung des Wahlsystems zugunsten der größeren Parteien. Zwischen August und September '81 soll eine ,,Verfassungsgebende Versammlung'' ihre Arbeit aufnehmen. Ob und wie ihre Mitglieder gewählt werden sollen, ist unklar. Klar ist aber, daß der Nationale Sicherheitsrat sowohl bei den Verfassungsänderungen als auch in einem künftigen parlamentarischen System die letzte Entscheidungsinstanz bleiben soll. Über die Verfassung soll in einem Referendum abgestimmt werden. Vorbereitet wird außerdem ein neues Gewerkschaftsgesetz, mit Einschränkungen gegenüber dem bestehenden Gesetz.

Vor dem Putsch war die Massenbewegung zersplittert durch den Terror der reaktionären Gruppen, die aus dem Staatsapparat seit jeher Unterstützung erhalten, erschöpft. Die bewaffneten Aktionen linker Gruppen, auch soweit sie eine Reaktion auf den Terror der Rechten waren, haben die Demoralisierung ebenfalls gesteigert. Das parlamentarische System war weitgehend gelähmt, aber die Kräfte für eine revo-

des kapitalistischen Weltmarkts. Schließlich liegt die Türkei direkt im Kreuzungspunkt der strategischen Interessen der beiden Supermächte an der Südflanke Europas.

Imperialistische Erpressung

Staatliche Industrie und staatliche Kontrollen des Kapitalimports haben die ausländischen Kapitalanlagen in der Türkei bislang eingeschränkt. Die Abhängigkeit der Türkei vom Weltmarkt hat ihren Hauptgrund in der Abhängigkeit von der Einfuhr bestimmter Schlüsselprodukte: von Maschinen, von Produkten der Eisen- und Stahlindustrie und der chemischen Industrie, von Erdöl. Seit den fünfziger Jahren lag der Schwerpunkt der Industrialisierung in der Konsumgüterindustrie. Wie andere Länder der 3. Welt (z.B. Brasilien) hat die Türkei außerdem in der Energiepolitik auf den Einsatz von Erdöl gesetzt, das von den imperialistischen Konzernen auf dem Weltmarkt verschleudert wurde, solange sie noch ungehinderten Zugang zu den Ölquellen hatten. Über 60% der türkischen Exporte bestehen aus Agrarprodukten. Die Exporterlöse decken die Einfuhrkosten nicht; der Rückgang der Überweisungen türkischer Arbeiter im Ausland und der Anstieg des Weltmarktpreises von Erdöl verschärften die Lage. Seit Mitte '78 konnte die türkische Zentralbank ihren



Funktionäre der TIKP (Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei) wurden inhaftiert und gefoltert, ihre Tageszeitung Aydinlik verboten. Im Bild: Dogu Pernicek, Vorsitzender der TIKP.

und einer Einschränkung der Sozialausgaben), Liberalisierung des Kapitalverkehrs und ständige Anpassung des Wechselkurses, also Freiheit für den Kapitalexport der imperialistischen Länder. Die Regierung Demirel und nun die Militärregierung haben sich auf diese Bedingungen eingelassen und liegen nun um so fester an der Schuldenleine. Für 1981 hat das staatliche Planungsamt Exporte in Höhe von 3,5 Mrd. Dollar vorausgesagt und Importe von 9 Milliarden. Dazu kommen Schuldendienst und Rückzahlung von Krediten. Der zusätzliche Kreditbedarf

tiv noch bescheiden, aber seit 1970 ansteigend. Im letzten Jahr erhielt die Türkei 243 Mio. $ Kredit aus RGW-Ländern für Investitionen in Staatsunternehmen. Die SU konzentriert ihre Aktivitäten auf große Industrieprojekte im staatlichen Bereich. 1980 hat sie außerdem etwa ein Zehntel der Ölimporte der Türkei geliefert. Der türkische Export in die SU macht etwa ein Viertel des Exports in die BRD aus, die der weitaus größte Handelspartner der Türkei ist. Weder die SU noch die anderen RGW-Staaten haben nach dem Militärputsch ihre Wirtschaftsbezie-

den Erbakan. Der Außenminister wurde kritisiert wegen mangelnder Unterstützung der afghanischen Befreiungskämpfer, wegen zu enger Beziehungen zum Westen, zu Israel und mangelnder Entwicklung der Beziehungen zu den islamischen Staaten. Erbakan sitzt im Gefängnis und wartet auf seinen Prozeß. Dennoch hat die Militärregierung außenpolitisch einigen seiner Forderungen entsprochen. Sie hat ihre Mitarbeit in der Islamischen Konferenz verstärkt, ihre Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser bekräftigt und die diplomatischen Beziehungen zu Israel auf ein Minimum reduziert. Zugleich hat sie eine gewisse Verhandlungsbereitschaft gegenüber Griechenland und in bezug auf die Zypern-Frage gezeigt.

Die objektiven Interessen der Türkei an nationaler Unabhängigkeit verweisen sie auf den Zusammenschluß mit den benachbarten Ländern der 3. Welt. Ohne Demokratie im Innern, ohne die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse, ohne Landreform, ohne Berücksichtigung der Rechte der verschiedenen Nationalitäten wird sich die Türkei aber weder gegen die Erpressung durch die westlichen Imperialisten unter Führung der USA noch gegen die Einmischungsversuche und die drohende Aggression des russischen Imperialismus erfolgreich wehren können.

Giscard: ,,Diese Mißgeburt namens Tschad''

Frankreich profitiert vorerst von Libyens Expansion

chm. Die Zahl der in der Zentralafrikanischen Republik, dem südlichen Nachbarn Tschads, stationierten französischen Truppen ist seit der Annexion Tschads durch Libyen auf 1400 Mann gestiegen. Sie sind in der Hauptstadt Bangui und in der nordöstlichen Stadt Bouar stationiert. In Gabun ist das französische Kontingent auf 600 Mann fast verdoppelt worden. In der Elfenbeinküste stehen 430 Soldaten, und im Senegal sind es 1100. Mit den anderen Nachbarländern des Tschad, in denen bisher nur eine Handvoll Militärberater arbeiten, wie z.B. Kamerun oder Niger, verhandelt Frankreich über die Entsendung von Truppenkontingenten. Frankreich besitzt für militärische Einsätze in Afrika ein 25000 Mann starkes Regiment, das 8. Fallschirmjägerregiment der Marineinfanteristen, die berüchtigten ,,Paras''. Sie sind in Südfrankreich und auf Korsika stationiert. Drei Kompanien à 140 Mann befinden sich in ständiger Alarmbereitschaft. Die wichtigsten Stützpunkte sind im Senegal, in der Zentralafrikanischen Republik und auf Djibuti, wo sich auch das größte ständige Truppenkontingent befindet, 4500 Mann stark. Aufgestellt wurden die Paras 1959. Ihre Aufgabe formulierte Giscard d'Estaing 1980 wortwörtlich wie De Gaulle 1961: Sofort zu intervenieren, wenn Frankreichs Interessen bedroht sind.

Die Verstärkung der französischen Truppen in den zentralafrikanischen Staaten ist mit Einverständnis der dortigen Regierungen geschehen. Sie haben schon zu Beginn der libyschen Intervention im vergangenen Oktober Frankreich aufgefordert, militärisch einzugreifen. Sie haben kritisiert, daß Frankreich der Aufforderung der OAU nachgekommen sei, Ende Mai seine Truppen aus dem Tschad zurückzuziehen. Sie sehen die Gefahr einer libyschen Intervention als für ganz Zentralafrika bestehend, da Libyen auf das stillschweigende Einverständnis der Sozialimperialisten und vor allem auf ihre Waffenlieferungen bauen kann. Der ägyptische Präsident Sadat betrachtet die Annexion des Tschad als einen weiteren Schritt der SU, sich eine Kette von Stützpunkten in Afrika zu schaffen. Als nächstes sei der Sudan dran, weil die SU sich dort auf eine gutorganisierte, von ihr abhängige Partei stützen könne.

Die Sorge der afrikanischen Staaten vor dem Eindringen der Sozialimperialisten ist begründet. Auch die Auffassung Sadats ist nicht abwegig: 1970 haben die Sozialimperialisten den Versuch unternommen, die sudanesische Regierung zu stürzen. Der Putsch, an dem die sudanesische KP führend beteiligt war, wurde zerschlagen.

Die Sorge der afrikanischen Staaten ist auch deshalb begründet, weil die sozialimperialistische Supermacht bei ihren Hegemoniebestrebungen in diesem Teil der Welt um so aggressiver auftreten kann, als sie mit den expansionistischen Zielen Libyens, das immer mehr zu einem Stützpunkt der SU in der arabischen und afrikanischen Welt zu werden droht, rechnen kann. Libyen ist bestrebt, ein islamisches Sahara-reich zu errichten. Der Tschad ist von strategischer Bedeutung für diese Pläne. Seit 1978 unterhält Frankreich mit Libyen umfängliche wirtschaftliche Beziehungen. Es scheint, daß es beim Besuch des libyschen Ministerpräsidenten Djallud Ende 1978 in Paris, bei dem Frankreich dieser Coup gelang, auch zu einem Kuhhandel über den Tschad gekommen ist, daß er in eine nördliche libysche und eine südliche französische Einflußsphäre eingeteilt werde. Im Februar 1979 erklärte Giscard d'Estaing: ,,Der Süden (des Tschad) hat es satt, die Zeche zu zahlen für das Fortbestehen dieser Mißgeburt namens Tschad.'' (Le Monde, 12./13.1.1980) Es ist nicht bei dieser Frechheit geblieben. Frankreich konzentriert sämtliche Investitionen im südlichen Teil des Tschad: Die Baumwollwebereien der Sonasut, eines Zweigbetriebes der Grand Moulins de Paris, die Tabakfabrik MCT, die Brauerei Logone und vor allem die Coton Tchad, die das Einkaufsmonopol für die Baumwolle besitzt. Im Juli 1980, als schon die ersten Abkommen zwischen Goukoni Queddei und Libyen unter Dach und Fach waren, eröffnete Frankreich ein Konsulat in der südlichen Stadt Moundou, sein einziges Konsulat im Tschad.

Von Libyen gibt es mehrere Erklärungen, daß Frankreich den nördlichen Tschad als ein für Libyen ,,lebenswichtiges Gebiet'' anerkannt habe. Im Lichte der französischen Verlautbarungen der letzten Wochen erscheint das nicht unwahrscheinlich: Bis weit in den Dezember hinein schwieg sich Frankreich aus über die libysche Aggression. Erst am 13.12. veröffentlichte das Elysée ein Kommuniqué, in dem die Anwesenheit ,,ausländischer Elemente'' im Tschad verurteilt wurde. Bei dem Kuhhandel haben sich die französischen Imperialisten ein dickes Stück von dem libyschen Kuchen gesichert: Der Warenexport nach Libyen hat 1980 3 Mrd. $ erreicht, dazu kommen 2 Mrd. $ an Waffenlieferungen. Die ½ Mio. t Öl, die Libyen an Frankreich liefert, fallen nicht sehr ins Gewicht. Wichtiger ist der mit der staatlichen Erdölgesellschaft Elf-Aquitaine abgeschlossene Vertrag, der ihr Bohrungsrechte in 15000 km² libyschen Territoriums sichert.

Bei einem anderen großen Geschäft scheint der Kuhhandel Frankreichs mit Libyen belohnt worden zu sein, diesmal von den Sozialimperialisten. Mitte Januar hat der französische Außenminister Jean François-Poncet mehrere Wirtschaftsvereinbarungen mit Angola getroffen. Die Zusammenarbeit soll in den Bereichen Energie-, Bau-, Verkehrs- und Fischereiwesen verstärkt werden. Ebenfalls in der Landwirtschaft, der Textil- und Lebensmittelindustrie. Der staatliche Konzern Total hat Bohrungsrechte im Norden Angolas und an der Küste erhalten. Bis jetzt ist kein Protest seitens der SU hörbar geworden.

Die französischen Imperialisten operieren in Afrika von einer relativ gefestigten Basis aus, die ihnen sowohl militärische Interventionen als auch wirtschaftliche Infiltration sichert. Es ist ihnen gelungen, ihre ehemaligen Kolonien in Zentral- und Westafrika durch ein dichtmaschiges System von Wirtschafts-, Militär- und Kulturabkommen an sich zu ketten. Sie tätigen den größten Teil ihres Außenhandels mit Frankreich, so z.B. Senegal mit 50%. Lebenswichtig für den französischen Imperialismus ist der Zugriff auf die Rohstoffe dieser Staaten: Uran, Mangan und Erdöl in Gabun, Eisen in Mauretanien, Phosphat in Togo, Baumwolle in Mali, Kakao in Kamerun. In der Regel ist es so, daß leitende Stellen im Staatsapparat von französischen ,,Beratern'' besetzt sind, was eine direkte Einflußnahme auf die Politik ermöglicht. ,,Frankreich wird es an Solidarität mit unseren afrikanischen Freunden nicht fehlen lassen, wenn sie diese Solidarität fordern ... Wir haben die Mittel und den Willen dazu'', erklärte der französische Außenminister in Abidjan, Elfenbeinküste. Daß mit dieser sog. Solidarität auch das Schachern mit der Existenz eines ganzen Volkes gemeint sein kann, zeigt das widerwärtige Geschäft der Giscardclique im Tschad.

Rehabilitation der Behinderten verbessert Arbeit trotzdem äußerst unsicher

Kündigungsschutz, Lohnabsicherung und Rechte mangelhaft
Ein Überblick zum Jahr der Behinderten

hev. Einen positiven Effekt werden die regierungsoffiziellen Reden auf der Eröffnungsveranstaltung zum Jahr der Behinderten in Dortmund letzte Woche trotz aller triefend-schwülstigen Humanität wenigstens haben: die Probleme der Behinderten werden in der Bevölkerung und in der Arbeiterbewegung aufmerksamere Ohren finden, der gemeinsame Kampf wird so leichter zu organisieren sein. Dieses Interesse spricht auch aus der UNO-Resolution Nr. 31/123 vom Dezember 1976, mit der 1981 zum ,,Jahr der Behinderten" erklärt wurde. Allgemeines Ziel sei, ,,das Interesse der Öffentlichkeit für die Belange der Behinderten und für die Probleme, die sich aus der Behinderung für die Betroffenen ergeben, zu wecken, insbesondere auch für die große Zahl der Behinderten in den Ländern der Dritten Welt." Weiter heißt es: ,,Die Vereinten Nationen regen die Mitgliedstaaten und nichtstaatlichen Organisationen an, ihre Maßnahmen der medizinischen, beruflichen und sozialen Eingliederung zu überprüfen und entsprechend den Verhältnissen, Bedürfnissen und Prioritäten eines Landes örtliche und überörtliche Aktivitäten zu mobilisieren und damit die Situation der Behinderten nachhaltig zu verbessern."

Wer ist behindert?

In der Bundesrepublik zählt offiziell als Behinderter nur, wer sich staatlich anerkennen und mit entsprechenden Ausweispapieren versehen läßt. Diesen Ausweis gibt es bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 Prozent (Schwerbehindertenausweis). Wer glaubt, eine Behinderung zu haben, muß sich eines oder mehrere Antragsformulare – je nach Zahl der Ärzte, die über ihn Auskunft geben können – bei dem örtlichen Versorgungsamt beschaffen, dem Arzt bringen, und dieser schickt das nach Aktenlage ausgefüllte Formulargutachten zurück an das Versorgungsamt. Dort sitzt der Versorgungsamtsarzt am Schreibtisch und entscheidet mittels der vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung herausgegebenen ,,Anhaltspunkte für die ärztliche Begutachtung" über den Grad der Behinderung. Einige Beispiele: Ein Mensch ohne Magen wird als 60 bis 70% erwerbsgemindert (=behindert) eingestuft, für den Verlust einer Hand gibt es 50%, den Verlust eines Daumens 25%, beider Daumen 40%, für eine Unterschenkellähmung 30 bis 40%. Fallen mehrere Behinderungen zusammen, ist der Gesamtzustand zu berücksichtigen, eine einfache Addition von Prozenten findet nicht statt. Der Prozentsatz entscheidet über finanzielle Erleichterungen, angefangen bei den Steuern über

liche Aktivitäten zu mobilisieren und damit die Situation der Behinderten nachhaltig zu verbessern."

Wer ist behindert?

In der Bundesrepublik zählt offiziell als Behinderter nur, wer sich staatlich anerkennen und mit entsprechenden Ausweispapieren versehen läßt. Diesen Ausweis gibt es bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 Prozent (Schwerbehindertenausweis). Wer glaubt, eine Behinderung zu haben, muß sich eines oder mehrere Antragsformulare – je nach Zahl der Ärzte, die über ihn Auskunft geben können – bei dem örtlichen Versorgungsamt beschaffen, dem Arzt bringen, und dieser schickt das nach Aktenlage ausgefüllte Formulargutachten zurück an das Versorgungsamt. Dort sitzt der Versorgungsamtsarzt am Schreibtisch und entscheidet mittels der vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung herausgegebenen ,,Anhaltspunkte für die ärztliche Begutachtung" über den Grad der Behinderung. Einige Beispiele: Ein Mensch ohne Magen wird als 60 bis 70% erwerbsgemindert (=behindert) eingestuft, für den Verlust einer Hand gibt es 50%, den Verlust eines Daumens 25%, beider Daumen 40%, für eine Unterschenkellähmung 30 bis 40%. Fallen mehrere Behinderungen zusammen, ist der Gesamtzustand zu berücksichtigen, eine einfache Addition von Prozenten findet nicht statt. Der Prozentsatz entscheidet über finanzielle Erleichterungen, angefangen bei den Steuern über
den Reiseverkehr (Bundesbahn- und Post), die Personenbeförderung (Kfz), die Wohnung bis zu Fernsprech- und Portogebühren. Der weitaus größte Teil kann von den Behinderten erst ab anerkannten 70% in Anspruch genommen werden, so daß die MdE (Minderung der Erwerbsfähigkeit) für viele Kranken zum zentralen Punkt der Auseinandersetzung mit den Behörden wird. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wurden zum Jahresende 1979 rund 3 Mio. Behinderte mit einer MdE von über 50% gezählt. 45% der Schwerbehinderten waren älter als 60, 35% gehörten in die Altersgruppe zwischen 45 und 60 Jahren. ⅓ leidet unter einer Funktionsbeeinträchtigung innerer Organe, es folgen Behinderungen an den Gliedmaßen, der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie Deformierungen des Brustkorbes mit zusammen 13%; 12% leiden an Querschnittlähmung, geistig-seelischen Beeinträchtigungen und Suchtkrankheiten.

Behinderte und Arbeitsmarkt

Auf der Grundlage von Arbeitsmarktdaten Ende der 60er Jahre hatte die Sozialenquete-Kommission begründet, warum sie eine Wiedereingliederung der Behinderten in Arbeit und Beruf für sinnvoll und wünschenswert hält: ,,Das Brachliegen einiger Hunderttausend möglicher Arbeitskräfte sollte angesichts der dauerhaften Neuansprüche des Arbeitsmarktes und der entsprechenden Einsetzung von Gastarbeitern vermieden werden ... Es wird davon ausgegangen, daß die Vollbeschäftigungsphase eine Dauererscheinung ist. Das Gefüge der Rechtsordnung und der sozialen Organisation stammt aus einer Zeit, die unter völlig anderen Voraussetzungen Sozialpolitik getrieben hat." Das Berufsförderungswerk Heidelberg machte 1967 eine aufsehenerregende Rechnung auf. Aus einem Kollektiv von 600 Behinderten, die nach einer Berufsförderungsmaßnahme wieder erwerbstätig wurden, errechnete es eine Kosteneinsparung von 457000 DM pro wiedereingegliederten Behinderten, der sich aus Renteneinsparung plus Beitrag zum Sozialprodukt minus Kosten für die Berufsförderungsmaßnahme ergab. Falls 500000 Frühinvalide wieder eingegliedert werden sollten, ergab sich ein ,,über eine allerdings noch unbekannte Zahl von Jahren verteilter volkswirtschaftlicher Gewinn von 223850000000 DM."

Die Vollbeschäftigungsphase ist nicht zur Dauererscheinung geworden, aber die damaligen Gedankengänge und Berechnungen haben in den 70er Jahren eine wahre Flut von Behindertengesetzen und einen Boom an Rehabilitationseinrichtungen und -maßnahmen ausgelöst. Hauptschlagworte waren ,,Rehabilitation vor Rente" und ,,Finalität, nicht Kausalität". Das erste Prinzip wurde 1974 im Rehabilitationsangleichungsgesetz, das zweite hauptsächlich im Schwerbehinderten-

gesichts der dauerhaften Neuansprüche des Arbeitsmarktes und der entsprechenden Einsetzung von Gastarbeitern vermieden werden ... Es wird davon ausgegangen, daß die Vollbeschäftigungsphase eine Dauererscheinung ist. Das Gefüge der Rechtsordnung und der sozialen Organisation stammt aus einer Zeit, die unter völlig anderen Voraussetzungen Sozialpolitik getrieben hat." Das Berufsförderungswerk Heidelberg machte 1967 eine aufsehenerregende Rechnung auf. Aus einem Kollektiv von 600 Behinderten, die nach einer Berufsförderungsmaßnahme wieder erwerbstätig wurden, errechnete es eine Kosteneinsparung von 457000 DM pro wiedereingegliederten Behinderten, der sich aus Renteneinsparung plus Beitrag zum Sozialprodukt minus Kosten für die Berufsförderungsmaßnahme ergab. Falls 500000 Frühinvalide wieder eingegliedert werden sollten, ergab sich ein ,,über eine allerdings noch unbekannte Zahl von Jahren verteilter volkswirtschaftlicher Gewinn von 223850000000 DM."

Die Vollbeschäftigungsphase ist nicht zur Dauererscheinung geworden, aber die damaligen Gedankengänge und Berechnungen haben in den 70er Jahren eine wahre Flut von Behindertengesetzen und einen Boom an Rehabilitationseinrichtungen und -maßnahmen ausgelöst. Hauptschlagworte waren ,,Rehabilitation vor Rente" und ,,Finalität, nicht Kausalität". Das erste Prinzip wurde 1974 im Rehabilitationsangleichungsgesetz, das zweite hauptsächlich im Schwerbehinderten-
gesetz des gleichen Jahres festgeschrieben. Sie bedeuten, daß, bevor ein Invalide in Rente geschickt wird, alle medizinischen und beruflichen Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß ausgeschöpft werden sollen und daß dafür nicht die Ursache (Kausalität) der Behinderung entscheidend ist, sondern lediglich die Art (Finalität) der Behinderung. Die Kriegsopfer nehmen weiter eine finanzielle Sonderstellung ein; sie werden nach dem Bundesversorgungsgesetz entschädigt. Die durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit Geschädigten werden weiterhin nach den Regeln der Unfallversicherung bezahlt. Zweifellos haben die beiden Gesetze für die große Zahl der Behinderten, die dies nicht im Kriegs- oder Wehrdienst oder während der Arbeit geworden sind, deutliche Verbesserungen gebracht. Sie haben einen Rechtsanspruch auf Rehabilitation, und die Kostenfrage muß zwischen Krankenkasse, Renten- und Unfallversicherung geklärt werden, ohne daß ein Aufschub der medizinischen und berufsfördernden Programme eintreten soll. Ausgewirkt hat sich dieser Fortschritt auf die endgültige Wiedereingliederung in das Arbeitsleben jedoch kaum, wie aus dem Schaubild zu erkennen ist. Zwar wurde die Zahl der abgeschlossenen Reha-Maßnahmen von 1970 bis 1978 verdoppelt, auf dem Arbeitsmarkt untergebracht wurden jedoch nur geringfügig mehr – trotz erheblicher finanzieller Anreize für die Kapitalisten durch drei Sonderprogramme. Inzwischen sind rund 70000 Schwerbehinderte ohne Arbeit.

Kapitalisten sehen sich behindert

Hilmar Dorsch, Vorstandsmitglied der Heidelberger Druckmaschinen AG, hat in der Zeitschrift ,,Die Wirtschaft" Nr. 7/80 die Punkte genannt, weshalb selbst gut ausgebildete Schwerbehinderte kaum eingestellt werden: die Vorschriften des Schwerbehindertengesetzes nach besonderem Kündigungsschutz, dem Sonderurlaub, vollem Lohnausgleich trotz Leistungsrückgang, zu hohe Erwartungshorizonte der Behinderten in bezug auf Inhalt der Arbeitsaufgabe, Arbeitsplatzausgestaltung und erreichbare Vergütung, die Verpflichtung, 6% der Arbeitsplätze für Behinderte vorzusehen. Also praktisch alle Schranken, die gegen eine Überausbeutung der Behinderten gezogen wurden. Er macht folgende Vorschläge: die Kündigung eines Behinderten sollte nicht ,,unnötig erschwert" werden, die Ausbildung der Behinderten sollte stärker ,,praxisbezogen" – nicht auch gründlich und theoretisch sein, eine Teilrente sollte einen Teil der Lohnkosten abdecken.

Die Forderungen von Gewerkschaften und Behinderten

Der sozialpolitische Ausschuß des DGB hat am 18.3.80 Vorschläge zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes beschlossen. Er fordert die Er-

erheblicher finanzieller Anreize für die Kapitalisten durch drei Sonderprogramme. Inzwischen sind rund 70000 Schwerbehinderte ohne Arbeit.

Kapitalisten sehen sich behindert

Hilmar Dorsch, Vorstandsmitglied der Heidelberger Druckmaschinen AG, hat in der Zeitschrift ,,Die Wirtschaft" Nr. 7/80 die Punkte genannt, weshalb selbst gut ausgebildete Schwerbehinderte kaum eingestellt werden: die Vorschriften des Schwerbehindertengesetzes nach besonderem Kündigungsschutz, dem Sonderurlaub, vollem Lohnausgleich trotz Leistungsrückgang, zu hohe Erwartungshorizonte der Behinderten in bezug auf Inhalt der Arbeitsaufgabe, Arbeitsplatzausgestaltung und erreichbare Vergütung, die Verpflichtung, 6% der Arbeitsplätze für Behinderte vorzusehen. Also praktisch alle Schranken, die gegen eine Überausbeutung der Behinderten gezogen wurden. Er macht folgende Vorschläge: die Kündigung eines Behinderten sollte nicht ,,unnötig erschwert" werden, die Ausbildung der Behinderten sollte stärker ,,praxisbezogen" – nicht auch gründlich und theoretisch sein, eine Teilrente sollte einen Teil der Lohnkosten abdecken.

Die Forderungen von Gewerkschaften und Behinderten

Der sozialpolitische Ausschuß des DGB hat am 18.3.80 Vorschläge zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes beschlossen. Er fordert die Er-
höhung der Pflichtplätze für Schwerbehinderte von 6 auf 8% und eine Anhebung der Ausgleichsabgabe, die die Kapitalisten für jeden nicht besetzten Pflichtplatz zahlen müssen, von derzeit 100 DM/Monat auf ein Achtel der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze zur

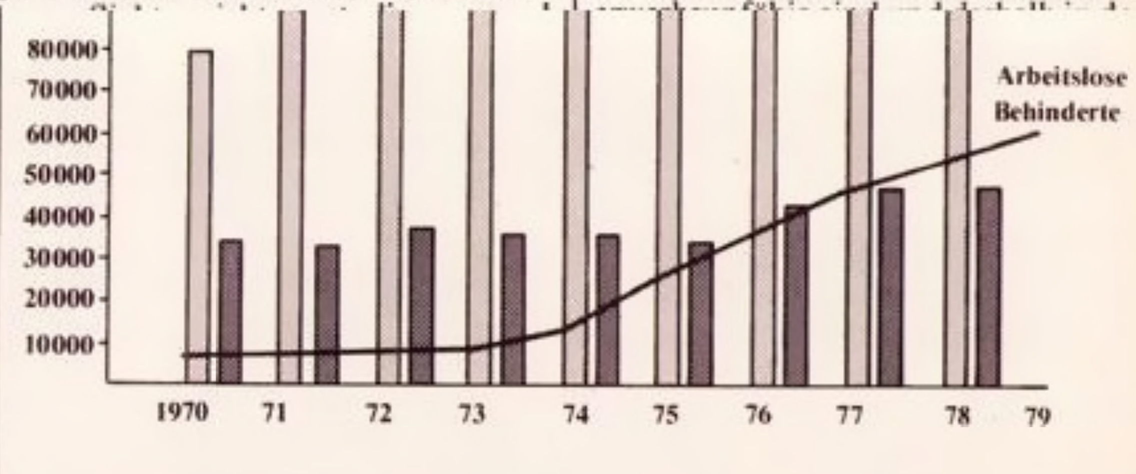
Obwohl technisch-wissenschaftliche Fortschritte die Möglichkeiten der Behinderten für die Wiedereingliederung in Arbeit und Beruf verbessern, muß um jede Rehabilitationsmaßnahme und jeden Arbeitsplatz hart gerungen werden.

Behinderte, Rehabilitation, Arbeitsmarkt 1970 – 1979

helles Raster: allgemeine Rehabilitationsmaßnahmen
dunkles Raster: davon in Arbeit vermittelt
Arbeitslose gesamt
Arbeitslose Behinderte
160000 / 140000 / 120000 / 100000 / 80000 / 70000 / 60000 / 50000 / 40000 / 30000 / 20000 / 10000
1 Mio. / 500000 / 100000
1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79

Rentenversicherung (z.Zt. 4400 DM. 1/8 = 550 DM). Die Behinderten mit einer MdE von 30 bis 50% sollen ebenfalls in die Regelungen des Zusatzurlaubs mit einbezogen werden. Der Kündigungsschutz soll verbessert werden, die Kündigungsfristen von jetzt vier Wochen auf sechs Wochen zum Quartalsende verlängert werden. Die Stellung des Vertrauensmannes für die Behinderten müsse gestärkt und der Zugang der Gewerkschaften für die Belange der Behinderten verbessert werden.

Der VdK (Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands) mit 1,2 Mio. Mitgliedern will eine umfassende wirtschaftliche Sicherung des Rehabilitanden schaffen und deshalb einen Lohnausgleich über den bisherigen Zeitraum hinaus bis zur vollen Berufs- und Arbeitsfindung. Außerdem eine ,,angemessene Erhöhung" der Ausgleichsabgabe und für Betriebe, die der Einstel-



Rentenversicherung (z.Zt. 4400 DM. 1/8 = 550 DM). Die Behinderten mit einer MdE von 30 bis 50% sollen ebenfalls in die Regelungen des Zusatzurlaubs mit einbezogen werden. Der Kündigungsschutz soll verbessert werden, die Kündigungsfristen von jetzt vier Wochen auf sechs Wochen zum Quartalsende verlängert werden. Die Stellung des Vertrauensmannes für die Behinderten müsse gestärkt und der Zugang der Gewerkschaften für die Belange der Behinderten verbessert werden.

Der VdK (Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands) mit 1,2 Mio. Mitgliedern will eine umfassende wirtschaftliche Sicherung des Rehabilitanden schaffen und deshalb einen Lohnausgleich über den bisherigen Zeitraum hinaus bis zur vollen Berufs- und Arbeitsfindung. Außerdem eine ,,angemessene Erhöhung" der Ausgleichsabgabe und für Betriebe, die der Einstel-
lungspflicht nicht unterliegen und trotzdem Schwerbehinderte einstellen, eine Abgeltung ihres Mehraufwandes aus der Ausgleichsabgabe; eine ,,Verstärkung der nachgehenden Hilfen", das heißt eine genaue Beratung und Unterstützung bei der Bewältigung der Schwierigkeiten der Arbeit, der Wohnungssuche etc.; der Behindertenvertrauensmann sei ab einem Betreuungsumfang von 200 Personen freizustellen. Über die Einführung einer Meldepflicht für Behinderungen gibt es Streit.

Der Reichsbund der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen mit 800000 Mitgliedern möchte, ,,daß das wirtschaftliche Ergebnis einer Werkstatt für Behinderte zuerst den Behinderten als Gegenleistung für ihre Arbeit zugute kommt. Dieses wirtschaftliche Ergebnis darf nicht vorrangig zur Reduzierung der Kosten, die den überörtlichen Sozialhilfeträgern entstehen, genutzt werden." Behinderte sollen mitwirken können bei Werkstattangelegenheiten. Auf Grundlage des Gesetzes über die Sozialversicherung Behinderter von 1975 sei die soziale Sicherung der von Jugend an Schwerstbehinderten, die bereits bei Beginn der Volljährigkeit

Schwierigkeiten der Arbeit, der Wohnungssuche etc.; der Behindertenvertrauensmann sei ab einem Betreuungsumfang von 200 Personen freizustellen. Über die Einführung einer Meldepflicht für Behinderungen gibt es Streit.

Der Reichsbund der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen mit 800000 Mitgliedern möchte, ,,daß das wirtschaftliche Ergebnis einer Werkstatt für Behinderte zuerst den Behinderten als Gegenleistung für ihre Arbeit zugute kommt. Dieses wirtschaftliche Ergebnis darf nicht vorrangig zur Reduzierung der Kosten, die den überörtlichen Sozialhilfeträgern entstehen, genutzt werden." Behinderte sollen mitwirken können bei Werkstattangelegenheiten. Auf Grundlage des Gesetzes über die Sozialversicherung Behinderter von 1975 sei die soziale Sicherung der von Jugend an Schwerstbehinderten, die bereits bei Beginn der Volljährigkeit
erwerbsunfähig sind und deshalb in der Regel keinen Zugang zur Rentenversicherung haben, auszubauen. Und: Geistig Behinderte gehörten nicht in psychiatrische Einrichtungen. Man kann alle diese Forderungen durchaus unterstützen.

Auszüge aus dem Behindertenrecht

Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz)

§1: Schwerbehinderte

Schwerbehinderte im Sinne dieses Gesetzes sind Personen, die körperlich, geistig oder seelisch behindert und infolge ihrer Behinderung in ihrer Erwerbsfähigkeit nicht nur vorübergehend um wenigsten 50 vom Hundert gemindert sind, sofern sie rechtmäßig im Geltungsbereich dieses Gesetzes wohnen, sich gewöhnlich aufhalten oder eine Beschäftigung als Arbeitnehmer ausüben.

§2: Gleichgestellte

(1) Personen im Sinne des §1, die infolge ihrer Behinderung in ihrer Erwerbsfähigkeit nicht nur vorübergehend um weniger als 50 vom Hundert, aber wenigstens 30 vom Hundert gemindert sind, sollen ... auf ihren Antrag vom Arbeitsamt den Schwerbehinderten gleichgestellt werden, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne diese Hilfen einen geeigneten Arbeitsplatz nicht erlangen oder nicht behalten können. Die Gleichstellung kann zeitlich befristet werden.

§8: Ausgleichsabgabe

(1) Solange Arbeitgeber die vorgeschriebene Zahl Schwerbehinderter nicht beschäftigen, haben sie für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Zahlung der Ausgleichsabgabe hebt die Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter nicht auf.

(2) Die Ausgleichsabgabe beträgt je Monat und unbesetzten Pflichtplatz 100 DM. Sie ist vom Arbeitgeber jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach §10 Abs. 2 an die für seinen Sitz zuständige Hauptfürsorgestelle abzuführen ...

(3) Die Ausgleichsabgabe darf nur für Zwecke der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter sowie für Leistungen zur nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben (§28 Abs. 1 Nr. 3) verwendet werden, soweit Mittel für denselben Zweck nicht von anderer Seite zu gewähren sind oder gewährt werden. Aus dem Aufkommen an Ausgleichsabgaben dürfen persönliche und sachliche Kosten der Verwaltung und Kosten des Verfahrens nicht bestritten werden.

Reichsversicherungsordnung (RVO)

§1247: Begriff ,,Erwerbsunfähigkeit"

(2) Erwerbsunfähig ist der Versicherte, der infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder von Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte auf nicht absehbare Zeit eine Erwerbstätigkeit in gewisser Regelmäßigkeit nicht mehr ausüben oder nicht mehr als nur geringfügige Einkünfte durch Erwerbstätigkeit erzielen kann. Nicht erwerbsunfähig ist, wer eine selbständige Erwerbstätigkeit ausübt.

§1246: Begriff ,,Berufsunfähigkeit"

(2) Berufsunfähig ist ein Versicherter, dessen Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Der Kreis der Tätigkeiten, nach denen die Erwerbsfähigkeit eines Versicherten zu beurteilen ist, umfaßt alle Tätigkeiten, die seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechen und ihm unter Berücksichtigung der Dauer und des Umfangs seiner Ausbildung sowie seines bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen seiner bisherigen Berufstätigkeit zugemutet werden können. Zumutbar ist stets eine Tätigkeit, für die der Versicherte durch Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung oder Wiederherstellung der Erwerbstätigkeit mit Erfolg ausgebildet oder umgeschult worden ist.

Gesetz über Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation (Rehabilitationsangleichungsgesetz)

§1: Aufgabe der Rehabilitation

(1) Die medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Maßnahmen und Leistungen zur Rehabilitation im Sinne dieses Gesetzes sind darauf auszurichten, körperlich, geistig und seelisch Behinderte möglichst auf Dauer in Arbeit, Beruf und Gesellschaft einzugliedern.

(2) Den Behinderten stehen bei der Anwendung dieses Gesetzes diejenigen gleich, denen eine Behinderung droht.

§4: Einleitung der Maßnahmen zur Rehabilitation

(1) Maßnahmen zur Rehabilitation bedürfen der Zustimmung des Behinderten. Er ist verpflichtet, bei ihrer Durchführung nach Kräften mitzuwirken. Die Vorschriften, nach denen bei nicht gerechtfertigter Weigerung, an Maßnahmen zur Rehabilitation teilzunehmen, Leistungen versagt oder entzogen werden können, bleiben unberührt.

(3) Soweit es im Einzelfall geboten ist, hat der zuständige Träger gleichzeitig mit der Einleitung einer medizinischen Maßnahme zur Rehabilitation, während ihrer Durchführung und nach ihrem Abschluß zu prüfen, ob durch geeignete berufsfördernde Maßnahmen die Erwerbsfähigkeit des Behinderten erhalten, gebessert oder wiederhergestellt werden kann.

§7: Vorrang der Rehabilitation vor Rente

(1) Renten wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit oder wegen Erwerbsunfähigkeit sollen erst dann bewilligt werden, wenn zuvor Maßnahmen zur Rehabilitation durchgeführt worden sind oder wenn, insbesondere wegen Art und Schwere der Behinderung, ein Erfolg solcher Maßnahmen nicht zu erwarten ist. Dies gilt nicht für Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz

Haushalt mit Prioritäten: Zins, Rüstung, Steuererhöhung

Ein Viertel der Mehrausgaben geht für Zins drauf / SPD will Sperrzeiten verlängern

frb. Der Bundestag berät diese Woche den von der Bundesregierung vorgelegten Haushalt für das laufende Haushaltsjahr in erster Lesung. Die Opposition wird verlauten, alles, was sie in den letzten Jahren in Kritik an der Regierungspolitik und Befürchtungen von sich gegeben habe, sei nun eingetroffen, die Regierung wird antworten, wäre man in den vergangenen Jahren der CDU/CSU gefolgt, so stünde man heute noch schlechter da. Neues wird kaum zu hören sein, die Unionsparteien haben auf die Unfähigkeit der bürgerlichen Politik, die Wirtschaft bewußt zu steuern, reagiert, indem sie ihre Konzeptionslosigkeit zu einem neuen Konzept erklärt haben.

225 Mrd. DM soll der Bundeshaushalt 1981 umfassen. Zinszahlungen, militärische Aufrüstung einerseits, Kürzung staatlicher Leistungen und Steuererhöhungen andererseits prägen ihn wie keinen Haushalt zuvor. 1980 soll das Defizit der Haushalte der Gebietskörperschaften auf rund 58 Mrd. DM gestiegen sein gegenüber 47 Mrd. DM 1979, 39 Mrd. DM 1978 und 31 Mrd. DM 1977. Die Krisenhaftigkeit der Wirtschaft wurde durch die kreditfinanzierte Ausgabenpolitik nicht beseitigt, sondern einer neuen Krise der Weg bereitet, in der der finanzielle Spielraum hin ist. Steigende Schulden ziehen mit zeitlicher Verzögerung steigenden Schuldendienst nach sich. Im Bundeshaushalt wird 1984 der Punkt erreicht sein, an dem entsprechend der Finanzplanung der Bundesregierung die Schuldenaufnahme nicht ausreichen wird, Tilgung und Zinszahlungen für die bestehenden Kredite zu finanzieren. Die Zinsausgaben werden 1981 um 19% steigen. Sie werden dann über 7% der Gesamtausgaben beanspruchen, während es 1975 erst 4% und 1970 erst 3% gewesen waren. Das Ausmaß, in dem die Schuldenpolitik der letzten Jahre eine Änderung der Zusammensetzung der Haushaltsausgaben verlangt, wird aber erst deutlich, wenn man beachtet, daß mehr als ein Viertel der Mehrausgaben des Haushalts 1981 für zusätzliche Zinszahlungen draufgeht.

Der Schuldenstand hat Mitte des letzten Jahres das jährliche Haushaltsvolumen übertroffen. Rund 230 Mrd. DM betragen die Schulden des Bundes. Für die besitzende Klasse ist es Kapital, das sie in Staatsapparat und Regierung angelegt hat, und es soll Zinsen abwerfen, wie jedes Leihkapital Zins abwirft. Die Zinszahlungen sind Folge der Unterbesteuerung der besitzenden Klasse und Mittel, die Steuern für die Massen zu heben. Hätte jene, was sie als Kredit verlieh, als Steuer zu zahlen gehabt, so gäbe es das Problem der Zinszahlungen nicht. So einfach stellt sich, was in der bürgerlichen Presse epische Breite erfordert.

Neben den Zinsausgaben stechen in Matthöfers Haushalt die Ausgaben für militärische Beschaffung hervor. Um 9,4% sollen sie steigen, 14% der Mehrausgaben werden von diesem Posten beansprucht.

Rund ein Drittel der Mehrausgaben wird von dem Posten Renten, Unterstützungen usw. plus Zuschüsse an die Sozialversicherung beansprucht. Zu ersterem gehört vor allem die Erhöhung des Kindergeldes und des Wohngeldes. Die Erhöhungen gleichen lediglich aus, zum Teil nicht einmal, was seit der letzten Anpassung durch die Inflation aufgezehrt wurde. Was hier mehr zu zahlen war, soll bei den Zahlungen an die Sozialversicherungen gespart werden. Beide Posten zusammen steigen kaum mehr als der Gesamthaushalt, bleiben also hinter der Geldentwertung zurück.

Um trotz der durch die Wirtschaftskrise verursachten Steuerausfälle die Ausgabensteigerungen für Aufrüstung und Zinsen zahlen zu können, hat die Bundesregierung mit der Haushaltsrede Matthöfers zwei Gesetze im Bundestag eingebracht. Das eine dieser Werke nennt sich Gesetz zum Abbau von Subventionen. Die *Gasölbeihilfe* für die Landwirtschaft wird zukünftig erst im Jahr nach dem Verbrauch erstattet. Die Kürzung trifft mit der Erhöhung der Mineralölsteuer zusammen. Die Gasölbeihilfe für schienengebundene Fahrzeuge und für den öffentlichen Nahverkehr soll stufenweise beseitigt werden. Daß dies ,,tendenziell preiserhöhend'' wirkt, wird zugestanden. Die Bundesregierung hält dem entgegen, da der Individualverkehr noch stärker belastet werde, sei der öffentliche Nahverkehr immer noch besser gestellt. Der Städtetag hat darauf hingewiesen, daß dieser ,,Subventionsabbau'', der wie in der Landwirtschaft lediglich einen Teil der Mineralölsteuer erstattet, zu zusätzlichen Belastungen der Kommunalhaushalte führen wird. Weiterhin sanktioniert der Gesetzentwurf die angekündigte *Beseitigung der Prämienvergünstigung bei neuabgeschlossenen Sparverträgen* sowie die Beseitigung der Doppelförderung durch Sparprämie und Arbeitnehmersparzulage. Die Prämie für Bausparverträge wird beibehalten, aber gesenkt. Der Sonderausgabenabzug bei Berechnung der Einkommensteuer für vermögenswirksame Leistungen wird ebenfalls beseitigt. Bei *Sparkassen und Kreditgenossenschaften* sollen künftig der volle Gewinn besteuert sowie einige weitere Vergünstigungen beseitigt werden. Zusammen mit einer Erhöhung der *Postablieferung* auf 10% der Betriebseinnahmen gleich 1,27 Mrd. DM (Telefonsteuer) sollen diese Maßnahmen 1981 für den Bund 1,68 Mrd. und für die Länder 0,15 Mrd. DM bringen. Weitere 540 Mio. DM werden beim Hochschulbau, bei der Verbesserung der Agrarstruktur und der regionalen Wirtschaftsförderung gekürzt.

Das zweite Gesetz bestimmt die *Erhöhung der Mineralölsteuer* und der *Branntweinsteuer* zum 1.4. Benzin wird um 7 Pfg./l, Branntwein zu Trinkzwecken um 3 DM/l und zu kosmetischen Zwecken um 4 DM/l teurer. 1981 sollen 2,51 Mrd. DM Mehreinnahmen herausspringen.

Schon jetzt ist sicher, daß auch zu diesen Maßnahmen weitere kommen sollen. Lambsdorff rechnet bereits mit einer schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung, als bei Erstellung des Haushaltsplans unterstellt worden war. Dadurch steigen die Steuereinnahmen weniger als geplant, und in der Arbeitslosenversicherung muß eine Finanzlücke von 2 Mrd. DM gedeckt werden. So haben die Wirtschaftspolitiker der SPD-Fraktion neben verschiedenen Kürzungen einen Stellenstopp beim Bund, Streichung der Zulagen und Verdoppelung der Sperrzeit bei Arbeitslosigkeit nach eigener Kündigung verlangt.

Entwurf zum Bundeshaushalt 1981
Gliederung der Ausgaben nach ökonomischen Arten

Ausgabenart	1981 in Mio. DM	1980 in Mio. DM	Steigerung 81:80 in %	Steigerung 81:80 in Mio. DM	Anteil in % an den Gesamtausgaben	Anteil in % an den Mehrausgaben
I. Laufende Rechnung						
1. Personalausgaben	33817	32096	+ 5,4	1721	15,1	16,7
Aufwendungen f. Abgeordnete	172	149	+15,4	23	0,1	0,2
Bezüge d. Beamten u. Richter,	4915	4549	+ 8,0	366	2,2	3,5
d. Berufsold. u. Soldaten auf Zeit, Wehrsold d. Wehrpfl.	10419	10070	+ 3,5	349	4,6	3,4
Vergütung d. Angestellten	3745	3480	+ 7,6	265	1,7	2,6
Löhne d. Arbeiter	4078	3797	+ 7,4	281	1,8	2,7
Versorgungsbezüge usw.	7337	6867	+ 6,8	470	3,3	4,6
davon nach G 131	3673	3574	+ 2,8	99	1,6	1,0
2. Laufender Sachaufwand	32597	30547	+ 6,7	2032	14,5	19,7
Militärische Beschaffung usw.	16925	15465	+ 9,4	1460	7,5	14,1
3. Zinsausgaben	16262	13661	+19,0	2601	7,2	25,2
4. Lfd. Zuweisgen u. Zuschüsse	109825	104965	+ 4,6	4860	48,9	47,1
an Bundesländer	19120	18312	+ 4,4	808	8,5	7,8
an Gemeinden	1865	1683	+10,8	182	0,8	1,8
an Unternehmen	10778	10692	+ 0,8	86	4,8	0,8
an öffentl. Unternehmen	3935	3886	+ 1,3	49	1,8	0,5
Renten, Unterstützungen usw.	30710	27401	+12,1	3309	13,7	32,0
an Sozialversicherung	37749	37533	+ 0,6	216	16,8	2,1
Summe lfd. Rechnung	192502	181268	+ 6,2	11234	85,7	108,8
II. Kapitalrechnung						
1. Sachinvestitionen	7383	8039	− 8,2	− 656	3,3	− 6,4
2. Vermögensübertragungen	19900	21211	− 6,2	−1311	8,9	−12,7
Zuweisungen f. Investitionen						
an die Länder	6881	7781	−11,6	− 900	3,3	− 8,7
an die Gemeinden	361	377	− 4,2	− 16	0,2	− 0,2
an öffentl. Unternehmen	3693	3949	− 6,5	− 256	1,6	− 2,5
an private Unternehmen	2581	2428	+ 6,3	153	1,1	1,5
3. Darlehen, Beteiligungen	6715	6765	− 0,7	− 50	3,0	− 0,5
an Länder und Gemeinden	1685	1526	+10,4	159	0,8	1,5
ans Ausland	2754	2666	+ 3,3	88	1,2	0,9
Summe Kapitalrechnung	33998	36016	− 5,6	−2018	15,1	−19,5
Gesamtausgaben	224600	214274	+ 4,8	10326	100,0	100,0

(Zusammengestellt und berechnet nach dem Haushaltsentwurf, BRDrs 1/81; Abweichungen bei den Prozentangaben durch Rundungsfehler; in den Gesamtausgaben außerdem enthalten Globalansätze 1981: −1900, 1980: −3010) − Personalstellen 1981 (in Klammern 1980): Beamte 115628 (115613); Angestellte 91031 (91105); Arbeiter 98018 (98047); Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit 270000 (270000); Grundwehrdienstpflichtige 219000 (219000)

Versicherungen verlangen Änderung der Vergleichsmietenregelung

ziehen mit zeitlicher Verzögerung steigenden Schuldendienst nach sich. Im Bundeshaushalt wird 1984 der Punkt erreicht sein, an dem entsprechend der Finanzplanung der Bundesregierung die Schuldenaufnahme nicht ausreichen wird, Tilgung und Zinszahlungen für die bestehenden Kredite zu finanzieren. Die Zinsausgaben werden 1981 um 19% steigen. Sie werden dann über 7% der Gesamtausgaben beanspruchen, während es 1975 erst 4% und 1970 erst 3% gewesen waren. Das Ausmaß, in dem die Schuldenpolitik der letzten Jahre eine Änderung der Zusammensetzung der Haushaltsausgaben verlangt, wird aber erst deutlich, wenn man beachtet, daß mehr als ein Viertel der Mehrausgaben des Haushalts 1981 für zusätzliche Zinszahlungen draufgeht.

Der Schuldenstand hat Mitte des letzten Jahres das jährliche Haushaltsvolumen übertroffen. Rund 230 Mrd. DM betragen die Schulden des Bundes. Für die besitzende Klasse ist es Kapital, das sie in Staatsapparat und Regierung angelegt hat, und es soll Zinsen abwerfen, wie jedes Leihkapital Zins abwirft. Die Zinszahlungen sind Folge der Unterbesteuerung der besitzenden Klasse und Mittel, die Steuern für die Massen zu heben. Hätte jene, was sie als Kredit verlieh, als Steuer zu zahlen

Werke nennt sich Gesetz zum Abbau von Subventionen. Die *Gasölbeihilfe* für die Landwirtschaft wird zukünftig erst im Jahr nach dem Verbrauch erstattet. Die Kürzung trifft mit der Erhöhung der Mineralölsteuer zusammen. Die Gasölbeihilfe für schienengebundene Fahrzeuge und für den öffentlichen Nahverkehr soll stufenweise beseitigt werden. Daß dies ,,tendenziell preiserhöhend'' wirkt, wird zugestanden. Die Bundesregierung hält dem entgegen, da der Individualverkehr noch stärker belastet werde, sei der öffentliche Nahverkehr immer noch besser gestellt. Der Städtetag hat darauf hingewiesen, daß dieser ,,Subventionsabbau'', der wie in der Landwirtschaft lediglich einen Teil der Mineralölsteuer erstattet, zu zusätzlichen Belastungen der Kommunalhaushalte führen wird. Weiterhin sanktioniert der Gesetzentwurf die angekündigte *Beseitigung der Prämienvergünstigung bei neuabgeschlossenen Sparverträgen* sowie die Beseitigung der Doppelförderung durch Sparprämie und Arbeitnehmersparzulage. Die Prämie für Bausparverträge wird beibehalten, aber gesenkt. Der Sonderausgabenabzug bei Berechnung der Einkommensteuer für vermögenswirksame Leistungen wird ebenfalls beseitigt. Bei *Sparkassen und Kreditgenossenschaften* sollen künftig

davon nach G 131	3673	3574	+ 2,8	99	1,6	1,0
2. Laufender Sachaufwand	32597	30547	+ 6,7	2032	14,5	19,7
Militärische Beschaffung usw.	16925	15465	+ 9,4	1460	7,5	14,1
3. Zinsausgaben	16262	13661	+19,0	2601	7,2	25,2
4. Lfd. Zuweisgen u. Zuschüsse	109825	104965	+ 4,6	4860	48,9	47,1
an Bundesländer	19120	18312	+ 4,4	808	8,5	7,8
an Gemeinden	1865	1683	+10,8	182	0,8	1,8
an Unternehmen	10778	10692	+ 0,8	86	4,8	0,8
an öffentl. Unternehmen	3935	3886	+ 1,3	49	1,8	0,5
Renten, Unterstützungen usw.	30710	27401	+12,1	3309	13,7	32,0
an Sozialversicherung	37749	37533	+ 0,6	216	16,8	2,1
Summe lfd. Rechnung	192502	181268	+ 6,2	11234	85,7	108,8
II. Kapitalrechnung						
1. Sachinvestitionen	7383	8039	− 8,2	− 656	3,3	− 6,4
2. Vermögensübertragungen	19900	21211	− 6,2	−1311	8,9	−12,7
Zuweisungen f. Investitionen						
an die Länder	6881	7781	−11,6	− 900	3,3	− 8,7
an die Gemeinden	361	377	− 4,2	− 16	0,2	− 0,2
an öffentl. Unternehmen	3693	3949	− 6,5	− 256	1,6	− 2,5
an private Unternehmen	2581	2428	+ 6,3	153	1,1	1,5
3. Darlehen, Beteiligungen	6715	6765	− 0,7	− 50	3,0	− 0,5
an Länder und Gemeinden	1685	1526	+10,4	159	0,8	1,5
ans Ausland	2754	2666	+ 3,3	88	1,2	0,9
Summe Kapitalrechnung	33998	36016	− 5,6	−2018	15,1	−19,5
Gesamtausgaben	224600	214274	+ 4,8	10326	100,0	100,0

(Zusammengestellt und berechnet nach dem Haushaltsentwurf, BRDrs 1/81; Abweichungen bei den Prozentangaben durch Rundungsfehler; in den Gesamtausgaben außerdem enthalten Globalansätze 1981: −1900, 1980: −3010) − Personalstellen 1981 (in Klammern 1980): Beamte 115628 (115613); Angestellte 91031 (91105); Arbeiter 98018 (98047); Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit 270000 (270000); Grundwehrdienstpflichtige 219000 (219000)

macht, und Ruhrgas hat erklärt, alternativ stünde nur höherer Ölimport aus OPEC-Ländern. Und das wolle man nicht.

Sozialprodukt sinkt Preissteigerung 5,5%

frb. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttosozialprodukt im Jahre 1980 gegenüber dem Vorjahr um 6,9% in laufenden Preisen und um 1,8% in konstanten Preisen (real) gestiegen. Dieser Jahresvergleich täuscht allerdings über die derzeitige Lage. Seit Jahresmitte befindet sich die westdeutsche Wirtschaft in der Krise. Denn während das reale Sozialprodukt im 1. Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr noch um 3,6% gewachsen war, nahm es im Vorjahresvergleich nur noch um 0,2% zu. Dies bedeutet, daß die Produktionstätigkeit im zweiten Halbjahr unter das bereits erreichte Niveau gesunken ist. Eine solche Entwicklung war auch bereits in der letzten Vierteljahresrechnung des DIW sichtbar. Wirtschaftsminister Lambsdorff, der die Lage noch bis zuletzt mit lyrischen Formulierungen beschönigt hatte, sah sich durch diese Lage veranlaßt, wenige Tage vor Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts darauf hinzuweisen, daß für 1981 insgesamt nicht mehr mit einem Wirtschaftswachstum gerechnet werden könne. Zudem sei die Erwartung einer Wirtschaftsbele-

Enka droht mit 4000 Entlassungen

frb. Die Enka-Gruppe will 4000 von 30000 Beschäftigten in Europa auf die Straße setzen, um wieder Profit zu machen. Bei Enka ist die Chemiefaserproduktion des niederländischen Akzo-Konzerns zusammengefaßt, die Gruppe ist der größte Synthesefaserproduzent Westeuropas. Jetzt sollen die Werke in Kassel (840 Beschäftigte), in Breda (NL, 700 Beschäftigte) und in Nordirland (2000 Beschäftigte) ganz aufgegeben werden. Für die Erhaltung des Werks in Kassel beruft sich die IG Chemie auf frühere Versprechungen des Konzerns. – Zwei Tage nach Enka gab das französische Chemie-Monopol Rhône-Poulenc 4000 beabsichtigte Entlassungen im Textilbereich bekannt.

UdSSR drängt auf Abschluß des Gas-Röhren-Vertrages

frb. Dieser Tage wird der stellvertretende sowjetische Außenhandelsminister in der BRD erwartet, um den Gasliefervertrag spruchreif zu machen. Offensichtlich will die SU-Führung den Vertrag auf dem am 23.2. beginnenden Parteitag vorzeigen können. Die westdeutschen Banken, die das Geschäft finanzieren, haben letzten Donnerstag beraten, wie die Differenz zwischen den 9¾% Zins, den sie fordern, und den 7¾%, die die UdSSR nur zahlen will, zu schließen sei. Wirtschaftsminister Lambsdorff hat sich in einem Zeitungsbeitrag für das Geschäft stark gemacht, und Ruhrgas hat erklärt, alternativ stünde nur höherer Ölimport aus OPEC-Ländern. Und das wolle man nicht.

Sozialprodukt sinkt Preissteigerung 5,5%

frb. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttosozialprodukt im Jahre 1980 gegenüber dem Vorjahr um 6,9% in laufenden Preisen und um 1,8% in konstanten Preisen (real) gestiegen. Dieser Jahresvergleich täuscht allerdings über die derzeitige Lage. Seit Jahresmitte befindet sich die westdeutsche Wirtschaft in der Krise. Denn während das reale Sozialprodukt im 1. Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr noch um 3,6% gewachsen war, nahm es im Vorjahresvergleich nur noch um 0,2% zu. Dies bedeutet, daß die Produktionstätigkeit im zweiten Halbjahr unter das bereits erreichte Niveau gesunken ist. Eine solche Entwicklung war auch bereits in der letzten Vierteljahresrechnung des DIW sichtbar. Wirtschaftsminister Lambsdorff, der die Lage noch bis zuletzt mit lyrischen Formulierungen beschönigt hatte, sah sich durch diese Lage veranlaßt, wenige Tage vor Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts darauf hinzuweisen, daß für 1981 insgesamt nicht mehr mit einem Wirtschaftswachstum gerechnet werden könne. Zudem sei die Erwartung einer Wirtschaftsbelebung im Jahresverlauf 1981 an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, deren Erfüllung ungewiß sei. – Beim Preisindex für die Lebenshaltung meldet das Statistische Bundesamt im Dezember eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 5,5%. Der Index lag Mitte Dezember gegenüber Mitte November 0,6% höher, was auf Jahresrate umgerechnet eine Preissteigerung von 7,4% ergibt. Die Tariflöhne haben sich von Ende Juli bis Ende Oktober 1980 für rund 5% der Arbeiter um durchschnittlich 4,5% erhöht. Der Index für die Tariflöhne lag danach um 7,5% über dem Stand Oktober 1979.

Weitere 400 Mio. $ Kreditgarantien für Chrysler

frb. Der zuständige Regierungsausschuß der Regierung Carter hat kurz vor Ende seiner Amtszeit dem Autokonzern Chrysler weitere 400 Mio. $ Kreditgarantien zugestanden. Damit garantiert die US-Regierung jetzt mit 1,2 Mrd. $ für Schulden des ständig tiefer in den Verlust sinkenden Konzerns. Vor der neuerlichen Zugabe wurde der Automobilarbeitergewerkschaft das Zugeständnis abgepreßt, von März 1981 bis September 1982 auf sämtliche Teuerungsausgleiche und die vereinbarten stufenweisen Lohnerhöhungen zu verzichten. Der Verlust an Lohngeldern beläuft sich auf 662 Mio. $. Mit den Bankmonopolen hatte die Konzernleitung von Chrysler eine Umwandlung von 1,1 Mrd. $ Kredite in Vorzugsaktien über 500 Mio. und Barzahlung von 150 Mio. $ ausgehandelt. Die Aktion spekuliert offensichtlich darauf, doch noch vor dem Bankrott einen Aufkauf Chryslers zu ermöglichen.

Versicherungen verlangen Änderung der Vergleichsmietenregelung

Rund ein Dutzend Gesetzesvorhaben zur Hebung der Rentabilität im Wohnungsbau in Arbeit

brp. Rund ein Dutzend Gesetzesvorhaben hat das Bundesbauministerium in Arbeit. Wie es scheint, bringt nur die Mitte Dezember vom Bundeskabinett verabschiedete Verordnung über verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung (noch zustimmungsbedürftig durch den Bundesrat) den zweifelhaften Vorteil, Geld einzusparen, wenn man's dafür kühl in der Wohnung hat. Die festen Kosten für den Betrieb und Unterhalt der Heizanlage sowie die Abschreibungskosten werden danach nach wie vor anteilig nach Wohnraumfläche oder Raumanzahl umgelegt, zwischen 50 und 70% der Heizkostenabrechnung sollen nach dem tatsächlichen Verbrauch berechnet werden. Die Übergangszeit reicht bis Mitte 1984. Der Arbeitseifer im Bundesbauministerium hat auch wenig mit der großen Wohnungsnot und den etlichen Besetzungen von leerstehenden verrottenden Gebäuden zu tun, wenngleich die SPD eine Spitze gegen Bodenspekulation und Bürokratismus reitet. Aber ausdrücklich hat Wohnungsbauminister Haack nach der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung festgehalten, daß die Regierung kein Sonderbauprogramm durchführen will. Vielmehr dienen die konkreten Gesetzesvorhaben dazu, daß die Kapitalanleger im Wohnungsbau von Anfang an eine durchschnittliche Kapitalverwertung erzielen können.

Am 15. Januar hat das Bauministerium einen Gesetzentwurf über die Einführung einer *Fehlbelegungsabgabe* im sozialen Miet- und Eigenheimwohnungsbau vorgelegt. Im Februar soll der Entwurf vom Bundeskabinett verabschiedet werden. Rund 32% der Mieter im sozialen Mietwohnungsbau und 44% der Eigentümerhaushalte fallen unter die Kategorie ,,Fehlbeleger''. Die Einkommenshöchstgrenzen im sozialen Wohnungsbau sind niedrig: 21600 DM als Alleinstehender, weitere 10200 DM bei zwei Personen und für eine Familie mit einem Kind weitere 6300 DM im Jahr brutto. Im Laufe der Vorbereitung des Gesetzentwurfes sind die ,,Toleranzgrenzen'' verschärft worden. Ursprünglich sollte erst ab einem Einkommen, das 30% über der Einkommensgrenze liegt, die Sonderabgabe erhoben werden. Jetzt sieht der Gesetzentwurf vor: über 20 – 35% Sonderabgabe von 0,50 DM je qm; von 30 bis 50% 1,00 DM und über 50% 2,00 DM pro qm. Nach einem nach Jahrgängen aufgeteilten Stufenplan werden die Mieter der ältesten und billigsten Sozialwohnungen bereits 1983 abgabepflichtig; bis 1986 sollen alle Sozialwohnungen erfaßt sein. Dann soll die Abgabe pro Jahr aus den Mietwohnungen 500 Mio. DM betragen. (Das Bauministerium geht davon aus, daß die Besitzer von Eigenheimen schneller ihre Rückzahlung tilgen, so daß hier die rechnerische Abgabe von 300 Mio. pro Jahr nicht eingetrieben werden kann.) Diese Summe erhalten die Gemeinden für ihre Wohnungsbaumaßnahmen. Das wäre dann rund ein Drittel des vom Bund für dieses Jahr für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellten Betrages, der von den Mietern im sozialen Wohnungsbau selbst – quasi durch Mieterhöhung – aufgebracht wird. Folge der Fehlbelegungsabgabe ist, daß sowohl das Mietenniveau im sozialen Wohnungsbau als auch im freifinanzierten Wohnungsbau durch das Vergleichsmietenprinzip steigen wird. Die Unions-Parteien haben ihre Zustimmung bereits gezeigt.

In der Koalitionsvereinbarung kündigten SPD und FDP die Einführung von *Staffelmieten* an. Zuletzt hatte Ende November das Landgericht Mannheim die Vereinbarung von Staffelmieten noch für unwirksam erklärt. Jetzt soll eine weitere Schranke für Mieterhöhungen fallen: Haack hat vor, daß für nach dem 1.1.1981 fertiggestellte Wohnungen bei Mietvertragsabschluß für einen Zeitraum von 10 – 15 Jahren regelmäßige Mieterhöhungen festgelegt werden. Gleichzeitig sollen die Fristen für Mieterhöhungen für alle Wohnungen im Rahmen des Vergleichsmietensystems verkürzt werden. Den Versicherungsgesellschaften, die die größten Kapitalanleger im freifinanzierten Mietwohnungsbau sind, sich aber seit Inkrafttreten des Wohnraumkündigungsschutzgesetzes wegen der erschwerten Mieterhöhung weitgehend aus dem Wohnungsbau in andere profitablere Anlagemöglichkeiten zurückzogen, reicht die Staffelmiete noch nicht aus. Als ,,flankierende Maßnahme'', schön und gut; aber vor allem müßte das *Vergleichsmietensystem* verändert werden, fordert der Vorstandsvorsitzende der Lebensversicherungs-Unternehmen (Blick durch die Wirtschaft, 16.1.81). Er kritisiert am jetzt praktizierten Vergleichsmietensystem, daß es rechtlich zwar nur für bestehende, faktisch aber auch für neu abzuschließende Mietverträge gelte. ,,Es führt deshalb zu unzureichenden Anfangsrenditen und verhindert die Anpassung der Mieten an gestiegene Kosten und erst recht das spätere Hineinwachsen von Wohnungsneubauten in eine angemessene Rentabilität.'' Er verlangt vor allem die regelmäßige Fortschreibung der Mietspiegel aufgrund von Neuvermietungen; die Zulassung von Vergleichswohnungen aus dem eigenen Bestand; die Entformalisierung des Mieterhöhungsverfahrens; die Verkürzung der im Verfahren vorgesehenen Fristen; die Errichtung von Mieteinigungsstellen; die umfassende Nutzung des Rechtsentscheids. In kürzester Zeit würden die Mieten explodieren; und mit der Pistole auf der Brust werden die Mieter zu Mieterhöhungen gezwungen, andernfalls droht Mahnbescheid und Räumungsklage.

Die weiteren Vorhaben beziehen sich auf eine ,,Mobilisierung des Altbaubestandes'', wo die Mieter selbst zu Modernisierungskosten herangezogen werden sollen; auf eine Einschränkung der Fördermittel für Energieeinsparungsmaßnahmen, weil die Mittel zu breit gestreut in Anspruch genommen worden seien und zudem höhere Energiepreise selbst notwendige Investitionen nach sich ziehen würden; Abbau von kostentreibenden Normen; billigere Durchsetzung von Enteignungen; Ausweitung des Städtebaugesetzes auf die Schaffung neuer Orte und Ortsteile.

Thesen zum Kampf gegen das Lohnsystem, gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen die Folgen der Krise

Beschlossen vom Zentralen Komitee des KBW am 17. Januar 1981

1. Es zeichnet sich jetzt immer deutlicher ab, daß die kapitalistische Produktion 1981 in eine handfeste Krise übergeht mit Einbrüchen in der Produktion und Reproduktion des Kapitals und nachfolgender Stagnation. Die Krise der kapitalistischen Produktion wird eine noch tiefere Krise der Reproduktion der Arbeiterklasse nach sich ziehen. Bereits 1980 scheint der Reallohn, wie wir schon in dem Bericht zur wirtschaftlichen Lage vom 12. April 1980 vermutet hatten, deutlich gesenkt worden zu sein. Die Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer dürfte zwischen 0,5 und 1 Prozent real zurückgegangen sein. Die jetzige Krise unterscheidet sich in den Ausgangsbedingungen von den Krisen 1966/67 und 1974/75. Schon vor Beginn der Krise existiert eine konsolidierte industrielle Reservearmee von über einer Million Arbeitslosen, was weder 1966/67 noch 1974/75 der Fall gewesen ist. Seit der Krise von 1974/75 ist die konsolidierte industrielle Reservearmee nie unter 800000 Arbeitslose gesunken. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist im gegenwärtigen Zyklus der kapitalistischen Produktion die Freisetzung von lebendiger Arbeitskraft infolge des Wachstums der Produktivkraft der Arbeit durch die rasche Akkumulation des Kapitals nicht „kompensiert" worden. Dementsprechend gering war auch das Wachstum des Reallohns während der Expansionsphase des gegenwärtigen Zyklus (1975–1980), im Durchschnitt nicht mehr als 1,3% gegenüber 4,4% im Jahresdurchschnitt 1960–1969 und 4,1% 1970–1974. In die Krise von 1966/67 und in die Krise von 1974/75 ging der westdeutsche Kapitalismus mit einer positiven Handels- und Leistungsbilanz und mit relativ günstiger Position gegenüber den kapitalistischen Konkurrenten. Die Krise wurde jeweils durch Expansion des Exports überwunden. Der wachsende Kapitalexport schlug nicht auf die Leistungsbilanz durch. Heute hat der westdeutsche Kapitalismus an Expansivkraft auf dem Weltmarkt verloren. Der Kapitalexport schlägt auf die Leistungsbilanz durch. Es zeigt sich ein Verlust an Akkumulationsfähigkeit des westdeutschen Kapitalismus, der auf den tendenziellen Fall der Profitrate, letzten Endes auf die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zurückgeht, die gleichzeitig hinter die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit in anderen kapitalistischen Ländern zurückfällt. Es ist unwahrscheinlich, daß der westdeutsche Kapitalismus die gegenwärtige Krise so leicht überwinden wird wie

republik ist im gegenwärtigen Zyklus der kapitalistischen Produktion die Freisetzung von lebendiger Arbeitskraft infolge des Wachstums der Produktivkraft der Arbeit durch die rasche Akkumulation des Kapitals nicht „kompensiert" worden. Dementsprechend gering war auch das Wachstum des Reallohns während der Expansionsphase des gegenwärtigen Zyklus (1975–1980), im Durchschnitt nicht mehr als 1,3% gegenüber 4,4% im Jahresdurchschnitt 1960–1969 und 4,1% 1970–1974. In die Krise von 1966/67 und in die Krise von 1974/75 ging der westdeutsche Kapitalismus mit einer positiven Handels- und Leistungsbilanz und mit relativ günstiger Position gegenüber den kapitalistischen Konkurrenten. Die Krise wurde jeweils durch Expansion des Exports überwunden. Der wachsende Kapitalexport schlug nicht auf die Leistungsbilanz durch. Heute hat der westdeutsche Kapitalismus an Expansivkraft auf dem Weltmarkt verloren. Der Kapitalexport schlägt auf die Leistungsbilanz durch. Es zeigt sich ein Verlust an Akkumulationsfähigkeit des westdeutschen Kapitalismus, der auf den tendenziellen Fall der Profitrate, letzten Endes auf die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zurückgeht, die gleichzeitig hinter die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit in anderen kapitalistischen Ländern zurückfällt. Es ist unwahrscheinlich, daß der westdeutsche Kapitalismus die gegenwärtige Krise so leicht überwinden wird wie

die Krisen von 1966/67 und 1974/75. Der Kapitalismus hat Westdeutschland und in gewissem Umfang Westeuropa überhaupt in eine Werkstatt für Produktionsinstrumente für den Weltmarkt verwandelt, während gleichzeitig die Positionen auf den Weltmärkten für Massenwaren zunehmend an die Konkurrenz verlorengingen. Der Weltmarkt für Kraftfahrzeuge ist fast der letzte Markt von Massenwaren, auf dem westdeutsches und westeuropäisches Kapital in einer führenden Position sind. Diese Position ist jetzt ebenfalls gefährdet. Die Stärke des westdeutschen Kapitalismus beruht heute im wesentlichen in der Produktion und im Export von Produktionsanlagen und Produktionsinstrumenten und in der Produktion von Erzeugnissen der chemischen Industrie. Diese Positionen werden ebenfalls im wachsenden Umfang gefährdet. Das ist der harte Kern des Geredes über Blaupausenexport.

Die verlorenen Positionen auf dem Weltmarkt können so jedoch nicht zurückerobert werden, und die gefährdeten Positionen werden so nicht gehalten werden können. Um seine Positionen auf dem Weltmarkt zu halten, muß der westdeutsche Kapitalismus nicht nur die Produktivkraft der Arbeit weiter steigern, er muß dies noch mehr als bisher auf Kosten der lebendigen Arbeitskraft betreiben. Senkung der Lohnstückkosten nicht nur durch Steigerung der Produktivkraft, sondern durch Intensivierung der Arbeit und Senkung der Löhne bei Ausdehnung des Arbeitstages und der Jahresarbeitszeit. Die Drohungen der Kapitalistenklasse gegen den Lebensstandard der Arbeiter sind bitterernst gemeint. Eine weitere Besonderheit der Entwicklung des gegenwärtigen Zyklus ist deshalb, daß es bis jetzt noch zu keinem Einbruch bei den Investitionen gekommen ist. Der westdeutsche Kapitalismus braucht einen erheblichen Modernisierungsschub, wenn er mit seinen Konkurrenten mithalten will. Das ist die Ursache, weshalb die Kapitalisten versuchen werden, es nicht zu entsprechenden Einbrüchen in den Investitionen kommen zu lassen, wie sie sich in der Produktion abzeichnen. Auch von dieser Seite her wird infolgedessen der Druck auf die Zufuhr von Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt weiter verstärkt werden, so daß die konsolidierte industrielle Reservearmee bis zur nächsten Aufschwungphase beträchtlich wachsen wird, in dieser Aufschwungphase, wenn es in absehbarer Zeit zu einem weiteren Zyklus kommt, die Nachfrage nach Arbeitskräften aber noch einmal relativ zurückgegangen sein wird. Es wird sich immer deutlicher herausstellen, daß die Kapitalistenklasse auf die Dauer im rein ökonomischen Kampf am längeren Hebel sitzt. Um so wesentlicher ist es, die tariflichen und vor allem gesetzlichen Schranken gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu sichern und die gewerkschaftliche Organisation als Zusammenschluß nicht nur der aktiven Arbeiterarmee, sondern der Arbeiterbevölkerung überhaupt, zu stärken.

2. Unvermeidlich wird sich jetzt rächen, daß es der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren zwar noch mal gelungen ist, die Reallöhne zu steigern, daß es aber nicht gelungen ist, sie ausreichend zu steigern. So kann es leicht geschehen, daß der Reallohn im Gesamtverlauf des Zyklus in Wirklichkeit nicht gehalten werden kann, sondern sinkt, und daß neben einer Einbuße von Lebenszeit, die bei steigender Intensität der Arbeit und gleichbleibendem Reallohn leicht herauskommen kann, der Reallohn selbst auf eine tiefere Stufe gedrückt wird.

„Wenn ihr den ganzen Zyklus betrachtet, werdet ihr finden, daß die eine Abweichung des Marktpreises durch die andre aufgehoben wird und daß, den Durchschnitt des Zyklus genommen, die Marktpreise der Waren durch ihre Werte reguliert werden. Schön! Während der Phase sinkender Marktpreise, ebenso wie während der Phase der Krise und Stagnation, ist der

stenklasse auf die Dauer im rein ökonomischen Kampf am längeren Hebel sitzt. Um so wesentlicher ist es, die tariflichen und vor allem gesetzlichen Schranken gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu sichern und die gewerkschaftliche Organisation als Zusammenschluß nicht nur der aktiven Arbeiterarmee, sondern der Arbeiterbevölkerung überhaupt, zu stärken.

2. Unvermeidlich wird sich jetzt rächen, daß es der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren zwar noch mal gelungen ist, die Reallöhne zu steigern, daß es aber nicht gelungen ist, sie ausreichend zu steigern. So kann es leicht geschehen, daß der Reallohn im Gesamtverlauf des Zyklus in Wirklichkeit nicht gehalten werden kann, sondern sinkt, und daß neben einer Einbuße von Lebenszeit, die bei steigender Intensität der Arbeit und gleichbleibendem Reallohn leicht herauskommen kann, der Reallohn selbst auf eine tiefere Stufe gedrückt wird.

„Wenn ihr den ganzen Zyklus betrachtet, werdet ihr finden, daß die eine Abweichung des Marktpreises durch die andre aufgehoben wird und daß, den Durchschnitt des Zyklus genommen, die Marktpreise der Waren durch ihre Werte reguliert werden. Schön! Während der Phase sinkender Marktpreise, ebenso wie während der Phase der Krise und Stagnation, ist der

Arbeiter, falls er nicht überhaupt aufs Pflaster geworfen wird, einer Herabsetzung des Arbeitslohns gewärtig. Um nicht der Geprellte zu sein, muß er, selbst während eines solchen Sinkens der Marktpreise, mit dem Kapitalisten darüber markten, in welchem proportionellem Ausmaß eine Lohnsenkung notwendig geworden sei. Wenn er nicht bereits während der Prosperitätsphase, solange Extraprofite gemacht werden, für eine Lohnsteigerung kämpfte, so käme er im Durchschnitt eines industriellen Zyklus nicht einmal zu seinem *Durchschnittslohn* oder dem *Wert* der Arbeitskraft." Wie das Sinken des Reallohns im Verlauf von 1980, also vor Einbruch der Krise, zeigt, besteht diese Gefahr in erheblichem Umfang. Um den Arbeiter umso leichter zu prellen, ist die Inflation wie geschaffen. Schon bei einem Nachlassen des Wachstums der Produktion verstärkt sie sich, um in der Krise und bei einem Rückgang der Produktion ihren Höhepunkt zu erreichen. Nach wie vor wird Geld in die Zirkulation gepumpt und das bereits in der Zirkulation befindliche Geld bleibt, weil es bloß Wert repräsentiert, aber keinen Wert hat, in der Zirkulation. Die laufende Entwertung des Geldes wird galoppierend gerade in einer Phase, wo die Arbeiter nur mit Mühe nominelle Lohnerhöhungen erkämpfen können. Der Reallohn bricht ein. Gerade in der Krise müßten deshalb hohe Nominalabschlüsse durchgesetzt werden, um ein unverhältnismäßiges Sinken des Reallohns zu verhindern. Die Kräfteverhältnisse wirken jedoch umgekehrt und so verschärft sich die Gefahr, daß im Durchschnitt des Zyklus wegen der gestiegenen Intensität der Arbeit weder der vorige Normalwert der Arbeitskraft noch auch nur der durchschnittliche Reallohn gehalten werden kann. Um auch nur den Reallohn zu halten, wären jetzt sicherlich 6% notwendig. Berücksichtigt man die Spanne zwischen Effektiv- und Tariflöhnen und die schwindenden Möglichkeiten, die Tariflohnerhöhung im Effektivlohn durchzusetzen, so werden 6% Tariflohnerhöhung sicherlich nicht reichen. Jeder weiß aber, wie schwierig es sein wird, auch nur eine Tariflohnerhöhung von 6% in der gegenwärtigen Situation durchzusetzen.

3. Der Kapitalismus hat die Tendenz, komplizierte Arbeit in einfache Arbeit zu verwandeln und die Masse der angelernten Arbeiter gegenüber den Facharbeitern zu vergrößern. Er hat eine Tendenz zur Vereinheitlichung des Arbeiterheeres auf niedrigem Lohnniveau. Der Druck der industriellen Reservearmee ist notwendig auf diesen Teil der aktiven Arbeiterarmee am höchsten, denn nur in diesen Bereichen kann die industrielle Reservearmee beliebig mobilisiert und eingesetzt werden. Daher hat der Kapitalismus die Tendenz, die Mindestlöhne relativ und absolut zu senken und die Masse der Arbeiter auf diese Mindestlöhne zu drücken. Die Mindestlöhne relativ und absolut zu heben, ist deshalb ein Interesse der ganzen Arbeiterklasse und nicht nur der Arbeiter, die bereits in die unteren Lohngruppen gedrückt sind. Auch dieses Problem wird durch die Spanne zwischen den Tariflöhnen und Effektivlöhnen verstärkt, weil die Umwälzung der Tariflohnerhöhungen auf die Effektivlöhne gerade in den untersten Lohngruppen aufgrund des verstärkten Drucks der industriellen Reservearmee besonders schwierig ist. Auch in dieser Frage drohen sich frühere Versäumnisse in der Krise verschärft bemerkbar zu machen. Sicherlich ist es den Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grad gelungen in den letzten Jahren, der Tendenz zur relativen und absoluten Senkung der Mindestlöhne entgegen zu wirken, aber wahrscheinlich nicht ausreichend. Die Forderungselemente, die eine überproportionale Anhebung der Mindestlöhne und der unteren Lohngruppen überhaupt beinhalten, sind deshalb gerade in den jetzigen Tarifkämpfen wesentlich für die ganze Klasse, wenn die beschränkten Erfolge der letzten Jahre nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden

Teil der aktiven Arbeiterarmee am höchsten, denn nur in diesen Bereichen kann die industrielle Reservearmee beliebig mobilisiert und eingesetzt werden. Daher hat der Kapitalismus die Tendenz, die Mindestlöhne relativ und absolut zu senken und die Masse der Arbeiter auf diese Mindestlöhne zu drücken. Die Mindestlöhne relativ und absolut zu heben, ist deshalb ein Interesse der ganzen Arbeiterklasse und nicht nur der Arbeiter, die bereits in die unteren Lohngruppen gedrückt sind. Auch dieses Problem wird durch die Spanne zwischen den Tariflöhnen und Effektivlöhnen verstärkt, weil die Umwälzung der Tariflohnerhöhungen auf die Effektivlöhne gerade in den untersten Lohngruppen aufgrund des verstärkten Drucks der industriellen Reservearmee besonders schwierig ist. Auch in dieser Frage drohen sich frühere Versäumnisse in der Krise verschärft bemerkbar zu machen. Sicherlich ist es den Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grad gelungen in den letzten Jahren, der Tendenz zur relativen und absoluten Senkung der Mindestlöhne entgegen zu wirken, aber wahrscheinlich nicht ausreichend. Die Forderungselemente, die eine überproportionale Anhebung der Mindestlöhne und der unteren Lohngruppen überhaupt beinhalten, sind deshalb gerade in den jetzigen Tarifkämpfen wesentlich für die ganze Klasse, wenn die beschränkten Erfolge der letzten Jahre nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden

sollen. Diese Forderungselemente sind deshalb schon für sich genommen streikfähig und werden ohne Streik auch nicht durchgesetzt werden können. Werden sie nicht durchgesetzt, wird das direkt auf den Durchschnittslohn und damit auf den Wert der Arbeitskraft durchschlagen. Die Schranke, die die tariflichen Mindestlöhne der Verschärfung der Ausbeutung und der Wirkung der industriellen Reservearmee ziehen, wäre gesenkt. Umso leichter könnten sie die Kapitalisten nehmen.

4. Während die Schranken des Normalarbeitstages, wenn auch nicht gesetzlich so doch tariflich, bis zu einem gewissen Grad gesichert sind, so gibt es gegen die Intensivierung der Arbeit kaum auch nur tarifliche Schranken. Wie eine wirkliche Beschränkung des Arbeitstages nur durch eine wirkliche Beschränkung des Arbeitsprozesses erreicht werden kann, so können auch die Schranken gegen eine Intensivierung der Arbeit nur im Arbeitsprozeß selber gezogen werden, durch Schranken für die Steigerung der Geschwindigkeit des Arbeitsprozesses und durch Schranken gegen die Ausdehnung des Arbeitsfeldes. Diese Schranken werden durch Manteltarifverträge gezogen und es ist fragwürdig, wie weit sie in allgemeiner Form durch Gesetz gezogen werden können. Da sie innerhalb des Arbeitsprozesses gezogen werden müssen, können sie nur entsprechend den konkreten Bedingungen des Arbeitsprozesses gezogen werden: durch Beschränkung der Taktzeiten, der Anschläge bei Satz- und Schreibarbeiten, durch Beschränkung der Stücke, durch Festlegung der Maschinenbesetzung oder der Verkaufsfläche, durch Pausenregelung etc. Neben der Sicherung solcher Schranken durch Manteltarifverträge liegt hier auf jeden Fall auch ein weites und wichtiges Feld für Betriebsvereinbarungen und für die Arbeit der Betriebsräte. Objektive Schranken für die Intensivierung der Arbeit im Arbeitsprozeß selber sind die wesentlichen Schranken gegen die Intensivierung der Arbeit. Mittels der Maschinerie und der Beschleunigung von Arbeitsprozessen und der Ausdehnung des Arbeitsfeldes können die Kapitalisten ganz unabhängig von der Lohnform die Arbeit intensivieren, und der Kampf dagegen muß zunächst ganz unabhängig von der Lohnform für solche Schranken im Arbeitsprozeß geführt werden. Er kann einheitlich geführt werden, weil er nicht nur im Interesse der Akkordlöhner, sondern im Interesse aller Lohn- und Gehaltsempfänger liegt.

Dieser wesentlichen Seite im Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit hat der KBW, im Gegensatz zu einzelnen Industriegewerkschaften, bisher kaum Beachtung geschenkt. Statt dessen wurde der Kampf einseitig gegen den Akkordlohn geführt, der aber bloß die subjektive Seite der Intensivierung der Arbeit betrifft, weil die Form des Akkordlohns es dem Arbeiter nahelegt, er hätte selber ein Interesse nicht nur an der Intensivierung der Arbeit, sondern auch an einer Ausdehnung des Arbeitstages. Da der Akkordlohn nur die subjektive Seite der Intensivierung der Arbeit betrifft, wirkt diese subjektive Seite in verschiedenen Situationen auch verschieden. Die Form des Akkordlohns kann gerade zum Instrument der Arbeiter werden, um die Intensivierung der Arbeit zu kontrollieren und zu bremsen oder sich wenigstens zum Teil in Lohn bezahlen zu lassen. In der Metallindustrie wirkt der Akkordlohn schon eine ganze Weile auch in dieser Richtung, allgemein ebenfalls bis zu einem gewissen Grad, weil Änderungen des Akkords der Zustimmung des Betriebsrates bedürfen. Erfahrene Belegschaften und erfahrene Betriebsräte können deshalb gerade die Form des Akkordlohns nutzen, um die Intensivierung der Arbeit zu bremsen oder bezahlen zu lassen, was auch wieder als Schranke wirkt für die Intensivierung der Arbeit durch die Kapitalisten. Wird einseitig und allgemein, ohne Berücksichtigung der konkreten Bedingungen, der Kampf gegen den Akkordlohn geführt, dann kommt man trotz

der KBW, im Gegensatz zu einzelnen Industriegewerkschaften, bisher kaum Beachtung geschenkt. Statt dessen wurde der Kampf einseitig gegen den Akkordlohn geführt, der aber bloß die subjektive Seite der Intensivierung der Arbeit betrifft, weil die Form des Akkordlohns es dem Arbeiter nahelegt, er hätte selber ein Interesse nicht nur an der Intensivierung der Arbeit, sondern auch an einer Ausdehnung des Arbeitstages. Da der Akkordlohn nur die subjektive Seite der Intensivierung der Arbeit betrifft, wirkt diese subjektive Seite in verschiedenen Situationen auch verschieden. Die Form des Akkordlohns kann gerade zum Instrument der Arbeiter werden, um die Intensivierung der Arbeit zu kontrollieren und zu bremsen oder sich wenigstens zum Teil in Lohn bezahlen zu lassen. In der Metallindustrie wirkt der Akkordlohn schon eine ganze Weile auch in dieser Richtung, allgemein ebenfalls bis zu einem gewissen Grad, weil Änderungen des Akkords der Zustimmung des Betriebsrates bedürfen. Erfahrene Belegschaften und erfahrene Betriebsräte können deshalb gerade die Form des Akkordlohns nutzen, um die Intensivierung der Arbeit zu bremsen oder bezahlen zu lassen, was auch wieder als Schranke wirkt für die Intensivierung der Arbeit durch die Kapitalisten. Wird einseitig und allgemein, ohne Berücksichtigung der konkreten Bedingungen, der Kampf gegen den Akkordlohn geführt, dann kommt man trotz

der allgemein richtigen Forderung nach Verbot der Akkordarbeit im Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit nicht voran, wie es ja auch während der ganzen letzten Jahre bei uns der Fall war. Gerade angesichts der kapitalistischen Rationalisierung müssen wir hier eine Korrektur durchführen und den Schwerpunkt auf den Kampf für objektive Schranken gegen die Intensivierung der Arbeit legen. Die Forderungen der Gewerkschaften in dieser Richtung müssen zusammengestellt, dargelegt, überprüft und unterstützt werden. Diese Seite des Kampfes gegen den Verschleiß der Arbeitskraft bekommt wachsende Bedeutung und hat mit dem Streik der IG Druck auch zu ersten großen Kämpfen geführt.

5. Die 40-Stunden-Woche ist nur tariflich gesichert, der Achtstundennormalarbeitstag gesetzlich nur schlecht und nur für Industriearbeiterinnen auch nach der Seite der Lage im 24stündigen Tag beschränkt. Es widerspricht jedoch jeder Bestimmung des Normalarbeitstages, wenn er zwar in seiner Dauer einigermaßen beschränkt ist, ansonsten aber in jeder beliebigen Phase des 24stündigen Tages liegen kann. Dies ist aber mit Ausnahme für die Frauenarbeit in der Industrie allgemein der Fall. Es ist ein Hohn auf die Forderung der Arbeiterklasse nach einem *Normal*arbeitstag. Es ist überhaupt nicht „normal", wenn durch das Kapital die Nacht zum Tag gemacht wird. Mit dem Streik der Postarbeiter ist das durch die Arbeiterklasse einigermaßen deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Der Kampf um den Normalarbeitstag ist damit auch von dieser Seite her aufgenommen, während die Forderung nach Verkürzung des Arbeitstages ebenfalls laufend an Boden gewinnt. Das Verbot der Nachtarbeit für Frauen in der Industrie soll man in seiner Bedeutung im übrigen nicht auf die Frauen beschränken. Überall, wo der Charakter des Arbeitsprozesses oder auch bloß die Tradition gemischte Belegschaften hervorgebracht hat, ist das Verbot der Nachtarbeit für Frauen eine Schranke gegen die Ausdehnung der Nachtarbeit und die Verkehrung des Normalarbeitstages in sein Gegenteil überhaupt. Um so erbitterter kämpft die Kapitalistenklasse dafür, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen in der Industrie zu Fall zu bringen.

Was die Lage des Normalarbeitstages im 24stündigen Arbeitstag betrifft, haben sich die Gewerkschaften im Verlauf der Geschichte des westdeutschen Kapitalismus viele Versäumnisse zuschulden kommen lassen und den Kampf erst in jüngster Zeit aufgenommen und auch erst indirekt. Das ist eine schwere Hypothek für die jetzige Situation, in der sich die Kräfteverhältnisse im wirtschaftlichen Kampf zuungunsten der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften zu wenden drohen.

Um so wichtiger wird neben der Seite von Sicherung besserer Bezahlung der Arbeit außerhalb der Normalarbeitszeit und der Sicherung von größerer Erholung, die immer nur ein Linderungsmittel sein können, der Kampf für die gesetzliche Beschränkung des Normalarbeitstages. Mit dem Wachstum des fixen Kapitals, der Krise und der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt entstehen zusätzliche Motive für die Kapitalisten, die Ausbeutung rund um die Uhr zu betreiben. Die industrielle Reservearmee verbessert ihre Möglichkeiten, die Nacht zum Tag zu machen. Noch immer aber war die Ausdehnung der Schichtarbeit auch ein Mittel, die Dauer des Arbeitstages auszudehnen und zum Beispiel Arbeiter zwei Schichten hintereinander arbeiten zu lassen, weil die Springer viel zu niedrig kalkuliert werden für den bei Schichtarbeit notwendig höheren Krankenstand. Die Löchrigkeit der Bestimmungen über den Normalarbeitstag schafft den Kapitalisten bei wachsender industrieller Reservearmee auf Grund der Arbeitslosigkeit des einen Teiles der Klasse wachsende Möglichkeiten, den anderen Teil in wachsendem Umfang zu überarbeiten, wodurch die industrielle Reservearmee noch einmal aufgeschwemmt wird. Von unserer Seite aus ist in diesem Zu-

tuation, in der sich die Kräfteverhältnisse im wirtschaftlichen Kampf zuungunsten der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften zu wenden drohen.

Um so wichtiger wird neben der Seite von Sicherung besserer Bezahlung der Arbeit außerhalb der Normalarbeitszeit und der Sicherung von größerer Erholung, die immer nur ein Linderungsmittel sein können, der Kampf für die gesetzliche Beschränkung des Normalarbeitstages. Mit dem Wachstum des fixen Kapitals, der Krise und der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt entstehen zusätzliche Motive für die Kapitalisten, die Ausbeutung rund um die Uhr zu betreiben. Die industrielle Reservearmee verbessert ihre Möglichkeiten, die Nacht zum Tag zu machen. Noch immer aber war die Ausdehnung der Schichtarbeit auch ein Mittel, die Dauer des Arbeitstages auszudehnen und zum Beispiel Arbeiter zwei Schichten hintereinander arbeiten zu lassen, weil die Springer viel zu niedrig kalkuliert werden für den bei Schichtarbeit notwendig höheren Krankenstand. Die Löchrigkeit der Bestimmungen über den Normalarbeitstag schafft den Kapitalisten bei wachsender industrieller Reservearmee auf Grund der Arbeitslosigkeit des einen Teiles der Klasse wachsende Möglichkeiten, den anderen Teil in wachsendem Umfang zu überarbeiten, wodurch die industrielle Reservearmee noch einmal aufgeschwemmt wird. Von unserer Seite aus ist in diesem Zu-

sammenhang die Berechtigung des gewerkschaftlichen Arguments, daß Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze schaffen würde in der Hinsicht anzuerkennen und zu unterstützen, daß jede Verlängerung des Arbeitstages und jede Intensivierung der Arbeit zusätzlich zur Steigerung der Produktivität der Arbeit auf die Beschäftigungsmittel der Arbeiterklasse drückt und eine Verkürzung des Arbeitstages bei gleichbleibender Intensität der Arbeit und Produktivität der Arbeit durchaus in Richtung auf verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften wirken könnte. Auch wenn die Existenz der industriellen Reservearmee, statt der Überarbeit der aktiven Arbeiterarmee, nicht den Ausgangspunkt der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bilden kann, fehlt der Argumentation, daß eine Verkürzung des Arbeitstages die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen würde, nicht jede Berechtigung, auch wenn diese Wirkung von den Gewerkschaften überschätzt wird. Jedenfalls würde eine Arbeitszeitverkürzung den Widerspruch zwischen wachsender Überarbeit der aktiven Arbeiterarmee und wachsender Arbeitslosigkeit, der zuungunsten der Arbeiterklasse wirkt, dämpfen. Die Popularität der Forderungen nach einem 7stündigen Arbeitstag wird wachsen, gerade auch in der Krise, seine politische Durchsetzbarkeit braucht nicht abzunehmen, wenn auch vielleicht seine tarifliche. Gegenüber der wesentlichen Forderung nach Beschränkung und Verkürzung des Normalarbeitstages hat die Forderung nach vollem Lohnausgleich nur relative Bedeutung. Sie braucht nicht auf einen Schlag erkämpft werden und kann

allemal im Verlauf einer gewissen Zeit verwirklicht werden, wobei eine verkürzte Arbeitszeit sowieso auch bei den Reproduktionskosten Linderung bringen kann. Es bleibt jedoch richtig, die Forderung nach vollem Lohnausgleich zu erheben.

6. Unabhängig von der Entwicklung der Krise schätzen verschiedene Institute, daß im Verlauf der nächsten Jahre die konsolidierte industrielle Reservearmee auf 3 Millionen offizielle Arbeitslose anwachsen würde. Eine solche Entwicklung könnte die Schranke, die die Arbeitslosenversicherung der Verschärfung der Ausbeutung zieht, zum Einbruch bringen: unter dem Hinweis auf das Defizit und den Bankrott der Arbeitslosenversicherung werden die Zahlungen gestrichen oder verkürzt und wird jede Arbeit zumutbar. Unvermeidlich wird sich der Kampf um die Arbeitslosenversicherung verschärfen. Zuerst wird er als Kampf um die Erhöhung der Versicherungsbeiträge aufbrechen. Das Interesse der Arbeiter verlangt bereits jetzt die Forderung nach Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, ohne daß diese Erhöhung auf die Nettolöhne durchschlägt, sondern sich ausschließlich als Erhöhung des „Einkommens aus unselbständiger Arbeit" und der Bruttolohn- und -gehaltssumme auswirkt. Diese Forderung kann die Form annehmen, daß nur der Anteil der Kapitalisten erhöht wird, was aber gefährlich wirkt, wenn nicht gleichzeitig mit verstärktem Nachdruck die Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung erhoben wird, weil sonst die Kapitalisten, wenn es gelänge, die Forderung durchzusetzen, den Anspruch erheben könnten, ihren Einfluß auf die Arbeitslosenversicherung zu erhöhen. Die Forderung nach Bezahlung der Versicherungsgelder durch die Kapitalisten hat nur den Sinn, daß sich die Bezahlung der Beiträge für die Versicherung und ihre Erhöhung nicht negativ auf die Nettolöhne, sondern nur positiv auf das Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Bruttolöhne auswirken dürfen. Bezahlt werden die Versicherungsbeiträge wie alle Lohnbestandteile sowieso von den Kapitalisten, die am Ende des Produktionsprozesses wie an seinem Neubeginn das gesamte Produkt der Arbeiterklasse in der Hand haben.

Die Forderung nach Selbstverwaltung darf sich nicht nur auf die Arbeitslosenversicherung, sondern muß sich auch auf die Arbeitsvermittlung einschließlich Umschulung beziehen.

Über die Forderung nach Erhöhung der Versicherungsbeiträge wird es noch in dieser Legislaturperiode, vielleicht noch in diesem Jahr zu erheblichem Krach zwischen SPD und FDP wie auch innerhalb der CDU kommen. Über die Forderung nach Selbstverwaltung wird es zum Krach zwischen den Gewerkschaften und allen Parteien kommen. Die Arbeitslosenversicherung wird zu einem Konzentrationspunkt der Klassenauseinandersetzung

mit verstärktem Nachdruck die Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung erhoben wird, weil sonst die Kapitalisten, wenn es gelänge, die Forderung durchzusetzen, den Anspruch erheben könnten, ihren Einfluß auf die Arbeitslosenversicherung zu erhöhen. Die Forderung nach Bezahlung der Versicherungsgelder durch die Kapitalisten hat nur den Sinn, daß sich die Bezahlung der Beiträge für die Versicherung und ihre Erhöhung nicht negativ auf die Nettolöhne, sondern nur positiv auf das Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Bruttolöhne auswirken dürfen. Bezahlt werden die Versicherungsbeiträge wie alle Lohnbestandteile sowieso von den Kapitalisten, die am Ende des Produktionsprozesses wie an seinem Neubeginn das gesamte Produkt der Arbeiterklasse in der Hand haben.

Die Forderung nach Selbstverwaltung darf sich nicht nur auf die Arbeitslosenversicherung, sondern muß sich auch auf die Arbeitsvermittlung einschließlich Umschulung beziehen.

Über die Forderung nach Erhöhung der Versicherungsbeiträge wird es noch in dieser Legislaturperiode, vielleicht noch in diesem Jahr zu erheblichem Krach zwischen SPD und FDP wie auch innerhalb der CDU kommen. Über die Forderung nach Selbstverwaltung wird es zum Krach zwischen den Gewerkschaften und allen Parteien kommen. Die Arbeitslosenversicherung wird zu einem Konzentrationspunkt der Klassenauseinandersetzung
werden, von der wiederum abhängen wird, wieweit die industrielle Reservearmee ihre Wirkung entfalten kann. Es ist also unbedingt nötig, daß wir eine klare Stellung zu dieser Frage haben und eindeutig für die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung eintreten, aktuell am besten in der Form der einseitigen Anhebung des Anteils der Kapitalisten, und daß wir die Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherung einschließlich der Arbeitsvermittlung und der Umschulungsmaßnahmen weiter verankern.

Auch eine klare Stellung zur Bezahlung des Kurzarbeitergeldes ist notwendig. Der Kapitalist erhebt gegenüber den Kurzarbeitern den Anspruch auf ihre Arbeitskraft. Nach wie vor wird die Arbeitskraft verkauft, aber nicht voll bezahlt. Das ermöglicht dem Kapitalisten gerade auch während der Kurzarbeit, sich Mehrwert anzueignen, der aber in Wirklichkeit nur durch Beschlagnahmung der notwendigen Arbeit angeeignet werden kann. Die Lohnform verbirgt dies. Ökonomisch völlig gerechtfertigt ist die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit. Ökonomisch und politisch sinnvoll ist die Forderung nach Bezahlung dieses Ausgleiches durch die Arbeitslosenversicherung, statt durch den einzelnen Kapitalisten. Es handelt sich tatsächlich um einen Versicherungsfall, für dessen Kosten die Kapitalistenklasse insgesamt im Lohn aufkommen muß. Die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung wird die Betrügereien einzelner Kapitalisten einschränken. Das hindert uns nicht, die Bemühungen einzelner Gewerkschaften zu unterstützen, einen vollständigen Lohnausgleich durch Tarife oder Betriebsvereinbarungen zu erzielen.

Ähnlich wird sich die Auseinandersetzung um alle Fragen der Sozialversicherung verschärfen. Dabei gehen wir von der Sicherung der Mindestversorgung der lohnabhängigen Bevölkerung aus und der Finanzierung dieser Mindestversorgung durch ausreichende Erhöhung des Bruttoeinkommens aus unselbständigem Einkommen ohne Beeinträchtigung der realen Nettolöhne. Die notwendige Arbeitszeit innerhalb des Kapitalismus umfaßt die Arbeitszeit, die zur Erhaltung und Reproduktion der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Bevölkerung insgesamt notwendig ist. Also muß sie von den Kapitalisten im Lohn auch bezahlt werden. Sie macht sowieso den geringsten Teil des Arbeitstages aus.

7. Je größer die industrielle Reservearmee und je schwieriger die Verteidigung der individuellen Reallöhne der aktiven Arbeiterarmee, desto wichtiger wird die Verteidigung der allgemeinen, der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen und die Verteidigung oder Durchsetzung des kostenlosen Charakters dieser Reproduktionsbedingungen. Desto wichtiger wird der Kampf für die Beseitigung der indirekten Steuern und die progressive Besteuerung des Einkommens bei Anhebung des Grundfreibetrages. In diesen politischen Kämpfen allein kann die Einheit der ganzen Arbeiterbevölkerung und die Einheit der Volksmassen hergestellt werden. Ohne die Entfaltung solcher Kämpfe wird selbst die bestehende Einheit gefährdet.

Diese Kämpfe umfassen Forderungen nach Sicherung von Mindestbedingungen des Volksbildungswesen, der Gesundheitsversorgung etc., aber auch die Forderungen gegen Umweltverschmutzung, Zerstörung von Lebensraum, Zerstörung von Wohnungsraum etc.

Im Zusammenhang damit muß die Stellung gegenüber dem Kindergeld geklärt werden. Einstweilen wird wahrscheinlich die Höhe des Kindergeldes im Zentrum der Auseinandersetzung stehen, doch darf darüber die Auseinandersetzung um die Form des Kindergeldes nicht vergessen werden. Gegenüber der Form von staatlicher Sozialhilfe, die das Kindergeld gegenwärtig hat, bietet die Forderung nach Auszahlung des Kindergeldes über die Sozialversicherungen keinen wirklichen Vorteil. Ausbezahlt wird es gegenwärtig sowieso über das Bundesamt für Arbeit. Es will einem aber nicht einleuchten, warum das Normalste, die natürliche Reproduktion, durch die Forderung selbst zum Versicherungsfall erklärt werden soll und im Bruttolohn über die Versicherungsbeiträge enthalten sein soll und bloß im Versicherungsfall ausbezahlt werden soll. In der gegenwärtigen Form ist verborgen, daß das Kindergeld aus dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit und der Bruttolohn- und -gehaltssumme

werden. Ohne die Entfaltung solcher Kämpfe wird selbst die bestehende Einheit gefährdet.

Diese Kämpfe umfassen Forderungen nach Sicherung von Mindestbedingungen des Volksbildungswesen, der Gesundheitsversorgung etc., aber auch die Forderungen gegen Umweltverschmutzung, Zerstörung von Lebensraum, Zerstörung von Wohnungsraum etc.

Im Zusammenhang damit muß die Stellung gegenüber dem Kindergeld geklärt werden. Einstweilen wird wahrscheinlich die Höhe des Kindergeldes im Zentrum der Auseinandersetzung stehen, doch darf darüber die Auseinandersetzung um die Form des Kindergeldes nicht vergessen werden. Gegenüber der Form von staatlicher Sozialhilfe, die das Kindergeld gegenwärtig hat, bietet die Forderung nach Auszahlung des Kindergeldes über die Sozialversicherungen keinen wirklichen Vorteil. Ausbezahlt wird es gegenwärtig sowieso über das Bundesamt für Arbeit. Es will einem aber nicht einleuchten, warum das Normalste, die natürliche Reproduktion, durch die Forderung selbst zum Versicherungsfall erklärt werden soll und im Bruttolohn über die Versicherungsbeiträge enthalten sein soll und bloß im Versicherungsfall ausbezahlt werden soll. In der gegenwärtigen Form ist verborgen, daß das Kindergeld aus dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit und der Bruttolohn- und -gehaltssumme
stammt und auch im Durchschnitt in den Bruttolöhnen enthalten ist, wie ja auch die Kosten für den Ersatz der Arbeitskraft in ihren Wert eingehen. In der gegenwärtigen Form ist der Kampf um die Höhe des Kindergeldes vom Lohnkampf getrennt, durch den es aber im großen und ganzen und im Durchschnitt gesichert werden muß. Die Bezahlung von Kindergeld müßte durch die Anhebung des Grundfreibetrages, einstweilen auch vielleicht über einen eigenen Kindergrundfreibetrag, erledigt werden, und in Fällen, wo das nicht reicht, weil kein Lohn als Einkommen existiert oder kein ausreichender Lohn als Einkommen existiert, aber auch nur dann, die Form der Sozialhilfe annehmen, damit die Arbeiterklasse weiß, woran sie ist. Bei Verschärfung der Krise mag die staatliche Form des Kindergeldes als vorteilhaft erscheinen, weil es so unabhängig vom Schicksal des einzelnen Lohnabhängigen als gesichert erscheint. Der Sache nach ist das keinesfalls richtig, zumal die Sicherung auf Kosten der Nettolöhne geht, aber die Kampfbedingungen für eine Änderung dieser Form werden dadurch negativ beeinflußt. Von daher handelt es sich gegenwärtig eher um eine Frage der theoretischen Untersuchung und der Propaganda als um eine Frage aktueller Aktionslosungen. Zum Ausdruck kommt in der gegenwärtigen Form des Kindergeldes allemal, daß die Lohnarbeit nur eine verhüllte Form der Sklaverei ist, in der der Staat der herrschenden Klasse wachsende Teile der Reproduktion der Arbeiterklasse seiner Kontrolle unterwirft, um sie zu beherrschen und entsprechend den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals zu ökonomisieren.

8. Eine der Schwächen des westdeutschen und des westeuropäischen Kapitals im allgemeinen besteht darin, daß der innere Markt jeweils kleiner ist als der innere Markt des amerikanischen und sowjetischen, aber auch des japanischen Konkurrenten. Die EG kann nicht als innerer Markt des westdeutschen Kapitals oder eines anderen westeuropäischen Kapitals betrachtet werden. Erstens ist er geteilt, und zweitens ist er auch für Industriewaren der äußeren Konkurrenten relativ offen. Die Schwierigkeiten der westdeutschen und der westeuropäischen Kapitalisten insgesamt werden sich auch in der Politik der EG widerspiegeln und werden zu weiteren Konzentrationsbestrebungen und zu Versuchen, den europäischen Markt zu schützen, führen. Das wird nicht ohne verschärfte Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Monopolen, aber auch verschärften Auseinandersetzungen mit den USA und Japan abgehen. Von dieser Seite her kann die Tendenz zur Anlehnung an die Sowjetunion in der westdeutschen, aber auch in Teilen der europäischen Bourgeoisie Nahrung erhalten.

9. Das westdeutsche Kapital und das europäische Kapital im allgemeinen besitzen heute weder wie das englische Kapital im 19. Jahrhundert ein Industriemonopol noch wie das europäische Kapital vor dem ersten Weltkrieg und bis in die 60er Jahre hinein politisch beherrschte und das eigene Kapital privilegierende Kolonialmärkte. Das europäische Kapital *beherrscht* heute nicht die Welt, sondern ist durch die beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft auf den zweiten Rang verwiesen. Es ist nicht in der Lage, mit Hilfe *politischer* Gewalt *Tribut*zahlungen durchzusetzen, eher ist es durch die politische Gewalt der beiden Supermächte gezwungen, Tributzahlungen zu leisten. In seinem Verhältnis zur Dritten Welt ist es der Dritten Welt eher gelungen, aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse die freie Wirkung des kapitalistischen Weltmarktes einzuschränken statt umgekehrt. Insoweit gibt es keine Quellen, aus denen das europäische Kapital *Tribut*zahlungen abschöpfen könnte. Aus der Existenz solcher *Tributzahlungen haben jedoch Marx und Engels die Existenz einer englischen Arbeiteraristokratie im 20. Jahrhundert abgeleitet. Der Charakter der Arbeiteraristokratie als Aristokratie* erklärt sich gerade an der Beteiligung an solchen *Tribut*zahlungen durch die Bourgeoisie. Gegenwärtig ist nicht zu sehen, woraus *solche* Arbeiter*aristokratie* in Europa durch das europäische Kapital gespeist werden könnte. Dementsprechend ist auch nicht mehr von der Existenz einer Arbeiteraristokratie in diesem klassischen Sinne auszugehen, die nichts mit nationalen Lohnunterschieden zu tun hat, sondern mit der Beteiligung an Extraprofiten auf Grundlage von politisch gesicherten Monopolpreisen. Tatsächlich können wir bei Nachfrage

privilegierende Kolonialmärkte. Das europäische Kapital *beherrscht* heute nicht die Welt, sondern ist durch die beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft auf den zweiten Rang verwiesen. Es ist nicht in der Lage, mit Hilfe *politischer* Gewalt *Tribut*zahlungen durchzusetzen, eher ist es durch die politische Gewalt der beiden Supermächte gezwungen, Tributzahlungen zu leisten. In seinem Verhältnis zur Dritten Welt ist es der Dritten Welt eher gelungen, aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse die freie Wirkung des kapitalistischen Weltmarktes einzuschränken statt umgekehrt. Insoweit gibt es keine Quellen, aus denen das europäische Kapital *Tribut*zahlungen abschöpfen könnte. Aus der Existenz solcher *Tributzahlungen haben jedoch Marx und Engels die Existenz einer englischen Arbeiteraristokratie im 20. Jahrhundert abgeleitet. Der Charakter der Arbeiteraristokratie als Aristokratie* erklärt sich gerade an der Beteiligung an solchen *Tribut*zahlungen durch die Bourgeoisie. Gegenwärtig ist nicht zu sehen, woraus *solche* Arbeiter*aristokratie* in Europa durch das europäische Kapital gespeist werden könnte. Dementsprechend ist auch nicht mehr von der Existenz einer Arbeiteraristokratie in diesem klassischen Sinne auszugehen, die nichts mit nationalen Lohnunterschieden zu tun hat, sondern mit der Beteiligung an Extraprofiten auf Grundlage von politisch gesicherten Monopolpreisen. Tatsächlich können wir bei Nachfrage
auch ohne weiteres Belege für die Existenz einer Arbeiterbürokratie nennen, aber keine Belege für die Existenz einer Schicht von Arbeiteraristokraten. Der Begriff der Arbeiter*aristokratie* gibt für die Entwicklung der subjektiven Verhältnisse in der Arbeiterklasse für Europa nichts her. Der Reformismus ist gegenwärtig eine Massenerscheinung, weil er aus den Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise mit Notwendigkeit entspringt und, solange sich die Verhältnisse für die Arbeiterklasse passabel entwickeln, praktisch kaum in Frage gestellt wird. Soweit dies durch die Krisenentwicklung und die jetzige Entwicklung des Kapitalismus praktisch geschieht, kann die Bourgeoisie zur Spaltung der Arbeiterklasse nicht länger auf eine Schicht von Arbeiteraristokraten zurückgreifen. Dies ist auch eine der Bedingungen für die im großen fortschrittliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung während der letzten Jahre, obwohl sie unter Kontrolle der Sozialdemokratie steht. Im übrigen sollte man damit rechnen, daß sämtliche reformistischen Vorstellungen von Gerechtigkeit sich ganz schnell gegen den Kapitalismus richten können, sobald dieser erst an das historische und moralische Element im Wert der Arbeitskraft herangeht. Das ist aber jetzt der Fall. In den letzten Jahrzehnten hat die Arbeiterklasse nicht nur eine Reihe neuer Bedürfnisse entwickelt, sondern teilweise auch die Befriedigung dieser Bedürfnisse erzwungen. Das hat ihre Selbstsicherheit, wenn auch in reformistischer Verhüllung, gewaltig gestärkt. Es wird große Kämpfe nach sich ziehen, wenn die Kapitalistenklasse jetzt an die Beschneidung dieser Bedürfnisse geht. Freiwilliger Verzicht auf die historischen und moralischen Elemente im Wert der Arbeitskraft ist von der heutigen Arbeiterbewegung nicht zu erwarten. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat in Wirklichkeit eine ganze Masse von Sprengstoff für die Herrschaft der Bourgeoisie angesammelt.

10. Unvermeidlich wirft die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus verstärkt die Frage auf nach einem wirtschaftspolitischen Programm der Arbeiterbewegung. Ist ein solches wirtschaftspolitisches Programm, das über die elementaren Schutzrechte der Arbeiter gegen die Folgen der Krise, über die Beschränkung des Normalarbeitstages und andere Forderungen gegen die schrankenlose Verschärfung der Ausbeutung hinausgeht, im Kapitalismus überhaupt sinnvoll und wirkungsvoll zu verfolgen? Am Ausgangspunkt aller wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB und der DGB-Gewerkschaften steht die Behauptung des Grundrechts auf Arbeit: „Es kann nur durch Vollbeschäftigung verwirklicht werden. Jeder, der arbeiten kann und will, hat Anspruch auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz. Vollbeschäftigung hat auch in der Wirtschaftspolitik Vorrang." (Grundsatzprogramm des DGB. Entwurf, Art. 5) Alle wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB gehen auf die Forderung nach Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, auf die Forderung nach Vollbeschäftigung zurück. Nun ist innerhalb des Kapitalismus ein Recht auf Arbeit nicht zu verwirklichen. Der Kapitalismus beinhaltet das Recht auf Ausbeutung fremder Arbeit, nicht aber das Recht, ausgebeutet zu werden. Umgekehrt ist die Funktion des Kapitalismus an die beständige Produktion einer industriellen Reservearmee gebunden. Die Forderung nach Verwirklichung des Rechts auf Arbeit überschreitet also die Grenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, aber nicht bewußt und nicht in revolutionärer Form. Der Sozialismus verwirklicht nicht das Recht auf Arbeit, sondern die Pflicht der Arbeit für alle und das Recht, an den Früchten der Arbeit gleichberechtigt teilzunehmen und über die verfügbare Zeit der Gesellschaft auch tatsächlich gleichermaßen zu verfügen. Dennoch hat es wenig Sinn, das Hauptfeuer auf die Forderung nach dem Recht auf Arbeit zu richten statt auf die kapitalistische Produktionsweise, die die Arbeiterklasse an der verfügbaren freien Zeit der Gesellschaft bloß in der elenden Form der Arbeitslosigkeit beteiligt. Unabhängig von der notwendigen Kritik der Forderung nach Recht auf Arbeit als Menschenrecht im Kapitalismus und überhaupt ist das Problem der wirtschaftspolitischen Forderungen damit weder theoretisch noch praktisch erledigt. In jeder Krise führt die Stillegung von Produktionsanlagen und Arbeitsstellen spontan zu Forderungen nach Aufrechterhaltung der Produktion und Sicherung der Arbeitsplätze. Gegen diese Forderungen

nicht zu verwirklichen. Der Kapitalismus beinhaltet das Recht auf Ausbeutung fremder Arbeit, nicht aber das Recht, ausgebeutet zu werden. Umgekehrt ist die Funktion des Kapitalismus an die beständige Produktion einer industriellen Reservearmee gebunden. Die Forderung nach Verwirklichung des Rechts auf Arbeit überschreitet also die Grenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, aber nicht bewußt und nicht in revolutionärer Form. Der Sozialismus verwirklicht nicht das Recht auf Arbeit, sondern die Pflicht der Arbeit für alle und das Recht, an den Früchten der Arbeit gleichberechtigt teilzunehmen und über die verfügbare Zeit der Gesellschaft auch tatsächlich gleichermaßen zu verfügen. Dennoch hat es wenig Sinn, das Hauptfeuer auf die Forderung nach dem Recht auf Arbeit zu richten statt auf die kapitalistische Produktionsweise, die die Arbeiterklasse an der verfügbaren freien Zeit der Gesellschaft bloß in der elenden Form der Arbeitslosigkeit beteiligt. Unabhängig von der notwendigen Kritik der Forderung nach Recht auf Arbeit als Menschenrecht im Kapitalismus und überhaupt ist das Problem der wirtschaftspolitischen Forderungen damit weder theoretisch noch praktisch erledigt. In jeder Krise führt die Stillegung von Produktionsanlagen und Arbeitsstellen spontan zu Forderungen nach Aufrechterhaltung der Produktion und Sicherung der Arbeitsplätze. Gegen diese Forderungen
können wir uns nicht wenden, wenn wir uns nicht von der spontanen Bewegung isolieren wollen. Sind diese Forderungen aber erst mal erhoben, dann ergibt sich in der Praxis daraus ohne viel weiteres die Forderung nach Verstaatlichung der Produktion. Wie sollen wir uns dazu stellen? Sollen wir frontal gegen die Forderung nach Verstaatlichung (und um mehr als Verstaatlichung handelt es sich nicht, die Begriffe Vergesellschaftung oder Überführung in Gemeineigentum würden unter gegenwärtigen Bedingungen nur beschönigen) angehen, weil sie an den Ausbeutungsverhältnissen, wenn verwirklicht, nichts Wesentliches ändern? Sollen wir sie unterstützen oder gar von uns aus propagieren, weil sie, wenn auch auf kapitalistischer Basis, eine weitere Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln beinhalten? Sollen wir sie bekämpfen, weil mit der Herausbildung des Staatsmonopols die Übermacht des Kapitals über die Arbeiterklasse noch weiter verschärft und in den Händen des Staats konzentriert wird? Sollen wir für die Verstaatlichung eintreten, weil durch sie die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums im Sozialismus bereits vorbereitet wird? Abstrakt und losgelöst von den konkreten Bedingungen, unter denen diese Forderung auftaucht, ist die Frage nicht zu entscheiden, weil die Verstaatlichung eben jeweils beide Seiten, Aufrechterhaltung des Kapitalismus wie Vorbereitung der Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln durch die proletarische Macht beinhaltet. Programmatisch kann die Forderung nach „Verstaatlichung" deshalb nur für eine Situation erhoben werden, in der die Arbeiterklasse bereits zum Ansturm auf den bürgerlichen Staatsapparat übergeht, um ihn zu zerschlagen und durch die proletarische Macht zu ersetzen. Aber daraus folgt nicht, daß wir Verstaatlichungen innerhalb des Kapitalismus bekämpfen würden, und erst recht nicht folgt daraus, daß wir gegen die Forderung nach Verstaatlichung seitens der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung angehen müßten. Wir müssen gegen die reformistischen Illusionen angehen, die sich an diese Forderungen knüpfen. Wo öffentliche Subventionen gefordert werden, wird es in den meisten Fällen schon richtiger sein, gleich die Verstaatlichung zu fordern. Wenn schon, denn schon. Hauptbedingung dafür, daß dabei keine Illusionen gehegt werden, ist die revolutionäre Kritik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die revolutionäre Kritik des Klassencharakters des bürgerlichen Staatsapparates und der Nachweis, daß eben deshalb die Forderung nach Arbeiterrechten grundlegend und die Forderung nach Demokratie, d.h. nach Zerbrechen des bürgerlichen Staatsapparats entscheidend sind, um die proletarische Revolution als Vorbedingung des Sozialismus vorzubereiten. Ähnlich stellt sich das Problem auch bei anderen wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB. Tatsache ist jedoch, daß solche Forderungen wie Verstaatlichung der Produktion, Aufrechterhaltung der Produktion entgegen der Logik des Kapitals in einer revolutionären Situation ihren Charakter ändern werden, wo die Kommunisten zur führenden Kraft ihrer Verwirklichung werden müssen. Aber erst recht in einer solchen Situation können diese Forderungen nicht abstrakt und isoliert aufgestellt werden, sondern im Zusammenhang eines revolutionären Programms der Eroberung der politischen Macht und der Umwälzung der Produktionsverhältnisse. Insgesamt schafft uns die revolutionäre Kritik des Kapitalismus und der Herrschaft der Bourgeoisie die notwendige politische Flexibilität, um uns gegenüber reformistischen wirtschaftspolitischen Forderungen korrekt zu verhalten, ohne uns von der Arbeiterbewegung zu isolieren, die diesen Forderungen noch folgt.

11. Dieser revolutionäre Sprengstoff kann sich nur entzünden, wenn alle Elemente der Umwälzung der Lage der Arbeiterklasse beachtet werden, insbesondere die Umwälzung in der Weltlage, die einen neuen Weltkrieg hervortreibt, der sich auf Europa konzentriert. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Arbeiterklasse innerhalb des europäischen Kapitalismus eine ganze Reihe von Entwicklungsbedingungen erkämpft, die die Kapitalistenklasse jetzt beseitigen will. Diese Entwicklungsbedingungen sind aber auch durch die Kriegspolitik der beiden Supermächte, insbesondere durch das Expansionsstreben der sozialimperialistischen Supermacht bedroht. Im Kampf um die Weltherrschaft und die Beherrschung Europas stellt sich für

den Kraft ihrer Verwirklichung werden müssen. Aber erst recht in einer solchen Situation können diese Forderungen nicht abstrakt und isoliert aufgestellt werden, sondern im Zusammenhang eines revolutionären Programms der Eroberung der politischen Macht und der Umwälzung der Produktionsverhältnisse. Insgesamt schafft uns die revolutionäre Kritik des Kapitalismus und der Herrschaft der Bourgeoisie die notwendige politische Flexibilität, um uns gegenüber reformistischen wirtschaftspolitischen Forderungen korrekt zu verhalten, ohne uns von der Arbeiterbewegung zu isolieren, die diesen Forderungen noch folgt.

11. Dieser revolutionäre Sprengstoff kann sich nur entzünden, wenn alle Elemente der Umwälzung der Lage der Arbeiterklasse beachtet werden, insbesondere die Umwälzung in der Weltlage, die einen neuen Weltkrieg hervortreibt, der sich auf Europa konzentriert. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Arbeiterklasse innerhalb des europäischen Kapitalismus eine ganze Reihe von Entwicklungsbedingungen erkämpft, die die Kapitalistenklasse jetzt beseitigen will. Diese Entwicklungsbedingungen sind aber auch durch die Kriegspolitik der beiden Supermächte, insbesondere durch das Expansionsstreben der sozialimperialistischen Supermacht bedroht. Im Kampf um die Weltherrschaft und die Beherrschung Europas stellt sich für
die Kapitalistenklasse, nachdem sie als selbständiger Faktor im Kampf um die Weltherrschaft abdanken mußte, bloß noch die Frage, auf welche Seite sie sich schlagen will, um nicht zur Beute zu gehören, sondern an der Aufteilung der Beute teilhaben zu können. Über diese Fragen gibt es Krach innerhalb der Bourgeoisie, und sie ist auch noch keineswegs entschieden. Dies zwingt die Arbeiterklasse im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und insbesondere auch im Kampf gegen das Expansionsstreben der sozialimperialistischen Sowjetunion, das Selbstbestimmungsrecht der Nation, über ihr Schicksal frei von äußerer Einmischung und äußerem Druck selbst zu entscheiden, zu ihrer ureigenen Forderung zu machen und die Entwicklungsbedingungen der Arbeiterklasse auch von dieser Seite her zu sichern. Die Elemente der revolutionären Krise wachsen heute auf Grund innerer und äußerer Faktoren heran, insofern die Existenz der Arbeiterklasse und ihre Entwicklungsbedingungen nicht nur durch die herrschende Kapitalistenklasse, sondern auch durch das Expansionsstreben der beiden Supermächte, insbesondere das Expansionsstreben des sowjetischen Sozialimperialismus bedroht sind. Dementsprechend ist im Inneren eine gemeinsame Front gegen das Kapital, insgesamt aber eine Front der europäischen Völker gegen äußere Beherrschung und Bedrohung, gegen Imperialismus und Hegemonismus zu errichten. Der Kampf kann aber nur vorankommen, wenn auch diese Seite des revolutionären Klassenkampfes beachtet wird. Das Bündnis der europäischen Völker mit der Dritten Welt ist dabei elementar.



Am 30. Januar führt die IG Metall einen ,,Aktionstag der Mitbestimmung'' gegen den ,,faulen'' Bonner Kompromiß der Regierungskoalition durch. Loderer vor 400 Vertretern der IGM: Mit dem Gesetzentwurf werde ,,klammheimlich und endgültig'' die Mitbestimmung eingeengt. ,,Keine Partei ist bereit, sich für die demokratischen Rechte der Arbeitnehmer rückhaltlos einzusetzen.'' – Örtliche Aktionen sollen Druck auf die Regierung machen.

Mobilmachung für den Lohnkampf läuft

Forderungen der IGM für Bayern sowie Eisen und Stahl aufgestellt

ped. Für die bayerische Metallindustrie, deren Tarife erst am 28. Februar auslaufen, lautet die Forderung 7,5%; Anhebung der bisherigen Lohngruppe 1 von 76 auf 84%, der Lohngruppe 2 von 81 auf 84% des Ecklohns; Wegfall der ersten Beschäftigungsjahre in den unteren Gehaltsgruppen und 60 DM für Auszubildende in allen Stufen. Für die Stahlindustrie NRW und Klöckner wird eine kostenneutrale Vorweganhebung des Ecklohns um 21 Pfennig (und damit auf das Niveau der Metallverarbeitung) gefordert sowie auf den vorwegangehobenen Tarif 7%. Beide Forderungen schließen in der Höhe und in ihrer überproportionalen Anhebung der unteren Tarifgruppen an die bisherigen Lohnforderungen der IGM an, wobei für die Stahlindustrie berücksichtigt werden muß, daß nicht derart niedrige Lohngruppen wie in der Metallverarbeitung existieren.

Nach den ersten Verhandlungen hat Loderer in einem Interview zum Abschluß Stellung genommen: ,,*Was ist ein Minimum, das Sie für einen Kompromiß benötigen?* – Wir haben immer deutlich gemacht, daß wir eine Sicherung und Verbesserung der Reallöhne wollen. Das geht nur bei einer vollen Berücksichtigung des Preissteigerungsausgleichs und einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätszuwachs. *Wie weit reicht die soziale Verantwortung, auf die die Tarifpartner zum Wohle des Ganzen verpflichtet sind?* – Wir wissen, daß am Ende von Tarifverhandlungen immer ein Kompromiß steht und haben daher – im Gegensatz zu Gesamtmetall – nie mit ultimativen Forderungen eine Tarifbewegung begonnen. Eines muß aber klar sein: Zur sozialen Verantwortung gehört es auch, diejenigen zu berücksichtigen, die in den untersten Lohngruppen am wenigsten verdienen.'' (Sonntag Aktuell 18.1.)

Vernünftige Antworten. Weniger als 6%, mindestens 100 DM, dürfen es nicht sein. Zugleich hat der Vorstand in der letzten Woche eine Broschüre ,,Teuerung weltweit'' herausgebracht, die sich gegen die Behauptung der Kapitalistenverbände richtet, von wegen niedrige Lohnabschlüsse seien der Garant niedriger Preise. Die darin enthaltenen wirtschaftspolitischen Vorschläge allerdings sind, mit Verlaub gesagt, Käse. Denn wie soll man z.B. die Forderung nach ,,personeller Verstärkung des Kartellamtes'' sonst bezeichnen, wenn man die Äußerungen des Kartellamtes etwa zu den jüngsten Benzinpreiserhöhungen der Ölmonopole im Ohr hat. Aber, und das ist wichtig, in der Auseinandersetzung mit Gesamtmetall werden Theorien, wie hausgemachte und importierte Inflation, Revisions- oder Indexklauseln, die die Lohnabschlüsse unter die Preiserhöhungen drücken sollen, zurückgewiesen. Andersherum äußert der Vorstand seine Verpflichtung, die Erhöhung der indirekten Steuern in entsprechenden Lohnerhöhungen zu berücksichtigen. Er bekräftigt die Tarifautonomie und weist alle Preis- und Lohnstopp-Gedanken zurück. Zusammengefaßt heißt es, die Lohnpolitik könne keinen Beitrag zur Preisstabilität liefern, sondern nur dafür Sorge tragen, daß die Preissteigerungen nicht zu einer Senkung der Reallöhne der Lohnabhängigen führen. In einem sauren Kommentar konstatiert das ,,Handelsblatt'': ,,Der Tenor der Stellungnahme läßt auf einen schwierigen Verlauf der Lohnrunde 1981 schließen.''

Die anderen Industriegewerkschaften schlagen in der Öffentlichkeit den gleichen Kurs ein. Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie, erklärt, daß die IG Chemie bei der klassischen Lohnformel Preisausgleich + Produktivitätszuwachs + Umverteilungsbonus bleibe, wobei 1981 allerdings nicht viel zu verteilen sei, was also auf eine Lohnforderung von 5,5 + 2,5 = 8% hinauslaufen würde. Volkmar, HBV-Vorsitzender, erwartet, daß als harter Kern 1981 eine 6 vor dem Komma stehen muß, zu der Nebenforderungen hinzukommen, denn ,,eine Verkäuferin sollte im Monat auf mindestens 1900 DM kommen''.

Daß die Vorstände insgesamt in der Öffentlichkeit die erhobenen Forderungen bekräftigen, wird nur Wind in den Segeln der IG Metall-Mitgliedschaft sein, die in den Betrieben die kommenden Verhandlungstermine vorbereitet. Sie finden statt in *Hessen* am 29.1., *Niedersachsen* am 30.1., *Nordrhein-Westfalen* am 5.2., *Baden-Württemberg* und *Saarland* am 6.2. sowie in *Rheinland-Pfalz/Rheinhessen* am 11.2. Für den *Nordverbund* ist von der IGM-Bezirksleitung bisher ein zweiter Termin abgelehnt worden.

Erneuter Versuch, in Großbritannien das Streikrecht zu unterhöhlen

Arbeitsminister legt Pläne zur Änderung des Arbeitsrechtes vor

gkr. Am 15. Januar legte der britische Arbeitsminister James Prior das sog. ,,Grüne Papier'' vor. Es ist der zweite Anlauf der Regierung Thatcher und der dritte innerhalb von 10 Jahren, die Rechte der britischen Gewerkschaften beim Abschluß von Tarifverträgen und bei der Führung von Arbeitskämpfen drastisch zu beschneiden. Streiks seien ,,viel zu oft erste anstatt letzte Zuflucht der Taktik''. ,,Die ununterbrochene Anspannung der Muskeln, um die Regierung zu erpressen, könnte durch konstruktivere Tätigkeit ersetzt werden'', so wird die Absicht des Papiers dort selbst beschrieben.

Die englische Arbeiterklasse hatte sich schon früh ein ziemlich umfassendes Streikrecht erkämpft. Und so wird selbstverständlich davon ausgegangen im Arbeitsrecht und festgelegt, daß und wann Gewerkschaften oder Arbeiter Immunität gegenüber dem Staatszugriff oder Regreßforderungen bei oder nach Streiks haben. Im Gegensatz zum Arbeitsrecht z.B. in der BRD, das allenfalls für bestimmte Fälle und unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Urabstimmung innerhalb der Gewerkschaft) ein Streikrecht vorsieht. Die Immunität, eine wesentliche Voraussetzung für die Ausübung des Streikrechts, wurde von der konservativen Regierung unter Heath 1971 eingeschränkt, diese Gesetze mußte aber die folgende Regierung der Labour-Party 1974 im wesentlichen wieder zurücknehmen.

Um den Kampf der britischen Gewerkschaften gegen die Politik der Thatcher-Regierung einzuschränken, um den Widerstand gegen eine Lohnpolitik, die eine deutliche Senkung des Realeinkommens zur Folge hat, zu brechen, verabschiedete das Parlament im vergangenen Jahr den ,,Employment Act'', das ,,Beschäftigungsgesetz''. Danach ist die Immunität für Streikposten bei Sympathiestreiks, indirekten Streiks, aufgehoben. Ebenso die Immunität für einen Teil dieser Streiks selbst. Mit anderen Worten: Streikposten können bestraft und zu Geldzahlungen herangezogen werden, in bestimmten Fällen auch die Streikenden selbst bzw. die aufrufende Gewerkschaft. Das jetzt vorgelegte ,,Grüne Papier'' sei ein Diskussionsvorschlag, bis zum 30. Juni könne jeder dazu Stellung nehmen, so der Arbeitsminister Prior. Dann sei ein entsprechendes Gesetz fällig.

Im einzelnen sieht das Papier folgende Vorschläge vor: Vereinbarungen, vor allem auch Tarifverträge, sollen verbindlich werden und für feste Laufzeiten abgeschlossen werden. Jeder Bruch dieser Verträge (etwa Streiks o.ä. während der Laufzeit) soll eine Aufhebung der Immunität zur Folge haben. Insbesondere soll die Gewerkschaft haftbar gemacht werden, so daß sie ihrerseits auf die Mitglieder Druck auf Einhaltung ausüben muß. Die Einleitung von Arbeitskampfmaßnahmen soll an vorherige geheime Abstimmung innerhalb der Gewerkschaft gebunden sein, ansonsten wird ebenfalls die Immunität aufgehoben. Nach den Einschränkungen für Sympathiestreiks, die im vergangenen Jahr in Kraft getreten sind, will der Arbeitsminister hier noch einen Schritt weiter gehen. Die Vorschläge reichen von gänzlichem Verbot bis dahin, Aktionen zuzulassen, wenn sie ausschließlich den Kapitalisten oder die Branche treffen, in der gegenwärtig der Arbeitskampf geführt wird.

Einer der Hauptangriffspunkte der Regierung sind die Streikposten. Das ,,Grüne Papier'' dazu: Jeder Streikposten, egal, ob der Streik legal oder nicht sei, müsse sich mit Namen, Anschrift etc. von der Polizei erfassen lassen. Nur so sei eine Einschränkung des Rechts, Streikposten aufzustellen, die ja beabsichtigt ist, überhaupt durchsetzbar. Es ist klar, daß es Streikposten selbst von legalen Streiks zersetzen soll. Wer findet sich schon gern in Polizeiakten registriert. Und auch leicht vorstellbar, welche Anlässe sich die Regierung damit schafft, Polizei gegen streikende Arbeiter einzusetzen.

Schließlich: Der Begriff des Arbeitskampfes, also die Definition, wann die Gesetze über die Immunität gelten sollen, will Prior einschränken bis dorthin, daß Arbeitskämpfe, die ein politisches Element beinhalten, ausgeschlossen sind. Wenn die Regierung Lohnleitlinien ausgegeben hat, die Lohnabhängigen gegen deren Durchsetzung für höhere Löhne kämpfen, ist das etwa kein ,,politisches Element''? Für einige Bereiche des ,,öffentlichen Interesses'' soll das Streikrecht ganz abgeschafft werden. Bisher ist es außer Kraft im nationalen Notstand, für Polizei, Militär und die Handelsschiffahrt auf See. Einstweilen schafft die Regierung Thatcher Voraussetzungen, Streiks in einigen Bereichen zu unterlaufen. Drei Pläne zum Einsatz von Truppen in Krankenhausstreiks sind im Dezember erlassen worden. Sie sollen in Kraft treten, wenn während der jetzt begonnenen Tarifverhandlungen, in denen die Gewerkschaften 18,8% gefordert haben, Streiks geführt werden.

Der Gewerkschaftsdachverband TUC hat in einer Stellungnahme das Papier zurückgewiesen und für seine nächste Konferenz im September eine breite Debatte angekündigt.

1 von 76 auf 84%, der Lohngruppe 2 von 81 auf 84% des Ecklohns; Wegfall der ersten Beschäftigungsjahre in den unteren Gehaltsgruppen und 60 DM für Auszubildende in allen Stufen. Für die Stahlindustrie NRW und Klöckner wird eine kostenneutrale Vorweganhebung des Ecklohns um 21 Pfennig (und damit auf das Niveau der Metallverarbeitung) gefordert sowie auf den vorwegangehobenen Tarif 7%. Beide Forderungen schließen in der Höhe und in ihrer überproportionalen Anhebung der unteren Tarifgruppen an die bisherigen Lohnforderungen der IGM an, wobei für die Stahlindustrie berücksichtigt werden muß, daß nicht derart niedrige Lohngruppen wie in der Metallverarbeitung existieren.

Nach den ersten Verhandlungen hat Loderer in einem Interview zum Abschluß Stellung genommen: ,,*Was ist ein Minimum, das Sie für einen Kompromiß benötigen?* – Wir haben immer deutlich gemacht, daß wir eine Sicherung und Verbesserung der Reallöhne wollen. Das geht nur bei einer vollen Berücksichtigung des Preissteigerungsausgleichs und einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätszuwachs. *Wie weit reicht die soziale Verantwortung, auf die die Tarifpartner zum Wohle des Ganzen verpflichtet sind?* – Wir wissen, daß am Ende von Tarifverhandlungen immer ein Kompromiß steht und haben daher –

tung gehört es auch, diejenigen zu berücksichtigen, die in den untersten Lohngruppen am wenigsten verdienen.'' (Sonntag Aktuell 18.1.)

Vernünftige Antworten. Weniger als 6%, mindestens 100 DM, dürfen es nicht sein. Zugleich hat der Vorstand in der letzten Woche eine Broschüre ,,Teuerung weltweit'' herausgebracht, die sich gegen die Behauptung der Kapitalistenverbände richtet, von wegen niedrige Lohnabschlüsse seien der Garant niedriger Preise. Die darin enthaltenen wirtschaftspolitischen Vorschläge allerdings sind, mit Verlaub gesagt, Käse. Denn wie soll man z.B. die Forderung nach ,,personeller Verstärkung des Kartellamtes'' sonst bezeichnen, wenn man die Äußerungen des Kartellamtes etwa zu den jüngsten Benzinpreiserhöhungen der Ölmonopole im Ohr hat. Aber, und das ist wichtig, in der Auseinandersetzung mit Gesamtmetall werden Theorien, wie hausgemachte und importierte Inflation, Revisions- oder Indexklauseln, die die Lohnabschlüsse unter die Preiserhöhungen drücken sollen, zurückgewiesen. Andersherum äußert der Vorstand seine Verpflichtung, die Erhöhung der indirekten Steuern in entsprechenden Lohnerhöhungen zu berücksichtigen. Er bekräftigt die Tarifautonomie und weist alle Preis- und Lohnstopp-Gedanken zurück. Zusammengefaßt heißt es, die Lohnpolitik könne keinen

gen führen. In einem sauren Kommentar konstatiert das ,,Handelsblatt'': ,,Der Tenor der Stellungnahme läßt auf einen schwierigen Verlauf der Lohnrunde 1981 schließen.''

Die anderen Industriegewerkschaften schlagen in der Öffentlichkeit den gleichen Kurs ein. Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie, erklärt, daß die IG Chemie bei der klassischen Lohnformel Preisausgleich + Produktivitätszuwachs + Umverteilungsbonus bleibe, wobei 1981 allerdings nicht viel zu verteilen sei, was also auf eine Lohnforderung von 5,5 + 2,5 = 8% hinauslaufen würde. Volkmar, HBV-Vorsitzender, erwartet, daß als harter Kern 1981 eine 6 vor dem Komma stehen muß, zu der Nebenforderungen hinzukommen, denn ,,eine Verkäuferin sollte im Monat auf mindestens 1900 DM kommen''.

Daß die Vorstände insgesamt in der Öffentlichkeit die erhobenen Forderungen bekräftigen, wird nur Wind in den Segeln der IG Metall-Mitgliedschaft sein, die in den Betrieben die kommenden Verhandlungstermine vorbereitet. Sie finden statt in *Hessen* am 29.1., *Niedersachsen* am 30.1., *Nordrhein-Westfalen* am 5.2., *Baden-Württemberg* und *Saarland* am 6.2. sowie in *Rheinland-Pfalz/Rheinhessen* am 11.2. Für den *Nordverbund* ist von der IGM-Bezirksleitung bisher ein zweiter Termin abgelehnt worden.

rechts, wurde von der konservativen Regierung unter Heath 1971 eingeschränkt, diese Gesetze mußte aber die folgende Regierung der Labour-Party 1974 im wesentlichen wieder zurücknehmen.

Um den Kampf der britischen Gewerkschaften gegen die Politik der Thatcher-Regierung einzuschränken, um den Widerstand gegen eine Lohnpolitik, die eine deutliche Senkung des Realeinkommens zur Folge hat, zu brechen, verabschiedete das Parlament im vergangenen Jahr den ,,Employment Act'', das ,,Beschäftigungsgesetz''. Danach ist die Immunität für Streikposten bei Sympathiestreiks, indirekten Streiks, aufgehoben. Ebenso die Immunität für einen Teil dieser Streiks selbst. Mit anderen Worten: Streikposten können bestraft und zu Geldzahlungen herangezogen werden, in bestimmten Fällen auch die Streikenden selbst bzw. die aufrufende Gewerkschaft. Das jetzt vorgelegte ,,Grüne Papier'' sei ein Diskussionsvorschlag, bis zum 30. Juni könne jeder dazu Stellung nehmen, so der Arbeitsminister Prior. Dann sei ein entsprechendes Gesetz fällig.

Im einzelnen sieht das Papier folgende Vorschläge vor: Vereinbarungen, vor allem auch Tarifverträge, sollen verbindlich werden und für feste Laufzeiten abgeschlossen werden. Jeder Bruch dieser Verträge (etwa Streiks

lizeiakten registriert. Und auch leicht vorstellbar, welche Anlässe sich die Regierung damit schafft, Polizei gegen streikende Arbeiter einzusetzen.

Schließlich: Der Begriff des Arbeitskampfes, also die Definition, wann die Gesetze über die Immunität gelten sollen, will Prior einschränken bis dorthin, daß Arbeitskämpfe, die ein politisches Element beinhalten, ausgeschlossen sind. Wenn die Regierung Lohnleitlinien ausgegeben hat, die Lohnabhängigen gegen deren Durchsetzung für höhere Löhne kämpfen, ist das etwa kein ,,politisches Element''? Für einige Bereiche des ,,öffentlichen Interesses'' soll das Streikrecht ganz abgeschafft werden. Bisher ist es außer Kraft im nationalen Notstand, für Polizei, Militär und die Handelsschiffahrt auf See. Einstweilen schafft die Regierung Thatcher Voraussetzungen, Streiks in einigen Bereichen zu unterlaufen. Drei Pläne zum Einsatz von Truppen in Krankenhausstreiks sind im Dezember erlassen worden. Sie sollen in Kraft treten, wenn während der jetzt begonnenen Tarifverhandlungen, in denen die Gewerkschaften 18,8% gefordert haben, Streiks geführt werden.

Der Gewerkschaftsdachverband TUC hat in einer Stellungnahme das Papier zurückgewiesen und für seine nächste Konferenz im September eine breite Debatte angekündigt.

Vorläufige Niederlage gegen Sanierung bei British Steel

frb. Die größte der britischen Stahlgewerkschaften, die Iron and Steel Trade Confederation ISTC mit 70000 Mitgliedern, mußte letzte Woche ihren Widerstand gegen die Sanierungspläne der staatlichen British Steel vorläufig einstellen und Verhandlungen auf Betriebsebene über die Konzernpläne zustimmen. Nach wie vor werden aber die geplanten 20000 Entlassungen und das Angebot, die Löhne mit halbjähriger Verspätung im Juli um 7% anzuheben, zurückgewiesen. Die Führung der ISTC sah sich nicht in der Lage, landesweite Aktionen einzuleiten, obwohl die Konzernpläne von ihren Mitgliedern mit 18393:8442 Stimmen, das Lohnangebot mit 15525:11558 Stimmen abgelehnt worden waren. Eine von der Konzernleitung durchgeführte Urabstimmung hatte 63237:17900 für ihren Plan bei 124616 verschickten Stimmzetteln ergeben. Zwei weitere Gewerkschaften hatten sich bereits auf Verhandlungen eingelassen.

Belgische Textilarbeiter gegen Betriebsschließungen

acm. Seit geraumer Zeit führen die Arbeiter der Textilfabrik Fabelta nahe Brüssel den Kampf gegen Entlassungen. Jetzt soll die größte noch erhaltene Abteilung, die Acrylfaser-Herstellung, stillgelegt und 450 der noch verbliebenen 575 Arbeiter sollen entlassen werden. – In der Textilindustrie ist in den letzten Jahren die Zahl der Arbeiter um 35% gesenkt worden, weitere 40000 der noch vorhandenen 100000 sollen laut Brüsseler Wirtschaftsministerium in den nächsten Jahren fortfallen. Mittlerweile sind in Flandern und Wallonien zehn von hundert Erwerbspersonen arbeitslos. – Arbeiter von Fabelta haben jetzt die Zimmer der Unternehmensleitung besetzt und wollen die Regierung durch Hungerstreik zu konkreten Zusagen bringen. Der Sprecher der Arbeiter: ,,Wir schlagen uns hier für die Jugend der Region, die sonst keine Perspektive hat.''

Strafandrohung gegen Steinkühler

acm. Einen Strafbefehl über 5250 DM hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen den nordwürttembergischen IG Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler beantragt, weil er einen Arbeitsrichter beleidigt haben soll, indem er dessen Urteil gegen einen Arbeiter als ,,Schandurteil'' dargestellt hat. Der Arbeitsrichter Leser aus Karlsruhe hatte die Entlassung eines Arbeiters gerechtfertigt, weil dieser sich beim Gewerbeaufsichtsamt wegen unzumutbarer Bedingungen an seinem Arbeitsplatz – Kunststoffschweißen – beschwert hatte. Daraufhin hatte ihn der Kapitalist entlassen mit der Begründung, er habe betriebsinterne Dinge nach außen getragen. Dem Arbeiter wurde im Urteil von dem Gericht vorgeworfen, er habe seine Treuepflicht gegenüber seinem Kapitalisten verletzt. Der zuständige Gewerkschaftssekretär Schering hatte das Urteil als ,,Schandurteil'' bezeichnet, worauf derselbe Arbeitsrichter Anzeige erstattete und Schering wegen Beleidigung zu 750 DM Geldstrafe verurteilt wurde. Die IG Metall hatte daraufhin Aktionen gegen das Urteil durchgeführt – 140 Briefe gingen bei dem Arbeitsrichter ein – und hatte das ,,Schandurteil'' in den IG Metall-Nachrichten nochmals angegriffen. Das Flugblatt war dem Arbeitsrichter zugeschickt worden, daraufhin erstattete dieser wiederum Anzeige gegen den presserechtlich Verantwortlichen der IG Metall-Nachrichten, Steinkühler. Deshalb die Strafandrohung. – Das Amtsgericht Stuttgart hat jedoch noch keinen Strafbefehl erlassen, sondern für den 25. Februar die Hauptverhandlung angesetzt. Gleichermaßen gegen die Strafandrohung wie die früheren Urteile wird man angehen müssen.



Das südafrikanische Kolonialregime hat die beiden Zeitungen, die für die azanischen Volksmassen in englischer Sprache erscheinen, The Post und The Sunday Post, verboten. Die Entscheidung der Botha-Regierung hat scharfe Proteste sowohl innerhalb wie außerhalb Südafrikas hervorgerufen, unter anderem von Seiten der südafrikanischen Journalistenunion. Mehrere Zeitungen, die sowohl in der Siedlersprache, Afrikaans, als auch auf Englisch erscheinen, haben sich mit den beiden azanischen Zeitungen solidarisch erklärt.

Dänische Gewerkschaften unterstützen Befreiungskämpfe

bag. Die Mitgliederzeitschrift des Dänischen Gewerkschaftsbundes (LO-Bladet) enthielt am 16.1.1981 folgende Meldung: ,,Der Solidaritätsfonds der Arbeiterbewegung hat der Partei ZANU in Zimbabwe 50000 Kronen überwiesen. Das Geld wird zum Kauf von neuem Inventar für das Parteibüro verwendet werden. Außerdem hat der Solidaritätsfond 30000 Kronen für die Befreiungsorganisation SWAPO in Namibia und 25000 Kronen für die Movimento Nacional Revolucionario in El Salvador bewilligt. Schließlich wurden 10000 Kronen an die MIR in Bolivien bewilligt, deren Vorsitzender, der rechtmäßig gewählte Vizepräsident des Landes, Jaime Paz Gast der dänischen Sozialdemokratischen Partei war.''

Baukapitalisten erheben Einspruch gegen Rahmentarif

dog. Die Kapitalisten des Baugewerbes haben gegen den zwischen ihnen und der IG Bau Steine Erden vereinbarten neuen Bundesrahmentarifvertrag Einspruch erhoben. Die Erklärungsfrist war bis zum 20. Januar verlängert worden. (s.a. KVZ 4/81) Die Große Tarifkommission der IG BSE ist am Freitag zusammengetreten und hat die Einleitung des Schlichtungsverfahrens beantragt. – Der erste Termin für die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen für die Beschäftigten im Baugewerbe ist auf den 4. Februar festgelegt worden. Die Tarife laufen zum 31.3.1981 aus.

Frauenarbeitsschutz und Beschäftigungsverbote – Diskriminierung oder notwendiger Schutz?

Die Kapitalisten entdecken ihr Herz für die Gleichberechtigung und verlangen die Aufhebung besonderer Schutzbestimmungen für Frauen. Die Frauen-Enquete der Bundesregierung konstatiert Beschäftigungsnachteile. Für die Notwendigkeit der Abschaffung der Schichtarbeit, nicht nur für Frauen, sind keine weiteren Gutachten nötig.

dog. Auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Schmidt (Kempten) hat Anke Fuchs, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, im Dezember bestätigt, daß die Bundesregierung weitere Bestimmungen des Frauenarbeitsschutzes u.a. auch die Beschäftigungsverbote für Frauen auf Baustellen durch neue Bestimmungen ersetzen will. Insbesondere die Kapitalisten des Baugewerbes haben sich in der Vergangenheit als lebhafte Fürsprecher der weiblichen Gleichberechtigung stark gemacht und die Aufhebung der noch bestehenden Beschäftigungsverbote für Frauen gefordert. Im Februar 1980 hatten sich die zuständigen Länderminister und das Bundesministerium für Arbeit auf eine Neuregelung geeinigt, die jetzt auch Mädchen Zugang zu Berufen des Bauausbaugewerbes ermöglicht wie z.B. Maler, Glaser, Tischler, Installateur. Die Kapitalisten verlangen, daß die Beschränkungen auch für die Berufe wie Maurer, Stukkateur, Zimmermann oder Betonbauer beseitigt werden. Und die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft stellt in ihrem Bericht fest, daß die weitreichenden Schutzbestimmungen für die weibliche Arbeitskraft an erster Stelle stehen bei den Gründen, die für die höhere Arbeitslosenquote der Frauen verantwortlich gemacht werden.

Frauenarbeitsschutz seit 1878

Als 1878 die ersten Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen im Deutschen Reich in Kraft traten, waren 17% aller Beschäftigten Frauen. In manchen Industriezweigen stellten sie den übergroßen Anteil, in der Weberei und Spinnerei z.B. In der Tabakindustrie stellten sie 43%, Weißnäherei und Putzmacherei beschäftigten fast ausschließlich weibliche Arbeitskräfte. Von seiten der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag war neben den Arbeitsschutzbestimmungen vor allem eine gesetzliche Begrenzung des Maximalarbeitstages gefordert worden. Aber die ersten Regelungen galten dem sittlich-moralischen Schutz der weiblichen Arbeitskraft. Die Tabakfabrikanten mußten getrennte Umkleide- und Waschräume für die Arbeiter und Arbeiterinnen einrichten. Die Beschäftigung von Frauen in Bergwerken und Gruben unter Tage wurde verboten, in Walz- und

mann oder Betonbauer beseitigt werden. Und die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft stellt in ihrem Bericht fest, daß die weitreichenden Schutzbestimmungen für die weibliche Arbeitskraft an erster Stelle stehen bei den Gründen, die für die höhere Arbeitslosenquote der Frauen verantwortlich gemacht werden.

Frauenarbeitsschutz seit 1878

Als 1878 die ersten Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen im Deutschen Reich in Kraft traten, waren 17% aller Beschäftigten Frauen. In manchen Industriezweigen stellten sie den übergroßen Anteil, in der Weberei und Spinnerei z.B. In der Tabakindustrie stellten sie 43%, Weißnäherei und Putzmacherei beschäftigten fast ausschließlich weibliche Arbeitskräfte. Von seiten der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag war neben den Arbeitsschutzbestimmungen vor allem eine gesetzliche Begrenzung des Maximalarbeitstages gefordert worden. Aber die ersten Regelungen galten dem sittlich-moralischen Schutz der weiblichen Arbeitskraft. Die Tabakfabrikanten mußten getrennte Umkleide- und Waschräume für die Arbeiter und Arbeiterinnen einrichten. Die Beschäftigung von Frauen in Bergwerken und Gruben unter Tage wurde verboten, in Walz- und

Hammerwerken sowie bei der Herstellung von Bleizucker und Bleifarben besonderen Beschränkungen unterworfen. Die Beschäftigung von Frauen als Lastträgerinnen auf Hochbauten und auf Bauhöfen sollte unterbunden werden.

Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen

1884 schrieb ein sächsischer Aufsichtsbeamter gegenüber den zunehmenden Bestrebungen der Kapitalisten, die Nachtarbeit auszudehnen: „Das Aufhören der Nachtarbeit und somit auch die Beschäftigung von Arbeiterinnen zur Nachtarbeit würde man überall, sofern es allgemein eingeführt würde, mit Freuden begrüßen. Es dürfte aber zweckmäßig sein, ein diesbezügliches Verbot bald zu erlassen, damit die auch durch die elektrische Beleuchtung begünstigte Nachtarbeit nicht erst so umfänglich werde, daß ihre Beschränkung auf Schwierigkeiten und Widerspruch stieße."

Das 1891 vom Reichstag verabschiedete Gesetz verbot die Nachtarbeit für Arbeiterinnen, setzte die Höchstarbeitszeit auf 11 Stunden täglich fest und regelte die Pausen. An Wochentagen vor Sonn- oder Feiertagen durften die Frauen nicht länger als zehn Stunden beschäftigt werden. Damit sollte eine Erleichterung insbesondere für die verheirateten Frauen erreicht werden, die Kinder zu versorgen hatten. Es war durchaus üblich, daß die Frauen ihre zwei- und dreijährigen Kinder mit in die Spinnereien oder Webereien brachten. Alle Gesetze waren sogenannte Fabrikgesetze, d.h. ihr Wirkungsbereich beschränkte sich auf die von den staatlichen Aufsichtsbeamten als „Fabriken" definierten Werkstätten. Erst 1908 wurde durch eine Änderung der Gewerbeordnung der Geltungsbereich des Frauenarbeitsschutzes auf alle 10- und Mehr-Arbeiter-Betriebe ausgedehnt. 1934 wurden die verschiedenen Schutzbestimmungen zusammengefaßt, 1938 der Geltungsbereich auf alle weiblichen Arbeiter und Angestellten ausgedehnt.

Wesentliche gültige Sonderbestimmungen für Frauen

Folgende Regelungen sind augenblicklich in Kraft:

– Beschäftigungsverbot für Frauen in Bergwerken, Salinen und Gruben unter Tage und für verschiedene Tätigkeiten (Förderung, Transport) über Tage (§ 16 der Arbeitszeitordnung).

– Frauen dürfen nicht bei Betriebsarbeiten in Hochofen- und Stahlwerken beschäftigt werden (Nr. 20 Abs. 1 der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung).

– Frauen dürfen nicht mit eigentlichen Betriebsarbeiten und nicht mit der Beförderung von Roh- und Werkstoffen auf Baustellen beschäftigt werden (§ 16 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung). Als eigentliche Betriebsarbeiten haben die Länderminister und das Bundesministerium für Arbeit Bauarbeiten im Hoch- und Tiefbau, Aufräum- und Abbrucharbeiten sowie die Wartung und Führung von Maschinen definiert.

– In der Binnen- und Seeschiffahrt dürfen Frauen nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, die ihre körperlichen Kräfte übersteigen.

– Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen für die Zeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr kann in Mehr-Schicht-Betrieben bis 23 Uhr ausgedehnt werden. Für eine Vielzahl von Bereichen sind Ausnahmen festgelegt, darüber hinaus können die Kapitalisten bei den Gewerbeaufsichtsämtern Sondergenehmigungen beantragen.

– Nach § 18 AZO sind Ruhepausen für Arbeiterinnen festgelegt: Bei einer Arbeitszeit von viereinhalb bis sechs Stunden müssen die Ruhepausen mindestens 20 Minuten betragen, bei einer Arbeitszeit zwischen sechs und acht Stunden eine halbe Stunde, bei acht bis neun Stunden eine dreiviertel Stunde. Als Ruhepausen gelten nur Arbeitsun-

Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung).

– Frauen dürfen nicht mit eigentlichen Betriebsarbeiten und nicht mit der Beförderung von Roh- und Werkstoffen auf Baustellen beschäftigt werden (§ 16 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung). Als eigentliche Betriebsarbeiten haben die Länderminister und das Bundesministerium für Arbeit Bauarbeiten im Hoch- und Tiefbau, Aufräum- und Abbrucharbeiten sowie die Wartung und Führung von Maschinen definiert.

– In der Binnen- und Seeschiffahrt dürfen Frauen nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, die ihre körperlichen Kräfte übersteigen.

– Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen für die Zeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr kann in Mehr-Schicht-Betrieben bis 23 Uhr ausgedehnt werden. Für eine Vielzahl von Bereichen sind Ausnahmen festgelegt, darüber hinaus können die Kapitalisten bei den Gewerbeaufsichtsämtern Sondergenehmigungen beantragen.

– Nach § 18 AZO sind Ruhepausen für Arbeiterinnen festgelegt: Bei einer Arbeitszeit von viereinhalb bis sechs Stunden müssen die Ruhepausen mindestens 20 Minuten betragen, bei einer Arbeitszeit zwischen sechs und acht Stunden eine halbe Stunde, bei acht bis neun Stunden eine dreiviertel Stunde. Als Ruhepausen gelten nur Arbeitsun-

terbrechungen mit einer Mindestdauer von 15 Minuten. Frauen dürfen mit Vor- und Abschlußarbeiten nicht länger als eine Stunde beschäftigt werden (§ 5 AZO), bei Mehrarbeit ist die tägliche Arbeitszeit für die Frauen auf 10 Stunden begrenzt (§ 17 Abs. 2 AZO).

– Die Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen ist seit 1971 nicht mehr verboten. Voraussetzung ist aber eine ärztliche Bescheinigung, wie auch während der Beschäftigung Kontrolluntersuchungen vorgeschrieben sind. Die Fahrzeuge müssen erschütterungsarm und mit körpergerechten Sitzen ausgestattet sein.

– Besondere Schutzbestimmungen für Frauen gelten bei der Beschäftigung mit Röntgen- und ionisierenden Strahlen wie auch bei der Bleiverarbeitung.

Einheitliche Regelungen im Arbeitsschutz!

Von der körperlichen Konstitution her sind Frauen für bestimmte Arbeiten weniger geeignet als Männer. Sie haben durchschnittlich 30 bis 35% weniger Muskelkraft, die Leistungsfähigkeit des Herz-Kreislauf-Systems ist geringer als beim Durchschnitt der Männer, und ihr Atemvolumen umfaßt durchschnittlich nur zwei Drittel des Atemvolumens der Männer. Sie haben, bezogen auf die Körpergröße, kleinere und weniger leistungsfähige Lungen, so daß die Inhalation lungengängiger Staubteile unter Tage z.B. die Lungenfunktion der Frau im Durchschnitt mehr als beim Mann einschränkt. Heben und Tragen schwerer Lasten können bei Frauen wegen der anatomischen Gestaltung des Beckenbodens zu Gebärmuttersenkungen führen. Von daher ist z.B. die Beschränkung der Lasten, die Frauen regelmäßig bewegen dürfen, unbedingt notwendig. In der Hauptsache wird es aber darauf ankommen, bestimmte Schutzbestimmungen für die ganze Arbeiterklasse durchzusetzen. Dabei kann z.B. die Regelung, daß Frauen weniger zu Überstunden als die Männer verpflichtet werden können, unter dem Gesichtspunkt der Forderung nach Verbot der Überstunden durchaus als günstige Voraussetzung gesehen werden.

Von seiten der Kapitalisten werden die besonderen Schutzbestimmungen für die Frauen als Beschäftigungshemmnisse, die den Frauen den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt versperren, bezeichnet. Die „Fortschrittlichkeit" ihrer Argumente besteht in der Forderung nach gleichen Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeitskraft. Für die Arbeiterbewegung ein Grund mehr, für einheitliche Schutzbestimmungen zu kämpfen, die den Verschleiß der Arbeitskraft einschränken.

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann (SPD) hat die Erstellung eines Gutachtens angekündigt, das die Beschäftigungsverbote für Frauen auf Baustellen überprüfen soll. Die IG Bau hat sich gegen eine ersatzlose Streichung gewandt und auf die Ergebnisse der Untersuchungen der Berufsgenossenschaft hingewiesen: Danach leiden 52,3% der Stukkateure und Verputzer, 59,2% der Fliesenleger und 63,2% der Estrichleger an dauernden Rückenschmerzen. Der Anteil der Verschleißkrankheiten ist im Baugewerbe hoch. Das spricht für weitere Schutzrechte, nicht für die Aufhebung bestehender.

Auch bei dem Nachtarbeitsverbot für Frauen geht es ja nicht darum, die besondere Schädlichkeit der Schichtarbeit für den weiblichen Organismus nachzuweisen. Über die Wirkungen der Schichtarbeit sind ausreichende Untersuchungen vorhanden, für ein gesetzliches Verbot der Nachtschicht sind weitere Gutachten wirklich nicht erforderlich. Ein Verbot der Nachtschichtarbeit würde allen Lohnabhängigen nützen und wäre auch ein günstiger Beitrag für die Gleichberechtigung der Frau.

Schutzbestimmungen zu kämpfen, die den Verschleiß der Arbeitskraft einschränken.

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann (SPD) hat die Erstellung eines Gutachtens angekündigt, das die Beschäftigungsverbote für Frauen auf Baustellen überprüfen soll. Die IG Bau hat sich gegen eine ersatzlose Streichung gewandt und auf die Ergebnisse der Untersuchungen der Berufsgenossenschaft hingewiesen: Danach leiden 52,3% der Stukkateure und Verputzer, 59,2% der Fliesenleger und 63,2% der Estrichleger an dauernden Rückenschmerzen. Der Anteil der Verschleißkrankheiten ist im Baugewerbe hoch. Das spricht für weitere Schutzrechte, nicht für die Aufhebung bestehender.

Auch bei dem Nachtarbeitsverbot für Frauen geht es ja nicht darum, die besondere Schädlichkeit der Schichtarbeit für den weiblichen Organismus nachzuweisen. Über die Wirkungen der Schichtarbeit sind ausreichende Untersuchungen vorhanden, für ein gesetzliches Verbot der Nachtschicht sind weitere Gutachten wirklich nicht erforderlich. Ein Verbot der Nachtschichtarbeit würde allen Lohnabhängigen nützen und wäre auch ein günstiger Beitrag für die Gleichberechtigung der Frau.



„Geringe körperliche Belastung", „einfache Arbeiten", „kurze Unterweisung" und „geringe Sachkenntnis" lauten die Begriffe, mit denen die Tätigkeiten in der Lohngruppe 2 in der Metallindustrie beschrieben werden. In den sogenannten „Leichtlohngruppen" sind fast ausschließlich Frauen eingestuft. Mit Aktionen auf betrieblicher Ebene und Gerichtsverfahren versuchen die Gewerkschaften, die Forderungen nach Abschaffung der unteren Lohngruppen und nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit durchzusetzen. In der Metallindustrie Schleswig-Holsteins verhandelt die IGM über die Abschaffung der Lohngruppe 2. Nach ersten



ergebnislosen Verhandlungen fand am 15.1. in Neumünster eine Veranstaltung mit mehr als 1500 Teilnehmern statt. Auf der Veranstaltung wurde ein Musterarbeitsplatz der Lohngruppe 2 vorgeführt, an dem in einem norddeutschen Betrieb Funkenkammern in einen Motorschutzschalter eingebaut werden. Die Vorgabezeit für 100 Schalter beträgt 131 Minuten. Die zweite Verhandlungsrunde am 21.1. verlief ebenfalls ergebnislos. Die Verhandlungskommission der IGM hat empfohlen, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären.





ergebnislosen Verhandlungen fand am 15.1. in Neumünster eine Veranstaltung mit mehr als 1500 Teilnehmern statt. Auf der Veranstaltung wurde ein Musterarbeitsplatz der Lohngruppe 2 vorgeführt, an dem in einem norddeutschen Betrieb Funkenkammern in einen Motorschutzschalter eingebaut werden. Die Vorgabezeit für 100 Schalter beträgt 131 Minuten. Die zweite Verhandlungsrunde am 21.1. verlief ebenfalls ergebnislos. Die Verhandlungskommission der IGM hat empfohlen, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären.



Frauenarbeitslosigkeit – auf gleichbleibend hohem Stand

dok. In den monatlichen Presseinformationen, die von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegeben werden, ist für den Monat Dezember eine Frauenarbeitslosenquote von 6,0% ausgewiesen (Dez. '79 = 2,9%). Bei den Männern liegt die Quote bei 4,1% (Dez. '79 = 2,9%). An dem nebenstehenden Schaubild wird deutlich, daß die Zahl der arbeitslosen Frauen 1977 bereits die der arbeitslosen Männer übersteigt. 1978 waren in der BRD 10,159 Millionen Frauen und 26,952 Millionen Männer erwerbstätig. Dieses Verhältnis zugrunde gelegt, ist die Zahl der arbeitslosen Frauen überdurchschnittlich hoch.

Die in dem Schaubild ausgewiesenen Zahlen sind Jahresdurchschnittszahlen. Schaut man sich die *monatlichen* Schwankungen an, so zeigt sich, daß die Zahl der arbeitslosen Frauen relativ konstant ist, im Gegensatz zu den Schwankungen bei den arbeitslosen Männern. Aber auch an den Jahresdurchschnittszahlen wird deutlich, daß die Arbeitslosenquote bei Frauen konstant hoch ist und tendenziell steigt, die der Männer dagegen noch sinkt.

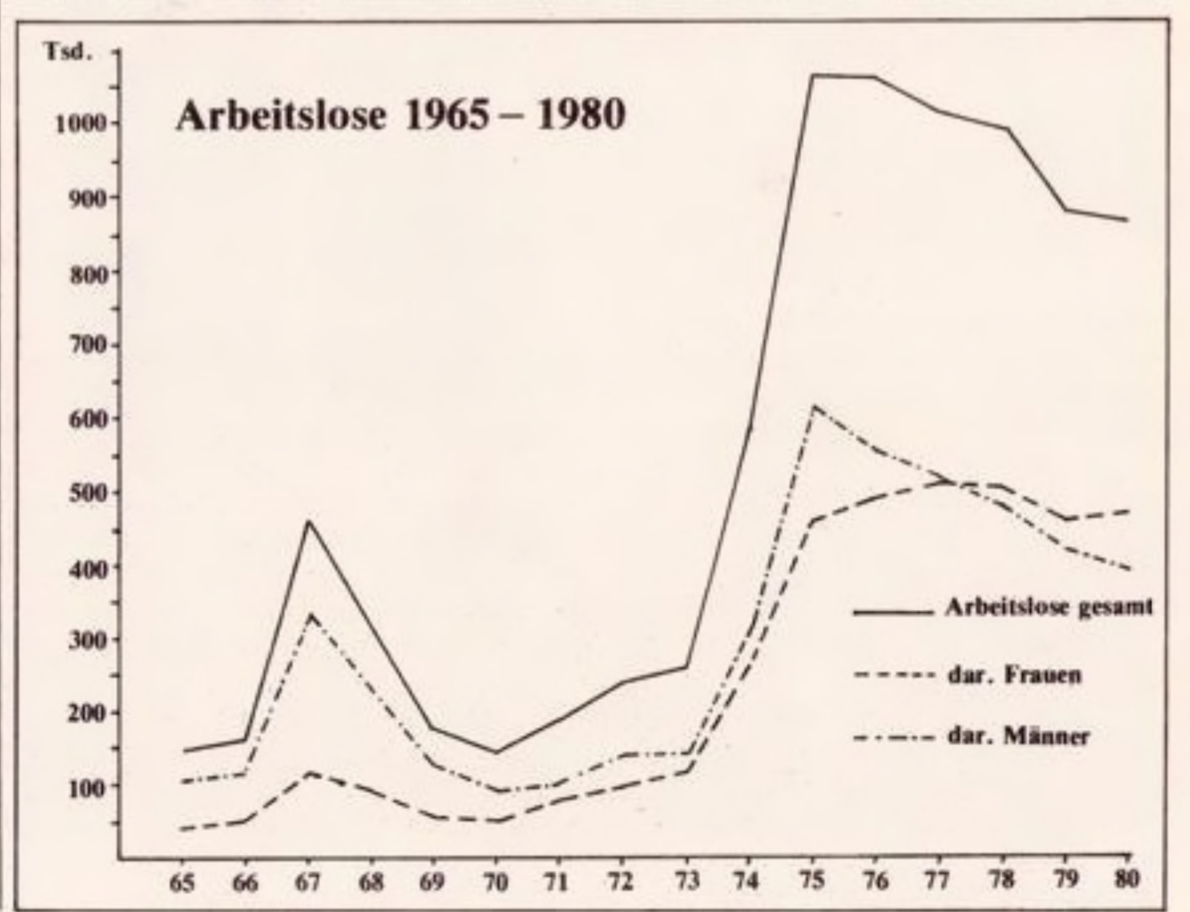
In den in der Tabelle aufgeführten ausgewählten Berufen sind die meisten Frauen arbeitslos. Allein 30% machen die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe sowie die Warenkaufleute aus. Bei den Männern ist die Streuung der Berufe wesentlich breiter.

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge

Arbeitslose Frauen nach ausgewählten Berufen

Jahr	Gesamt	Org./Verw. Büroberufe	Warenk.-leute	Textil- u. Bekleidg.	Sozial- u. Erziehgsber.	Gesundheitsdienstber.
1980	475019	100015	61847	25370	32639	26272
1979	459194	99069	59443	24055	24731	25789
1978	504116	127639*	74087	28418	24366	29397
1977	511941	137890*	74937	28558	21736	26938
1976	493825	126826	69212	26672	23368	27290
1975	451590	99423	54903	33874	10252	12985
1974	257796	49122	32243	28787	5098	7163
1973	123555	24193	14738	11554	2939	4065
1972	105815	17958	10322	8511	2076	2872
1971	84279	12160	7303	7871	1580	2078
1970	55947	8859	5683	5425	1233	1775
1969	53988	9589	6057	4261	1045	1747
1968	88331	14071	8913	8547	1172	1920

* jeweils Januar – Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge



Die Jugendarbeit und der Sinn der Strategiedebatte

Auseinandersetzung um die gewerkschaftliche Jugendarbeit Positionspapier des DGB / Das Oberurseler Papier





acm. ,,Wie insgesamt für politische Großorganisationen gilt auch für die Gewerkschaften des DGB, daß eine beachtliche Zahl von Jugendlichen solchen Organisationen mit kritischer Distanz begegnen. Da die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft vorrangig von ihrer Mitgliederstärke abhängt, bleibt es ständige Aufgabe gewerkschaftlicher Arbeit, die Interessen von Jugendlichen zu berücksichtigen, damit ihre Aktivität für sie zu bewahren und Jugendliche als Mitglieder zu werben'', so heißt es in einem Positionspapier des DGB-Bundesvorstandes. Dieses Papier vom Dezember 1980 soll die langjährige Auseinandersetzung um die gewerkschaftliche Jugendarbeit beenden; im März soll der Bundesausschuß des DGB eine Tagung darüber durchführen.

Die Feststellung, ,,daß eine beachtliche Zahl von Jugendlichen solchen Organisationen mit kritischer Distanz begegnen'', hat reale Grundlage. Auf der einen Seite hat sich die Zahl der jugendlichen Mitglieder in den Einzelgewerkschaften in den letzten Jahren erhöht, auf der anderen Seite hat es aber einen Rückgang in den gewerkschaftlichen Aktivitäten gegeben. Seit Beginn der siebziger Jahre hatte sich die gewerkschaftliche Jugendarbeit in einem Aufschwung entwickelt, war aber zugleich von Strömungen gekennzeichnet, die Kämpfe der Arbeiterjugend in Organisationsformen zu kanalisieren, um so die ungestüme Wucht der Bewegung – die schon getragen wurde vom Gedanken der Umwälzung der herrschenden Verhältnisse – auf die Reformbewegung der Sozialdemokratie zu lenken und an die Regierungspolitik der sozial-liberalen Koalition zu binden. Erhebliche ,,Linienkämpfe'' spielten sich nicht unbedingt ab um die Kampfaufgaben gegenüber den Kapitalisten und der Regierung, sondern um die *Strategie* der Gewerkschaftspolitik, vor allem auch im Bildungsbereich. Bis heute gibt es die Erscheinung, daß gewerkschaftliche Jugendarbeit sich konzentriert auf sogenannte ,Gremienarbeit', auf die Arbeit in Ortsjugendausschüssen der Einzelgewerkschaften oder die DGB-Kreisjugendausschüsse. Entscheidenden Anteil daran hat tatsächlich die Politik der DKP/SDAJ, die auf Besetzung von Positionen immer aus ist und darum jede Auseinandersetzung um die Entfaltung gewerkschaftlicher Praxis scheut.

Die Beschreibung solcher Zustände befindet sich im Jahre 1979 im ,,Oberurseler Papier'', verfaßt von Mitarbeitern der Bundesjugendschule des DGB in Oberursel: ,,Ist das Gremium erst erobert, dann wird mit Tod und Teufel paktiert, um ,nichtdogmatische' Linke, die die eingekehrte Friedhofsruhe mit Leben füllen könnten, sich und der Organisation vom Hals zu halten.'' Weiter enthält es eine Kritik an den starren, durch differenzierte Leitfäden gekennzeichneten Schulungen, die nicht genügend mit der Lage der Jugend und der Praxis verbunden seien.

Die Herausgabe des Papiers führt zum Eklat. Und zwar in zweifacher Weise. Zum einen beginnt ein Streit um die ,,Unterwanderung der Gewerkschaften durch die Kommunisten'', in dem Einzelgewerkschaften verschiedene Fronten einnehmen: Unterwanderung ja, oder ,,Kampgane der Rechten''. In diese Zeit fällt auch die CSU-Propaganda gegen die Einheitsgewerkschaften. Zum anderen steht hinter dem Eklat die Frage: soll in der Bildungsarbeit der ,,Leitfadenansatz'' oder der ,,Erfahrungsansatz'' richtungsweisend sein. – Preiss und Benz vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall bestehen auf dem ,,Leitfadenansatz''. In einem Papier an den geschäftsführenden Vorstand des DGB vom 27.9.1979 legen sie ihre Position dar:

,,3. Die 10. ordentliche Bundesjugendkonferenz des DGB formuliert in ihrem Antrag zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit: ,Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist Zweckbildung, Bildung darf nicht ,an und für sich' betrieben werden, sondern sie muß einen Zweck erfüllen. Somit müssen Ziele und Inhalte geplant werden.' Diese Position wird vom Haus der Gewerkschaftsjugend (gemeint ist Oberursel, d. Verf.) abgelehnt. Sie vertreten die Meinung, daß eine Bildungsarbeit unreglementiert, unkontrolliert und somit nicht geplant praktiziert werden muß. 4. Das Haus der Gewerkschaftsjugend stellt in seinen Materialien zur Seminargestaltung des Funktionsträgers-I-Seminars fest, daß es zukünftig verstärkt darauf ankommt, eine Bildungsarbeit zu betreiben, die sich auf eine Massenmobilisierung in ihrer Zielsetzung konzentriert. Sie stellen darüber hinaus fest, daß in den meisten Bildungskonzeptionen der Einzelgewerkschaften diese Politik der Massenmobilisierung nicht gewollt ist, da in diesen Konzeptionen die Stärkung von Stellvertretern (Jugendvertretern, Betriebsratsmitgliedern, Vertrauensleuten, Ortsjugendausschüssen, Ortsverwaltungen) beschrieben ist.''

Man erkennt die unterschiedlichen Positionen. Aber treffen diese unterschiedlichen Positionen überhaupt das Problem? Wenn Preiss und Benz einen Mitarbeiter von Oberursel mit folgendem zitieren: ,, ,Die Frage nach notwendigen gewerkschaftlichen Strategien wird sich aber ohne eine Einschätzung der ökonomischen Ursachen der gegenwärtigen Situation nicht beantworten lassen.' Zu Krisenerklärung zieht er die Überproduktionstheorie heran'', so trifft das mehr den Kern des Problems als ,,Leitfadenansatz'' kontra ,,Erfahrungsansatz''. In dem sich weiter entwickelnden Krach in der gesamten Jugendarbeit innerhalb und unterhalb der Einzelgewerkschaften und des DGB werden die eigentlichen Grundlagen für die Klärung der Aufgaben der Arbeiterjugend faktisch durch Extrempositionen überdeckt. Dokumente zur Jugend- und Bildungsarbeit vom Gewerkschaftstag der IGM-Jugend im April 1980 belegen das: In der Entschließung B 2 ,,Gewerkschaftliche Jugendarbeit'' heißt es z.B.: Die ... ,,formulierten Auffassungen der Mitarbeiter des Hauses der Gewerkschaftsjugend in Oberursel haben innergewerkschaftlich dazu beigetragen, keine Perspektiven für die erschwerte Jugendarbeit zu schaffen. Vielmehr ist in den letzten Jahren vom DGB und großen Teilen des Bundesjugendausschusses eher eine Desorientierung ausgegangen. Dabei wurden für die traditionellen Arbeits- und Aktionsfelder der Gewerkschaftsjugend nicht die Ziele, Aktionen und Maßnahmen beschrieben, sondern eine perspektivlose Strategiediskussion eröffnet und geführt.''

Demgegenüber wird aber eine Perspektive in den anderen Anträgen nicht gewiesen, außer daß Punkte aufgeführt werden: Reform der beruflichen Bildung, Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, Stärkung der betrieblichen Interessenvertretung, Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung (Anti-Kriegstag), Kampf gegen Abbau demokratischer Rechte. – Eine Analyse der Entwicklung des Kapitalismus, der Taten der Regierung, was aus den Reformversprechen bei Jugendarbeitsschutz- und -arbeitslosigkeit, beruflicher Bildung – alles Punkte, für die die Gewerkschaftsjugend noch vor vier bis fünf Jahren in größeren Demonstrationen und Aktionen eintrat – geworden ist, findet nicht statt. Das macht die entscheidende Schwäche der ,,Strategiedebatte'' aus. Sie kann nur überwunden werden, wenn die Interessen der Arbeiterjugend gegenüber der Sozialdemokratie in der Regierung und gegen die Reaktion formuliert werden. Dafür gibt es eine Bewegung innerhalb der Gewerkschaftsjugend, die sich mit den *Bedingungen* des Kampfes während der sich steigernden krisenhaften Entwicklung in der BRD beschäftigen muß, um die eigenen Hindernisse zu überwinden. Nur so könnte auch eine Debatte um das Positionspapier des DGB-Bundesvorstandes einen Sinn ergeben.

acm. In der Jugendbuch-Reihe Fi-
che Zahl von Jugendlichen solchen Organisationen mit kritischer Distanz begegnen'', hat reale Grundlage. Auf der einen Seite hat sich die Zahl der jugendlichen Mitglieder in den Einzelgewerkschaften in den letzten Jahren erhöht, auf der anderen Seite hat es aber einen Rückgang in den gewerkschaftlichen Aktivitäten gegeben. Seit Beginn der siebziger Jahre hatte sich die gewerkschaftliche Jugendarbeit in einem Aufschwung entwickelt, war aber zugleich von Strömungen gekennzeichnet, die Kämpfe der Arbeiterjugend in Organisationsformen zu kanalisieren, um so die ungestüme Wucht der Bewegung – die schon getragen wurde vom Gedanken der Umwälzung der herrschenden Verhältnisse – auf die Reformbewegung der Sozialdemokratie zu lenken und an die Regierungspolitik der sozial-liberalen Koalition zu binden. Erhebliche ,,Linienkämpfe'' spielten sich nicht unbedingt ab um die Kampfaufgaben gegenüber den Kapitalisten und der Regierung, sondern um die Strategie der Gewerkschaftspolitik, vor allem auch im Bildungsbereich. Bis heute gibt es die Erscheinung, daß gewerkschaftliche Jugendarbeit sich konzentriert auf sogenannte ,Gremienarbeit', auf die Arbeit in Ortsjugendausschüssen der Einzelgewerkschaften oder die DGB-Kreisjugendausschüsse. Entscheidenden Anteil daran hat tatsächlich die Politik
Nachrichten vom Zustand des Landes''
Weise. Zum einen beginnt ein Streit um die ,,Unterwanderung der Gewerkschaften durch die Kommunisten'', in dem Einzelgewerkschaften verschiedene Fronten einnehmen: Unterwanderung ja, oder ,,Kampgane der Rechten''. In diese Zeit fällt auch die CSU-Propaganda gegen die Einheitsgewerkschaften. Zum anderen steht hinter dem Eklat die Frage: soll in der Bildungsarbeit der ,,Leitfadenansatz'' oder der ,,Erfahrungsansatz'' richtungsweisend sein. – Preiss und Benz vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall bestehen auf dem ,,Leitfadenansatz''. In einem Papier an den geschäftsführenden Vorstand des DGB vom 27.9.1979 legen sie ihre Position dar:
,,3. Die 10. ordentliche Bundesjugendkonferenz des DGB formuliert in ihrem Antrag zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit: ,Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist Zweckbildung, Bildung darf nicht ,an und für sich' betrieben werden, sondern sie muß einen Zweck erfüllen. Somit müssen Ziele und Inhalte geplant werden.' Diese Position wird vom Haus der Gewerkschaftsjugend (gemeint ist Oberursel, d. Verf.) abgelehnt. Sie vertreten die Meinung, daß eine Bildungsarbeit unreglementiert, unkontrolliert und somit nicht geplant praktiziert werden muß. 4. Das Haus der Gewerkschaftsjugend stellt in seinen Materialien zur Seminargestaltung des Funktionsträgers-I-Seminars fest, daß es zukünftig verstärkt darauf ankommt, eine Bildungsarbeit zu betreiben, die sich auf eine Massenmobilisierung in ihrer Zielsetzung konzentriert. Sie stellen darüber hinaus fest, daß in den meisten Bildungskonzeptionen der Einzelgewerkschaften diese Politik der Massenmobilisierung nicht gewollt ist, da in diesen Konzeptionen die Stärkung von Stellvertretern (Jugendvertretern, Betriebsratsmitgliedern, Vertrauensleuten, Ortsjugendausschüssen, Ortsverwaltungen) beschrieben ist.''
Man erkennt die unterschiedlichen Positionen. Aber treffen diese unterschiedlichen Positionen überhaupt das Problem? Wenn Preiss und Benz einen Mitarbeiter von Oberursel mit folgendem zitieren: ,, ,Die Frage nach notwendigen gewerkschaftlichen Strategien wird sich aber ohne eine Einschätzung der ökonomischen Ursachen der gegenwärtigen Situation nicht beantworten lassen.' Zu Krisenerklärung zieht er die Überproduktionstheorie heran'', so trifft das mehr den Kern des Problems als ,,Leitfadenansatz'' kontra ,,Erfahrungsansatz''. In dem sich weiter entwickelnden Krach in der gesamten Jugendarbeit innerhalb und unterhalb der Einzelgewerkschaften und des DGB werden die eigentlichen Grundlagen für die Klärung der Aufgaben der Arbeiterjugend faktisch durch Extrempositionen überdeckt. Dokumente zur Jugend- und Bildungsarbeit vom Gewerkschaftstag der IGM-Jugend im April 1980 belegen das: In der Entschließung B 2 ,,Gewerkschaftliche Jugendarbeit'' heißt es z.B.: Die ... ,,formulierten Auffassungen der Mitarbeiter des Hauses der Gewerkschaftsjugend in Oberursel haben innergewerkschaftlich dazu beigetragen, keine Perspektiven für die erschwerte Jugendarbeit zu schaffen. Vielmehr ist in den letzten Jahren vom DGB und großen Teilen des Bundesjugendausschusses eher eine Desorientierung ausgegangen. Dabei wurden für die traditionellen Arbeits- und Aktionsfelder der Gewerkschaftsjugend nicht die Ziele, Aktionen und Maßnahmen beschrieben, sondern eine perspektivlose Strategiediskussion eröffnet und geführt.''
Demgegenüber wird aber eine Perspektive in den anderen Anträgen nicht gewiesen, außer daß Punkte aufgeführt werden: Reform der beruflichen Bildung, Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, Stärkung der betrieblichen Interessenvertretung, Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung (Anti-Kriegstag), Kampf gegen Abbau demokratischer Rechte. – Eine Analyse der Entwicklung des Kapitalismus, der Taten der Regierung, was aus den Reformversprechen bei Jugendarbeitsschutz- und -arbeitslosigkeit, beruflicher Bildung – alles Punkte, für die die Gewerkschaftsjugend noch vor vier bis fünf Jahren in größeren Demonstrationen und Aktionen eintrat – geworden ist, findet nicht statt. Das macht die entscheidende Schwäche der ,,Strategiedebatte'' aus. Sie kann nur überwunden werden, wenn die Interessen der Arbeiterjugend gegenüber der Sozialdemokratie in der Regierung und gegen die Reaktion formuliert werden. Dafür gibt es eine Bewegung innerhalb der Gewerkschaftsjugend, die sich mit den Bedingungen des Kampfes während der sich steigernden krisenhaften Entwicklung in der BRD beschäftigen muß, um die eigenen Hindernisse zu überwinden. Nur so könnte auch eine Debatte um das Positionspapier des DGB-Bundesvorstandes einen Sinn ergeben.
sofern, als sie seinen Klassenkampf be-

,,Nachrichten vom Zustand des Landes''
Vaterland, Heimat, Patriotismus

acm. In der Jugendbuch-Reihe *Fischer-Boot* ist im Januar das Buch ,,Nachrichten vom Zustand des Landes'' erschienen, das sich mit ,,bundesdeutschen Zuständen'' auseinandersetzt. Das umgreifende Thema beschreibt der Herausgeber mit dem Arbeitstitel: ,,Und dennoch lieben wir dieses Land ...'', was man auch der dokumentierten Einleitung entnehmen kann. Über 50 Kurzgeschichten, Aufsätze, Reden und Gedichte enthalten Gedanken über das Vaterland, Heimat, Patriotismus; Geschichte des Faschismus und Widerstands – dies vor allem im ersten Teil des Buches. Im zweiten eine schlaglichtartige Behandlung von Berufsverbot, Bundeswehr, menschlicher Einsamkeit, Stadtsanierung und Verkehrsplanung, staatlicher Unterdrückung, Rufmord usw. Die Aktualität liegt in verschiedenen Aufsätzen zur Frage des westdeutschen Vaterlandes, was mit Entwicklungen zusammentrifft, wo die Kultusminister den Geschichts- und Heimatkundeunterricht gerade wieder mit ,,Vaterländischem'' ausstatten wollen und auch das Absingen der Nationalhymne in den Schulen wieder obligat werden soll.

Der Herausgeber möchte die Herausbildung des ,,demokratischen Patriotismus'' mit dem Buch fördern. Der Autor R. Hey schreibt in seinem Aufsatz ,,Kennst Du jemand, der die BRD liebt?'' dem Herausgeber: ,,Ich halte es für gefährlich, Liebe für ein Land suggerieren zu wollen. Das verstärkt gleich den vaterländischen Qualm aus dem vorigen Jahrhundert ... Dabei verstehe ich Deine Absicht. Du willst die Emotionen nicht allein den Rechten überlassen.'' Aber geht es bei der Sache nur um Emotionen, ist es nicht möglich, eine sachliche Definition von Vaterland, Heimat und Patriotismus zu finden, handelt es sich nicht um Begriffe, die im Zusammenhang der Klassengesellschaft, der Entwicklung des Imperialismus betrachtet werden müssen? – M. Bosch, in einer Rede, sagt, nachdem er den Begriff Heimat erläutert entlang dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus und darlegt, daß der Proletarier ein anderes Verhältnis zu Vaterland und Heimat entwickelt als der feudale Bauer: ,,Noch immer ist Heimat, in ihrem emanzipatorischen Sinn, eine Hoffnung gewesen für die Erniedrigten und Beleidigten, für die Unterdrückten und Verfolgten, ... Als Bild war sie stets verknüpft mit einer neuen Welt, einer gerechten Gesellschaft der Gleichen und Freien ...'' Offensichtlich ist aber, daß dieses idealistische Bild auf die BRD nicht anwendbar ist, daß es ihr nicht entspricht. In seinem Aufsatz liegt das daran, daß Konsum und Wohlstand die Menschen vom Wesentlichen abhalten. Ganz anders dagegen P.-P. Zahl in ,,Die andauernde Ausbürgerung, Vaterländische Gedanken zu Staat und Gesellschaft in der BRD''. Nach allseitiger Beschreibung verkommenster Verhältnisse des Kapitalismus anhand der BRD (wobei am Ende immer folgt: ,,andere Länder auch'') betont er dann: ,,Aber nicht in dieser Massierung. Aber nicht mit der Penetranz. Aber nicht mit so bösen Traditionen. Aber nicht mit dieser tränenseligen Geschichtslosigkeit ... Nicht so rechthaberisch, so flinkzüngig verlogen, so vergeßlich, so ordentlich in der Unordnung, so brutal selbstgerecht. Nicht so abgefeimt, nicht so *typisch deutsch ... Mein ist / die Rede vom Vaterland. Das neide / mir keiner* (Hölderlin). Das *konnte* bislang keiner neiden – diese Sorte *Vaterland* kann nur zerstört werden. Tun wir's nicht, zerstört es uns alle. Diesmal endgültig.'' (Hervorhebungen durch den Autor).

Nachrichten vom Zustand des Landes

FISCHER BOOT

Hier zeichnet P.-P. Zahl Deutschland gerade als besonders verkommenes Land. Viele Autoren sehen nur die eine Seite, den moralischen Zustand in seinen negativen kapitalistischen Ausformungen. Die Widersprüchlichkeit von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften geht bei ihren Betrachtungen verloren: Es gibt keinen Fortschritt, auch die Technik ist *nur* Moloch, der die geistigen Potenzen der Menschen und Nation verschlingt. Häufig bleibt – der Schriftsteller, der Literat als Einzelkämpfer. Diese Betrachtungsweise ist einseitig. Folgende Aussage von Lenin ist in diesem Zusammenhang wohl richtig: ,,Zunächst einige Bemerkungen über den Patriotismus. Daß die ,Arbeiter kein Vaterland haben', steht wirklich im ,,Kommunistischen Manifest'.'' Das heißt nicht, ,,es sei dem Proletariat gleichgültig, in was für einem Vaterland es lebt: ob im monarchistischen Deutschland, im republikanischen Frankreich oder in der despotischen Türkei. Das Vaterland, d.h. das gegebene politische, kulturelle und soziale Milieu, ist der stärkste Faktor im Klassenkampf des Proletariats; ... Dem Proletariat können die politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen seines Kampfes nicht gleichgültig sein, folglich können ihm auch die Geschicke seines Landes nicht gleichgültig sein. Jedoch interessieren es diese Geschicke nur *insofern*, als sie seinen Klassenkampf betreffen, nicht aber kraft eines bürgerlichen, im Munde von Sozialdemokraten ganz unangebrachten ,Patriotismus'.'' (Werke, Bd. 15, S. 189/190) Dies legt klar, daß man auch in Westdeutschland von bestimmten Ergebnissen, auch positiven Grundlagen für die Entwicklung des Klassenkampfes ausgehen kann und muß.

Trotz Mängeln in der Analyse – im zweiten Teil insbesondere durch das Berufen auf das Grundgesetz und düstere Stimmungsbilder über die BRD – ist das Buch nützlich. Als Lesebuch in den Schulen könnte man es gut gebrauchen, gerade weil es den Streit um Lösungen geradezu provoziert. – Letztlich habe ich auch kaum eine karikierendere Geschichte gelesen als die der Prostituierten, die sich über ihre reichen Lüstlinge aus den Kapitalistenkreisen ausläßt, und das im Ruhrgebietsdialekt.

,,Auch der Arbeitstitel, mehr sollte er nicht sein, war schon gefunden: Und dennoch lieben wir dieses Land ...

Unterschiedliche, entgegengesetzte Positionen sollen eingebracht werden. Sie sollen bundesdeutsche Zustände einer strengen Kritik unterziehen, jedoch fern von Unwirklichkeiten. Voraussetzung zur Mitarbeit ist nicht das Treuebekenntnis für oder gegen das herrschende politisch-ökonomische System der Bundesrepublik. Allerdings ist die Herausbildung eines ,demokratischen Patriotismus', den Heinrich Heine so dringlich forderte, ein Anliegen ...

Ein hoher Anspruch vielleicht, und der demokratische Patriotismus *– so manchem mag ein solcher Gedanke unzeitgemäß ... vorgekommen sein.''*

Der Senat schiebt die Kürzungen hin und her, aber er *streicht*!

Einheitliche Frontstellung von GEW und ÖTV dagegen soll verhindert werden

thw. Der Hamburger Landesvorstand der GEW hat die Terminierung der Demonstration gegen die Bewirtschaftungsmaßnahmen, die eigentlich bereits für den 26.01. geplant war – dann aber verschoben wurde, erneut nicht beschlossen. Ursprünglich wurde sie verschoben, damit die Gewerkschaft der Polizei unter der Forderung nach mehr Planstellen sich auch beteiligen könnte. Dagegen hatte es unter den Lehrern erhebliche Proteste gegeben. Jetzt haben sich die Bedingungen für die Demonstration weiter verkompliziert. Der GEW-Vorstand hatte letzte Woche die anderen Gewerkschaften, die Studenten- und Schülervertretungen und den Landesjugendring zu Verhandlungen über eine gemeinsame Demonstration eingeladen. Nur die Studentenvertretungen waren daraufhin erschienen. Unter diesen Bedingungen wollten sie die Demonstration nicht durchführen.

Warum sind die anderen Gewerkschaften, insbesondere die ÖTV, nicht erschienen, obwohl es gerade im ganzen öffentlichen Dienst Hamburgs den Wunsch nach Maßnahmen gegen die Kürzungen gibt? Der Hamburger Senat macht eine totale Verwirr- und Spalterpolitik, um die Bewirtschaftungsmaßnahmen ohne große politische Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften durchzukriegen. Bei der Verkündung der Bewirtschaftungsmaßnahmen hatte es pauschal geheißen, 150 Millionen DM müssen an Sach- und Personalkosten gestrichen werden. Dann hagelte es Proteste; mit dunklen Andeutungen wurde von der Möglichkeit von Ausnahmen gesprochen – aber nichts konkretes. Als erstes tatsächliches Zugeständnis wurden 216 Lehrer eingestellt, allerdings bei Beibehaltung der anderen Kürzungen, über die wir in der KVZ bereits berichtet haben. Für die bürgerliche Presse waren damit die Schulprobleme gelöst.

Die neuen Daten beinhalten, daß die Sachausgaben um 110 Millionen DM gekürzt werden sollen, und die Personalausgaben um 30 - 40 Mio DM. Bei den Sachausgaben soll ein dicker Schlag gegen die Sozialleistungen der Behörde für Jugend, Arbeit und Soziales gelandet werden. Alleine 50 Mio will der Senat hier streichen. Damit die Gewerkschaften das schlucken, hat er einen Köder für die ÖTV ausgelegt. Sie würden auf die 5,4 Mio DM an Personaleinsparungen in diesem Bereich verzichten. Dafür aber wird die Gebührenfreiheit für den Kindergartenbesuch von 5-jährigen hinausgeschoben und die Elternbeiträge für die Kindergärten erhöht.

Weitere Kürzungen im Schulbereich: 1,2 Millionen DM werden für Lehrmittel, Bauunterhaltung und Zuschüsse zu Klassenreisen gestrichen. Die Neubesetzung von 140 Lehrerplanstellen – mit dem Haushaltsplan 1981 beschlossen – wird vom 1.3.81 auf den 1.8.81 verschoben.

Einheitliche Aktionen dagegen sind nötig und möglich! Das wird auch auf den Personalversammlungen des Amtes für Jugend und der Vereinigung der städtischen Kindertagesheime in dieser Woche zum Ausdruck gebracht werden, wie dazu die Aktionen der Betriebsgruppe arbeitsloser Lehrer in der GEW am 29./30.1. vor der Schulbehörde genutzt werden können.

Die Senatstätigkeit in den letzten Wochen ist nicht bei den rigiden Streichungen einseitig stehen geblieben. Der Senat hat mit seinem Beschluß zur Hafenerweiterung auch seine offene Hand gezeigt. 135 Millionen DM soll alleine die Vernichtung von Moorburg und Francop kosten. Edle Ziele verfolgt er damit: 100000 Arbeitsplätze seien dadurch gesichert. Senator Steinert: ,,Hamburg muß schnell und flexibel auf Wünsche nach Flächenvergabe reagieren können, sonst laufen wir Gefahr, daß neue Verfahren und Betriebe nicht für den Hafen gewonnen werden können und vorhandene sogar abwandern". Diese Seite der Senatspolitik, die unverminderte Fortführung der investiven Ausgaben, hat bei vielen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorständen Unterstützung – eben wegen der angeblichen Arbeitsplatzsicherung. Das wird ein wichtiger Grund ihrer Zurückhaltung mit Aktionen gegen den Senat sein. Einer Überprüfung der wirklichen Entwicklung der Arbeitsplätze in Hamburg hält diese Theorie allerdings nicht stand.

Die staatlichen Gesamtinvestitionen Hamburgs haben sich von 1950 bis 1978 auf 24,866 Milliarden DM aufgehäuft. 1978 z.B. haben sie 1,376 Milliarden DM betragen, das waren 14% der Gesamtausgaben des Hamburger Haushaltes. Diese Gesamtinvestitionen teilen sich auf in die ,,unmittelbaren Investitionen", die der Staat selbst durchführen läßt, bzw. durchführt, und in die ,,mittelbaren Investitionen", das sind die direkten Subventionen für die Kapitalisten. Die unmittelbaren Investitionen haben sich von 1950-1978 auf 16,110 Milliarden DM aufgehäuft, die mittelbaren Investitionen auf 8,756 Milliarden. 1978 betrugen diese offenen Subventionen 455 Millionen DM, das waren 5% der Gesamtausgaben. Arbeitsplätze haben diese Milliarden nicht gesichert, im Gegenteil: von 1961 (ab hier lagen Zahlen vor) bis 1977 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze von 1,049 Millionen auf 911,600 verringert. Hinter dieser Vernichtung von knapp 100000 Arbeitsplätzen steckt eine weit höhere Umwälzung des gesamten Arbeitskörpers: Im warenproduzierenden Gewerbe ist die Zahl der Arbeitsplätze von 407500 auf 266300 gesunken, im Handel und Verkehr von 339300 auf 298900. Im Bereich der Dienstleistungen dagegen ist die Zahl der Arbeitsplätze von 152700 auf 193300 gestiegen. Das sind die bedeutendsten Veränderungen.

Umstrukturierung Hamburgs zu einer Metropole der Banken und Versicherungen, sowie des schnellen Kapitalumschlags durch den Hafen war der eine Zweck der Investitionen, gleichzeitig haben die Kapitalisten heftig rationalisiert, um die Profite zu erhöhen. Die Freisetzung von Arbeitskraft, nicht die Arbeitsplatzsicherung ist das Ergebnis. Es wird diesmal nicht anders sein.

Senat beschloß Räumung von Moorburg und Francop-Ost

Rund 850 ha sollen für den weiteren Hafenausbau und Industrieansiedlung aufbereitet werden. 1250 Menschen würden vertrieben, 57 Bauernhöfe zerstört. Bis auf einige wenige restliche Flächen in Francop-West, Neuenfelde/Cranz und Finkenwerder wäre damit die 3. Meile – eines der besten Obstanbaugebiete – zerstört. Die noch verbleibenden Gebiete sind durch Luftverschmutzung stark gefährdet. Nach der im Senatsbeschluß vorgesehenen Entschädigung für die Moorburger und Francoper ist ihnen eine Umsiedlung ohne Verschuldung nicht möglich.

Protest gegen Krankenhausschließungen

Der Krankenhausbedarfsplan Schleswig-Holstein wird angegriffen

beb. Lübeck: Seitdem bekannt geworden ist, daß der Fortbestand des Agnes-Karll-Krankenhauses in Bad Schwartau und des Priwall-Krankenhauses in Lübeck durch den Ersatzneubau des Städtischen Krankenhauses gefährdet ist, gibt es wachsenden Protest gegen eine Schließung. Die Schwartauer Stadtverordnetenversammlung hat sich in einer Resolution für den Erhalt ausgesprochen und das mit einem Transparent bei der Grundsteinlegung für das neue Städt. Krankenhaus demonstriert.

Ministerpräsident Stoltenberg sah sich so bei der Grundsteinlegung genötigt, zu erklären, daß ,,im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Schleswig-Holstein keine Krankenhäuser geschlossen werden müßten" (zitiert nach ,,LN" vom 5.12.80). Damit versucht Stoltenberg zu vertuschen, was die Landesregierung im Krankenhausbedarfsplan selbst beschlossen hat. Zur Aufstellung solcher Bedarfspläne sind die Landesregierungen erstmals durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) der Bundesregierung von 1972 verpflichtet worden. Dort wird festgelegt, daß nur Krankenhäuser, die im Bedarfsplan aufgenommen sind, Bundes- und Landesmittel für Investitionen im baulichen und medizinisch-technischen Bereich erhalten. Bei den hier entstehenden enormen Kosten ist klar, daß eine Nichtaufnahme in den Krankenhausbedarfsplan unweigerlich auf eine Schließung hinausläuft, da von den Pflegesätzen diese Investitionen nicht zu finanzieren sind. Der erste Bedarfsplan der Landesregierung wurde 1973 beschlossen, der zweite 1979.

Gleichzeitig mit dem ersten Bedarfsplan hat die Landesregierung einen eigenen ,,Krankenhauszielplan" aufgestellt, der die langfristigen Zielvorstellungen der Regierung hinsichtlich der Krankenhausplanung umreißt. Nach diesem Zielplan sind für Lübeck z.B. langfristig nur noch drei (statt bislang sechs) Krankenhäuser vorgesehen: die Medizinische Hochschule als Landeszentralkrankenhaus mit 1400 Betten, das Städtische Krankenhaus als Regelkrankenhaus mit ca. 500 Betten und ein weiteres Krankenhaus in freier Trägerschaft mit etwa 300 Betten. Erster Schritt zur Verwirklichung dieser Zielrichtung ist konkret die Streichung von Agnes-Karll-Krankenhaus und Priwall-Krankenhaus aus dem Bedarfsplan ab Anfang 1984, wenn der Neubau des Städt. Krankenhauses bezugsfertig ist. Ein ähnlicher Konzentrationsprozeß ist im ganzen Land vorgesehen. In Lauenburg soll z.B. das Krankenhaus zugunsten eines größeren Ersatzneubaus in Geesthacht aufgelöst werden. Begründet wird dieser Konzentrationsprozeß damit, daß heute die Mindestgröße für ein modernes Krankenhaus eine Bettenzahl von etwa 300 sei. Dies deshalb, weil nur ab einer solchen Größenordnung verschiedene Fachabteilungen eingerichtet, eine ständige OP-Bereitschaft gewährleistet und die erforderliche Nachwuchsausbildung organisiert werden könnte. ,,Als langfristiges Ziel sind deshalb als allgemeine Krankenhäuser nur Häuser von dieser Leistungsstufe ab vorgesehen", heißt es dazu im Krankenhauszielplan, während das KHG als Mindestrichtzahl für eine Förderung noch die Zahl von 100 Betten festlegt.

Sicher ist richtig, daß die Einrichtung verschiedener Fachabteilungen von einer bestimmten Krankenhausgröße abhängt, wie auch eine umfassende Nachwuchsausbildung dies tut. Ebenso wird keiner dagegen sein, daß teure medizinische Geräte ökonomisch ausgelastet sein sollten. Daß daraus jesoch zwingend folgt, daß Krankenhäuser mit weniger als 300 Betten grundsätzlich aufzulösen seien, ist überhaupt nicht richtig. Für eine örtliche Mindestversorgung hat zum Beispiel ein Krankenhaus wie das Agnes-Karll-Krankenhaus mit seinen 98 Betten in einer Stadt von 20000 Einwohnern wie Bad Schwartau durchaus eine Berechtigung. Sicher sind dort verschiedene kompliziertere ärztliche Eingriffe nicht möglich und muß eine Überweisung z.B. an die MHL stattfinden. Aber das ist auch heute bereits der Fall und auch gar nicht der Streitpunkt. Streitpunkt ist, daß die Landesregierung über die Köpfe der betroffenen Gemeinden hinweg mit dem Hebel der Streichung der finanziellen Förderung einfach die Auflösung funktionierender Krankenhäuser verfügen und so eine örtliche gesundheitliche Mindestversorgung zugunsten einer zunehmenden Konzentration in einigen großen Städten immer mehr aushöhlen kann. Immer mehr Menschen werden so gezwungen, auch wegen einfacherer Eingriffe in entfernt liegende Krankenhäuser zu gehen mit allen Nachteilen, die das mit sich bringt (Unpersönlichkeit, lange Wege für Angehörigen- und Verwand tenbesuche etc.). Eine ältere Frau aus Schwartau drückte das in einem Leserbrief an die ,,LNG' so aus: ,,Hier (gemeint ist d)s Agnes-Karll-Krankenhausa wird man nicht zu einem kranken Niemand abgewertet".

Unvermeidlich wird auch in diesem Punkt die Frage der Rechte der Kommunen gegenüber der Zentralgewalt aufgeworfen. Laut KHG besitzen die Kommunen bei der Aufstellung der Krankenhausbedarfspläne nur ein Anhörungsrecht (§6), über die Aufnahme oder Nichtaufnahme eines Krankenhauses entscheidet allein die Landesregierung. Gegen diese Entscheidung steht zwar die Möglichkeit einer Verwaltungsklage offen (§8), wo die Gemeinde dann nachweisen müßte, daß das betreffende Krankenhaus ,,für die Versorgung der Bevölkerung auf Dauer erforderlich" ist, ein tatsächliches Entscheidungsrecht hat sie aber nicht.

Für die Reaktion ein unbequemes Wahlergebnis

tungsmaßnahmen ohne große politische Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften durchzukriegen. Bei der Verkündung der Bewirtschaftungsmaßnahmen hatte es pauschal geheißen, 150 Millionen DM müssen an Sach- und Personalkosten gestrichen werden. Dann hagelte es Proteste; mit dunklen Andeutungen wurde von der Möglichkeit von Ausnahmen gesprochen – aber nichts konkretes. Als erstes tatsächliches Zugeständnis wurden 216 Lehrer eingestellt, allerdings bei Beibehaltung der anderen Kürzungen, über die wir in der KVZ bereits berichtet haben. Für die bürgerliche Presse waren damit die Schulprobleme gelöst.

Die neuen Daten beinhalten, daß die Sachausgaben um 110 Millionen DM gekürzt werden sollen, und die Personalausgaben um 30 - 40 Mio DM. Bei den Sachausgaben soll ein dicker Schlag gegen die Sozialleistungen der Behörde für Jugend, Arbeit und Soziales gelandet werden. Alleine 50 Mio will der Senat hier streichen. Damit die Gewerkschaften das schlucken, hat er einen Köder für die ÖTV ausgelegt. Sie würden auf die 5,4 Mio DM an Personaleinsparungen in diesem Bereich verzichten. Dafür aber wird die Gebüh-

nert: ,,Hamburg muß schnell und flexibel auf Wünsche nach Flächenvergabe reagieren können, sonst laufen wir Gefahr, daß neue Verfahren und Betriebe nicht für den Hafen gewonnen werden können und vorhandene sogar abwandern". Diese Seite der Senatspolitik, die unverminderte Fortführung der investiven Ausgaben, hat bei vielen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorständen Unterstützung – eben wegen der angeblichen Arbeitsplatzsicherung. Das wird ein wichtiger Grund ihrer Zurückhaltung mit Aktionen gegen den Senat sein. Einer Überprüfung der wirklichen Entwicklung der Arbeitsplätze in Hamburg hält diese Theorie allerdings nicht stand.

Die staatlichen Gesamtinvestitionen Hamburgs haben sich von 1950 bis 1978 auf 24,866 Milliarden DM aufgehäuft. 1978 z.B. haben sie 1,376 Milliarden DM betragen, das waren 14% der Gesamtausgaben des Hamburger Haushaltes. Diese Gesamtinvestitionen teilen sich auf in die ,,unmittelbaren Investitionen", die der Staat selbst durchführen läßt, bzw. durchführt, und in die ,,mittelbaren Investitionen", das sind die direkten Subventionen für die Kapitalisten. Die

stitionen auf 8,756 Milliarden. 1978 betrugen diese offenen Subventionen 455 Millionen DM, das waren 5% der Gesamtausgaben. Arbeitsplätze haben diese Milliarden nicht gesichert, im Gegenteil: von 1961 (ab hier lagen Zahlen vor) bis 1977 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze von 1,049 Millionen auf 911,600 verringert. Hinter dieser Vernichtung von knapp 100000 Arbeitsplätzen steckt eine weit höhere Umwälzung des gesamten Arbeitskörpers: Im warenproduzierenden Gewerbe ist die Zahl der Arbeitsplätze von 407500 auf 266300 gesunken, im Handel und Verkehr von 339300 auf 298900. Im Bereich der Dienstleistungen dagegen ist die Zahl der Arbeitsplätze von 152700 auf 193300 gestiegen. Das sind die bedeutendsten Veränderungen.

Umstrukturierung Hamburgs zu einer Metropole der Banken und Versicherungen, sowie des schnellen Kapitalumschlags durch den Hafen war der eine Zweck der Investitionen, gleichzeitig haben die Kapitalisten heftig rationalisiert, um die Profite zu erhöhen. Die Freisetzung von Arbeitskraft, nicht die Arbeitsplatzsicherung ist das Ergebnis. Es wird diesmal nicht anders sein.

Protest gegen Krankenhausschließungen

Der Krankenhausbedarfsplan Schleswig-Holstein wird angegriffen

beb. Lübeck: Seitdem bekannt geworden ist, daß der Fortbestand des Agnes-Karll-Krankenhauses in Bad Schwartau und des Priwall-Krankenhauses in Lübeck durch den Ersatzneubau des Städtischen Krankenhauses gefährdet ist, gibt es wachsenden Protest gegen eine Schließung. Die Schwartauer Stadtverordnetenversammlung hat sich in einer Resolution für den Erhalt ausgesprochen und das mit einem Transparent bei der Grundsteinlegung für das neue Städt. Krankenhaus demonstriert.

Ministerpräsident Stoltenberg sah sich so bei der Grundsteinlegung genötigt, zu erklären, daß ,,im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Schleswig-Holstein keine Krankenhäuser geschlossen werden müßten" (zitiert nach ,,LN" vom 5.12.80). Damit versucht Stoltenberg zu vertuschen, was die Landesregierung im Krankenhausbedarfsplan selbst beschlossen hat. Zur Aufstellung solcher Bedarfspläne sind die Landesregierungen erstmals durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) der Bundesregierung von 1972 verpflichtet worden. Dort wird festgelegt, daß nur Kranken-

chen Größenordnung verschiedene Fachabteilungen eingerichtet, eine ständige OP-Bereitschaft gewährleistet und die erforderliche Nachwuchsausbildung organisiert werden könnte. ,,Als langfristiges Ziel sind deshalb als allgemeine Krankenhäuser nur Häuser von dieser Leistungsstufe ab vorgesehen", heißt es dazu im Krankenhauszielplan, während das KHG als Mindestrichtzahl für eine Förderung noch die Zahl von 100 Betten festlegt.

Sicher ist richtig, daß die Einrichtung verschiedener Fachabteilungen von einer bestimmten Krankenhausgröße abhängt, wie auch eine umfassende Nachwuchsausbildung dies tut. Ebenso wird keiner dagegen sein, daß teure medizinische Geräte ökonomisch ausgelastet sein sollten. Daß daraus jesoch zwingend folgt, daß Krankenhäuser mit weniger als 300 Betten grundsätzlich aufzulösen seien, ist überhaupt nicht richtig. Für eine örtliche Mindestversorgung hat zum Beispiel ein Krankenhaus wie das Agnes-Karll-Krankenhaus mit seinen 98 Betten in einer Stadt von 20000 Einwohnern wie

Für die Reaktion ein unbequemes Wahlergebnis

Studentenparlamentswahlen Kieler Universität / Stimmenzugewinn nur bei den Fachschaftsgruppen

ang. Am Mittwoch letzter Woche sind an der Kieler Universität die Studentenparlamentswahlen zu Ende gegangen. Zur Wahl gestanden hatten die Jungsozialisten, der RCDS (Studentenorganisation der CDU), die ,,Studenten für das Grundgesetz", eine rechtsliberale Vereinigung, der Liberale Hochschulverband (LHV), die DKP-Studenten und die Fachschaftsgruppenliste.

In das Studentenparlament sind hineingewählt worden: alle 7 Jusos, 2 Grundgesetzstudenten, 6 Mitglieder des RCDS und 6 Kandidaten der Fachschaftsgruppenliste. Das Präsidium der Kieler Universität hat gleich am Donnerstag unter dem Stichwort ,,Solidarität der Demokraten" zur Bildung einer großen Koalition aufgerufen. Die Grundgesetzstudenten haben öffentlich Schelte bekommen, daß sie sich vom RCDS getrennt haben. Der CDU-Professor und ,,Wahlexperte" Kaltefleiter macht die Rechnung auf, daß die beiden Organisationen zusammengenommen die Mehrheit gegenüber Jusos und LHV bekommen hätten, wobei der LHV tatsächlich aber weit abgeschlagen und mit keinem einzigen Kandidaten im StuPa vertreten ist. Ganz anders aber sieht die Rechnung aus, wenn man Jusos und Fachschaftsgruppenliste zusammennimmt.

Das Wahlergebnis ist für die Reaktion ausgesprochen unbequem. Nicht deshalb, weil die Jusos nicht mehrheitsfähig sind, sondern deshalb, weil die rechten Organisationen ebenfalls nicht mehrheitsfähig sind, und weil die einzigen, die bei diesen Wahlen überhaupt Stimmen gewonnen, statt verloren haben, die Fachschaftsgruppen sind.

Letztere haben erstmals seit mehreren Jahren wieder auf einer gemeinsamen Liste kandidiert. Während die Wahlbeteiligung insgesamt von 58% auf 54,6% gesunken ist und die besten Kandidaten der anderen Listen verglichen mit dem Vorjahr jeweils ca. 1000 Stimmen verloren haben, liegen die StuPa-Mitglieder aus den Fachschaftsgruppen bei und über 1200 Stimmen; im Vorjahr hatte die Fachschaftsgruppe Agrar z.B. demgegenüber 800, die Fachschaftsgruppe Biologie 650 Stimmen. Ein besonderer Erfolg ist, daß erstmals seit 1973 jetzt auch am Fachbereich Agrar die Fachschaftsgruppe mehrheitlich in die Fachschaft gewählt worden ist und die FOD (frei, offen, demokratisch), ungefähr vergleichbar mit den Grundgesetzstudenten, geschlagen hat.

Insgesamt haben sich damit die Anstrengungen der Fachschaftsgruppen bewährt, die politische Spaltung der Studentenbewegung entlang verschiedener Parteien zu überwinden zugunsten des gemeinsamen Kampfes für die elementaren Interessen nach Ausbildung, Verbesserung der Ausbildungsbedingungen, Lebensunterhalt und politischen Freiheiten.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß nach Aufspaltung ihres gemeinsamen Bündnisses der RCDS mehr Stimmen erhalten hat als die Grundgesetzstudenten, die sich von der Abtrennung wohl einen Wahlsieg ,,der Liberalen", ähnlich wie bei den Bundestagswahlen, erhofft hatten.

Einerseits bezieht diese Organisation ihre Stimmen von den besitzenden Studenten, die mit ihrer Liebe zum Privateigentum eng mit der CDU verwachsen sind. Andererseits spielt meiner Meinung nach aber auch die Entwicklung der Welt- und Innenpolitik der CDU, wie der SPD, eine Rolle. Wenn die CDU beispielsweise ihre volle Solidarität mit der polnischen Arbeiterbewegung bekundet, während sich bei der SPD noch immer nicht viel tut, wenn die Sozialimperialisten ihre Divisionen um Polen zusammenziehen, dann bleiben die Reaktionäre dabei gegenüber den Predigern der Entspannung allemal im Recht.

Das zeigt nur, wie notwendig es ist, daß die demokratische Bewegung in diesen Fragen eine selbständige Position entwickelt. Deshalb ist es auch gut, daß die Fachschaftsgruppen in den letzten Semestern Veranstaltungen durchgeführt haben zum Thema Polen, Afghanistan, Kriegsgefahr, und wenn sie das fortführen.

Was die AStA-Bildung anbetrifft, so kann ein starker und arbeitsfähiger AStA nur aus einer Koalition aus Jusos und Fachschaftsgruppen gebildet werden. Mit der Organisierung einer Aktionseinheit gegen die beschlossenen Stellen- und Mittelkürzungen an der Universität haben die Fachschaftsgruppen schon praktisch die Erfüllung der Aufgaben dieses AStA begonnen.



Am 17.12.80 demonstrierten ca. 400 Schüler aus sieben Fachschulen zum Kultusministerium. Tagsdrauf streikten Fachschüler in Kiel, Neumünster, Preetz, Mölln und Schleswig. Am 19.12.80 streikten auch Flensburger Fachschüler. (siehe Meldung)

Aktionen der IGM gegen 2,5%-Angebot

Bedeutung der Schiffbauindustrie beim Aufbau einer Kampffront

pes. Die Kapitalisten sind in Tarifverhandlungen im Nordverbund mit ihrem Angebot von 2,5% eingestiegen und erklärten die Mindestforderung der IGM von 125 DM für vollständig indiskutabel. Die Verhandlungen wurden unterbrochen, und ein neuer Termin ist noch nicht bekannt. Am 28. Februar läuft die Friedenspflicht aus. Von Seiten der Gewerkschaft wurde der Beginn der Verhandlungen begleitet von einigen Warnstreiks und einer Kundgebung von 1500 Metallern in der Neumünsteraner Holstenhalle für die Abschaffung der Lohngruppe zwei. Von Seiten der Arbeiterbewegung sind die Bedingungen in diesen Tarifverhandlungen nicht so schlecht. Die Versammlung in Neumünster hat gezeigt, daß einige Wirkung für die Forderung nach Abschaffung der LG2 durch die Kampagne der Gewerkschaft erreicht worden ist. Dies bedeutet eine wichtige Stützung der in dieser Tarifrunde so wichtigen Mindestforderung von 125 DM. Erklärtes Ziel der Kapitalisten ist es, einen Abschluß weit unter der Inflationsrate zustande zu bringen und gleichzeitig jede überproportionale Erhöhung der unteren Lohngruppen zu verhindern. Sie wissen um die Wirkung der Steigerung der industriellen Reservearmee in Verbindung mit dem weiteren Absinken der unteren Lohngruppen auf das Lohnniveau insgesamt, und so wird wahrscheinlich ohne Streik nichts zu erreichen sein.

Ein Streik in Bezirken des Nordverbunds ist im Gespräch, und die Bedingungen sind hier, verglichen mit anderen Tarifbezirken, nicht schlecht. Zum einen ist die Metallindustrie in diesem Gebiet stark konzentriert und arbeiten über 24% der in der Investitionsgüterindustrie Beschäftigten der BRD in diesem Tarifbezirk. Zum anderen ist die Metallindustrie in wichtigen Bereichen auf den Maschinenbau konzentriert, wo die Auftragslage noch besser ist als z.B. in der Elektroindustrie oder im Fahrzeugbau. Zum dritten kann die Schiffbauindustrie ein entscheidender Faktor werden. In Schleswig-Holstein sind 16% der Beschäftigten der Metallindustrie im Schiffbau tätig, davon allein die Hälfte bei HDW in Kiel. Der Wirtschaftszyklus der Werftindustrie unterscheidet sich von dem der anderen Industrie. Durch die langen Produktionszeiten und die zeitlich versetzte Abhängigkeit von den anderen Industriezweigen sind die Werften insgesamt bis 1982 ausgelastet und für das Jahr 1982 zur Hälfte. Bei einigen Werften, wie bei HDW, ist der Auftrags- und Beschäftigungsstand bis 1983 gesichert. Zwar ist in Schleswig-Holstein die Zahl der im Schiffbau beschäftigten Arbeiter um 400 gesunken, aber die geleisteten Arbeitsstunden waren am höchsten im Vergleich zu anderen Bereichen der Metallindustrie. Mit erheblichen Überstunden und der Anmietung von Arbeitern versuchen die Schiffbaukapitalisten, ihre Aufträge durchzuziehen. Seit der Schiffbaukrise 1973 haben die Kapitalisten durch ihr Rationalisierungs- und Investitionsprogramm erreicht, daß in wichtigen Bereichen der Produktion wieder erhebliche Profite gemacht werden. Die Zeit bis zum Ende der Friedenspflicht muß man nutzen, die Bedingungen eines Streiks zu debattieren, was die Widersprüche unter den Kapitalisten verschärfen wird.

Obstbauern im Alten Land ringen um ihre Existenz

Norddeutsche Obstbautage in Jork/ Demonstration im Februar geplant

are. Das „Alte Land" ist das größte zusammenhängende Obstanbaugebiet in Westdeutschland. Es erstreckt sich von Winsen bis nach Cuxhaven. Der Ausdruck „Altes Land" ist ungenau, weil damit nur ein Anbaubezirk im niederelbischen Obstanbaubezirk bezeichnet wird. Die einzelnen Landschaften sind Winsener Marsch, Altes Land, Land Kehdingen und Land Hadeln; die linken Nebenflüsse der Elbe bilden jeweils die Grenze, wobei das Alte Land noch in die I., II. und III. Meile eingeteilt wird. Über 80% des niedersächsischen Obstanbaues ist in diesem Gebiet konzentriert. Allein die Baumobstfläche beträgt gegenwärtig rund 13500 ha.

Die Fläche verteilt sich folgendermaßen:

Winsener Marsch	4,1%
III. Meile	*17,4%*
II. Meile	*27,3%*
I. Meile	*21,8%*
Altes Land ges.	66,5%
Kehdingen	16,9%
Hadeln	6,5%

Der Obstbau ist hier durch einen hohen Anteil spezialisierter Betriebe gekennzeichnet, die jeweils über 70% der Gesamteinnahmen aus diesem Produktionszweig ziehen, der Anteil liegt bei 50% und bewirtschaftet ca. 80% der Anbauflächen. Die 1972 zuletzt durchgeführte Strukturanalyse ergibt die folgende Verteilung der Betriebsgrößen im niedersächsischen Obstanbau:

unter 0,5 ha	24,5%
0,5 - 2,0 ha	33,6%
2,0 - 5,0 ha	15,6%
5,0 - 10,0 ha	13,3%
über 10,0 ha	13,0%

Der wissenschaftliche Beirat des Zentralverbandes Gartenbau, Bonn, sieht in einem Bericht „Aspekte des Strukturwandels im Gartenbau", 1975, für reine Baumobstbetriebe als Mindestgröße 10 bis 15 ha an. Danach wurde diese Fläche für notwendig gehalten, um einen Mindestumsatz von 76000 bis 114000 DM zu erzielen, der als Grundlage für ein ausreichendes Einkommen angesehen wird. Ausgehend von dieser Analyse reicht bei 87% der Betriebe die Flächenausstattung nicht aus, um einen Vollerwerbsbetrieb zu bewirtschaften. Die durchschnittliche Größe eines Obstbaubetriebes, der zu über 70% seiner Einnahmen aus dem Obstbau erzielt, liegt bei 4,8 ha.

Mit diesen Zahlen läßt sich schon ansatzweise die gegenwärtige Lage der Obstbauern aufzeigen. Bei den diesjährigen Norddeutschen Obstbautagen in Jork ging man davon aus, daß innerhalb der nächsten fünf Jahren mindestens 30% der Höfe aufgeben müssen. Auf einer Informationsveranstaltung des Bauernverbandes Hamburg im November letzten Jahres stellte der Vorstandsvorsitzende der Altländer Sparkasse fest, daß 70% der Obstbauern *unter* der steuerpflichtigen Einkommensgrenze liegen, noch vor drei Jahren hätte es kaum einen Obstbauern gegeben, der keine Einkommenssteuer zahlen mußte. Viele Betriebe seien gezwungen, ihre kurzfristigen Kredite, die für Spritzmittel oder Düngemittel aufgenommen wurden, in langfristige umzuwandeln, weil die Gewinne nicht ausreichen. So wird den Bauern praktisch eine weitere Schlinge um den Hals gelegt, weil gar nicht abzusehen ist, ob sich die Ertragslage bessern wird. In dem Sonderteil des Stader Tageblattes zu den Obstbautagen ist eine Tabelle abgedruckt, die die Einkommenssituation der Obstbaubetriebe veranschaulicht:

Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik und Gewinne im Obstbau (Basis 1972/73 = 100, abgerundet)

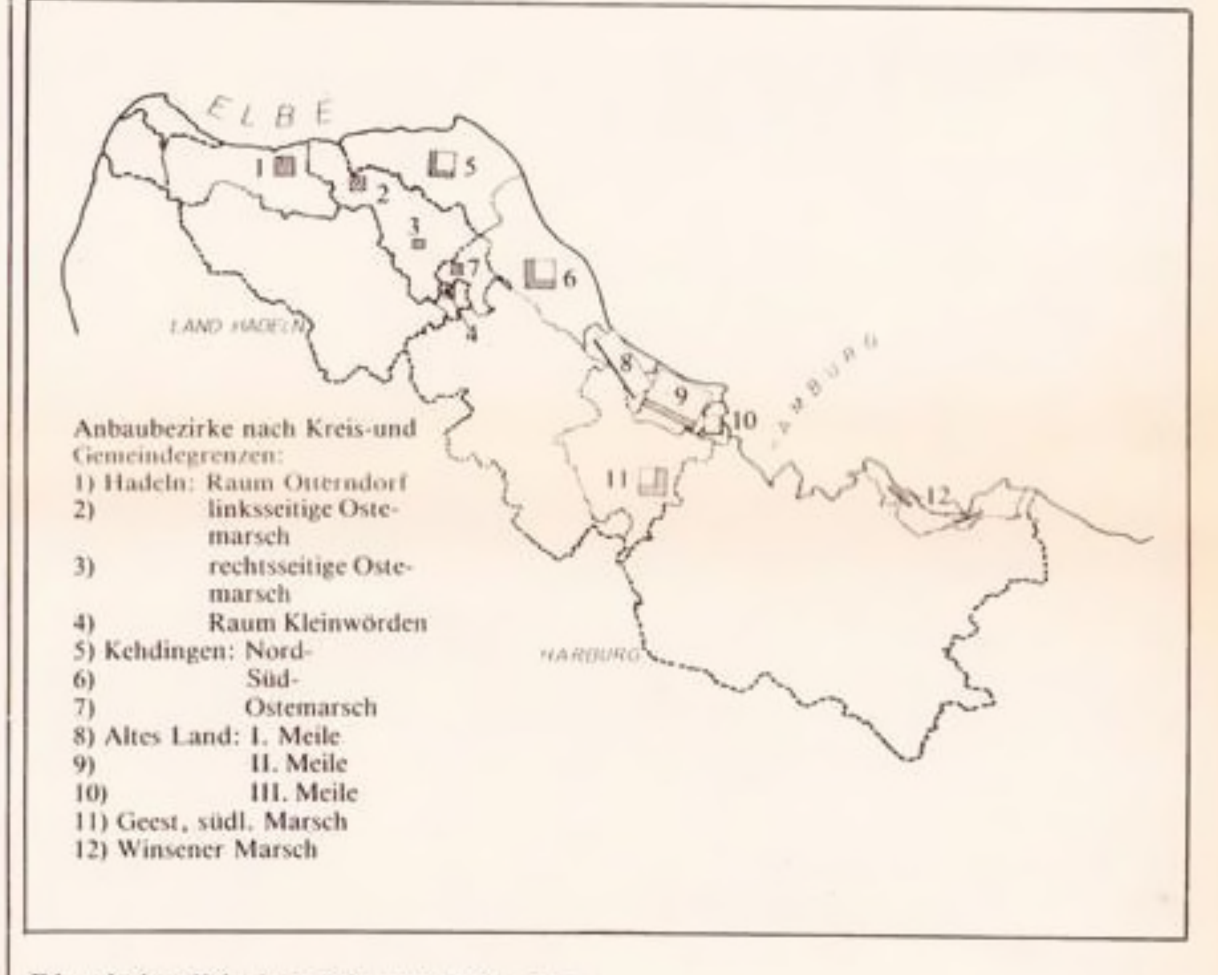
	72/73	73/74	74/75	75/76	76/77	77/78	78/79	79/80
Lebenshaltungskosten	100	108	116	124	130	135	139	145
Gewinne je Betrieb	100	46	52	71	130	140	55	44

(aus: Stader Tageblatt 13.1.81)

Die Zahlen stammen aus dem Agrarbericht der Bundesregierung, ihnen wurden Daten aus 28 niederelbischen Obstbaubetrieben gegenübergestellt.

Von der Krise sind vor allem die Betriebe betroffen, die direkt im Alten Land liegen, weil hier eine ausgesprochene Monokultur entstanden ist. Diesen Zustand aus den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu erklären, wird nicht ausreichen. So kann z.B. in unmittelbarer Nähe der Obsthöfe keine Viehwirtschaft betrieben werden, weil die notwendigen Obstbaumspritzungen für Tiere schädlich sind. Ebensowenig kann z.B. Gemüse zusammen mit Äpfeln gelagert werden, weil das ausscheidende Äthylen der reifenden Äpfel das Gemüse verderben würde. Insgesamt haben die Beschlüsse der EG zur „Strukturbereinigung im Obstbau" die Ruinierung der Obstbauern beschleunigt, die hier im einzelnen aber nicht untersucht werden können.

Der Kreistag des Landkreises Stade fordert in einer Entschließung von der niedersächsischen Landesregierung Zuschüsse und steuerliche Erleichterung für die Obstbauern. Die Ruinierung der Obstbauern in dieser Region wird dadurch höchstens hinausgeschoben, eine Lösung der wirtschaftlichen Krise wird es im Kapitalismus nicht geben. Das Landvolk, Kreisverband Stade ruft am 14. Februar zu einer Demonstration auf, auf der über die Lage in der Landwirtschaft informiert werden soll.



Die niederelbischen Obstanbauflächen.

Kundgebung am 1. Mai 81 in Kiel

min ist noch nicht bekannt. Am 28. Februar läuft die Friedenspflicht aus. Von Seiten der Gewerkschaft wurde der Beginn der Verhandlungen begleitet von einigen Warnstreiks und einer Kundgebung von 1500 Metallern in der Neumünsteraner Holstenhalle für die Abschaffung der Lohngruppe zwei. Von Seiten der Arbeiterbewegung sind die Bedingungen in diesen Tarifverhandlungen nicht so schlecht. Die Versammlung in Neumünster hat gezeigt, daß einige Wirkung für die Forderung nach Abschaffung der LG2 durch die Kampagne der Gewerkschaft erreicht worden ist. Dies bedeutet eine wichtige Stützung der in dieser Tarifrunde so wichtigen Mindestforderung von 125 DM. Erklärtes Ziel der Kapitalisten ist es, einen Abschluß weit unter der Inflationsrate zustande zu bringen und gleichzeitig jede überproportionale Erhöhung der unteren Lohngruppen zu verhindern. Sie wissen um die Wirkung der Steigerung der industriellen Reservearmee in Verbindung mit dem weiteren Absinken der unteren Lohngruppen auf das Lohnniveau insgesamt, und so wird wahrscheinlich ohne Streik nichts zu erreichen sein.

Ein Streik in Bezirken des Nordverbunds ist im Gespräch, und die Bedingungen sind hier, verglichen mit anderen Tarifbezirken, nicht schlecht. Zum einen ist die Metallindustrie in diesem Gebiet stark konzentriert und arbeiten

die Ostseehalle, wo die Tradition des 1. Mai und die Interessen und Forderun-

Fahrzeugbau. Zum dritten kann die Schiffbauindustrie ein entscheidender Faktor werden. In Schleswig-Holstein sind 16% der Beschäftigten der Metallindustrie im Schiffbau tätig, davon allein die Hälfte bei HDW in Kiel. Der Wirtschaftszyklus der Werftindustrie unterscheidet sich von dem der anderen Industrie. Durch die langen Produktionszeiten und die zeitlich versetzte Abhängigkeit von den anderen Industriezweigen sind die Werften insgesamt bis 1982 ausgelastet und für das Jahr 1982 zur Hälfte. Bei einigen Werften, wie bei HDW, ist der Auftrags- und Beschäftigungsstand bis 1983 gesichert. Zwar ist in Schleswig-Holstein die Zahl der im Schiffbau beschäftigten Arbeiter um 400 gesunken, aber die geleisteten Arbeitsstunden waren am höchsten im Vergleich zu anderen Bereichen der Metallindustrie. Mit erheblichen Überstunden und der Anmietung von Arbeitern versuchen die Schiffbaukapitalisten, ihre Aufträge durchzuziehen. Seit der Schiffbaukrise 1973 haben die Kapitalisten durch ihr Rationalisierungs- und Investitionsprogramm erreicht, daß in wichtigen Bereichen der Produktion wieder erhebliche Profite gemacht werden. Die Zeit bis zum Ende der Friedenspflicht muß man nutzen, die Bedingungen eines Streiks zu debattieren, was die Widersprüche unter den Kapitalisten verschärfen wird.

gewonnen werden (z.Zt. 130 von 600). Im Mai letzten Jahres hatte die

Anbauflächen. Die 1972 zuletzt durchgeführte Strukturanalyse ergibt die folgende Verteilung der Betriebsgrößen im niedersächsischen Obstanbau:

unter 0,5 ha 24,5%
0,5 - 2,0 ha 33,6%
2,0 - 5,0 ha 15,6%
5,0 - 10,0 ha 13,3%
über 10,0 ha 13,0%

Der wissenschaftliche Beirat des Zentralverbandes Gartenbau, Bonn, sieht in einem Bericht „Aspekte des Strukturwandels im Gartenbau", 1975, für reine Baumobstbetriebe als Mindestgröße 10 bis 15 ha an. Danach wurde diese Fläche für notwendig gehalten, um einen Mindestumsatz von 76000 bis 114000 DM zu erzielen, der als Grundlage für ein ausreichendes Einkommen angesehen wird. Ausgehend von dieser Analyse reicht bei 87% der Betriebe die Flächenausstattung nicht aus, um einen Vollerwerbsbetrieb zu bewirtschaften. Die durchschnittliche Größe eines Obstbaubetriebes, der zu über 70% seiner Einnahmen aus dem Obstbau erzielt, liegt bei 4,8 ha.

Mit diesen Zahlen läßt sich schon ansatzweise die gegenwärtige Lage der Obstbauern aufzeigen. Bei den diesjährigen Norddeutschen Obstbautagen in Jork ging man davon aus, daß innerhalb der nächsten fünf Jahren mindestens 30% der Höfe aufgeben müssen. Auf einer Informationsveranstaltung

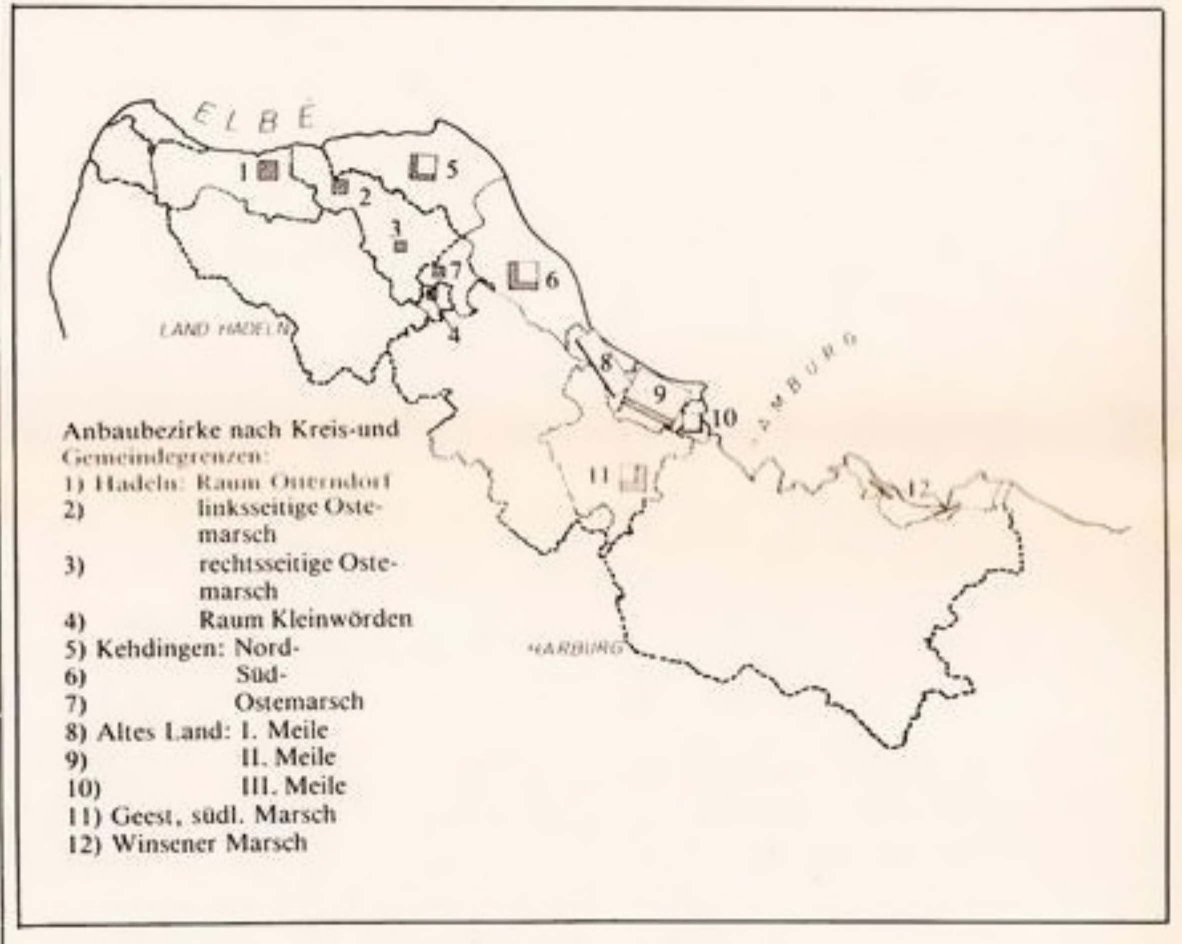
nisterium nicht das Recht habe, dieses Ausbildungsverhältnis einseitig zu ver-

Obstbaubetrieben gegenübergestellt.

Von der Krise sind vor allem die Betriebe betroffen, die direkt im Alten Land liegen, weil hier eine ausgesprochene Monokultur entstanden ist. Diesen Zustand aus den Gesetzmäßigkei-

Mittwoch, 28.1.1981

Krise wird es im Kapitalismus nicht geben. Das Landvolk, Kreisverband Stade ruft am 14. Februar zu einer Demonstration auf, auf der über die Lage in der Landwirtschaft informiert werden soll.



Die niederelbischen Obstanbauflächen.

Kundgebung am 1. Mai 81 in Kiel

abc. Der 1. Mai-Auschuß des DGB und der Kreisvorstand haben beschlossen, am 1. Mai in diesem Jahr wieder eine Kundgebung und Demonstration in Kiel durchzuführen. Dies muß jetzt in den Einzelgewerkschaften konkret diskutiert und geplant werden. Der Beschluß, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse wieder als Demonstration und Kundgebung auf dem Rathausplatz durchzuführen, kommt zustande aufgrund von massiver Kritik der Mitglieder und Gewerkschaftsgremien u.a. aus dem HBV- und ÖTV-Bereich und dem Kreisjugendausschuß. Zuletzt fand eine Kundgebung 1978 statt. 1979 und 1980 verlegte die Gewerkschaftsführung den 1. Mai in die Ostseehalle, wo die Tradition des 1. Mai und die Interessen und Forderungen der Arbeiterbewegung zu einem „bunten Abend" herabgewürdigt wurden. Selbst Stadtpräsident Johannig konnte nicht umhin, am 1. Mai letzten Jahres in der Ostseehalle eine Kundgebung anzuregen. Es liegt jetzt an den Gewerkschaftgruppen, den 1. Mai vorzubereiten, Forderungen zu beraten und Transparente und ähnliches zu erstellen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/ 39 49 04;verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer ; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

Vertrauensleutekörper bei Lumoprint gebildet

lum. Nach etwa 9 Monaten Anstrengungen gelang es im Dezember, bei Lumoprint (Pelikan Informationstechnik) einen 18-köpfigen Vertrauensleutekörper zu bilden. Ende letzten Jahres wurde eine VK-Leitung gewählt. Das Ergebnis wurde an den Schwarzen Brettern der Geschäftsleitung und auf der Betriebsversammlung bekanntgegeben. Auf dieser Betriebsversammlung gab es damals erstmals seit Jahren Redebeiträge von Beschäftigten. Vor allem Vertrauensleute stellten der Geschäftsleitung Fragen zu geplanten Rationalisierungsmaßnahmen und Verlagerungen. Der neue Vertrauensleutekörper beabsichtigt, nun eine VK-Zeitung herauszugeben, wo z.B. die Betriebsversammlung ausgewertet wird. Durch die VK-Gründung gibt es auch bessere Möglichkeiten für eine demokratische Aufstellung der Liste zu den Betriebsratswahlen. Auch eine Reihe neuer Gewerkschaftsmitglieder konnte gewonnen werden (z.Zt. 130 von 600). Im Mai letzten Jahres hatte die Lumoprint-Geschäftsleitung durch Entlassung eines Vertrauensmannes versucht, *den VK-Aufbau* zu verhindern. Das Gegenteil wurde bewirkt, und der Kollege ist seit Oktober auch wieder im Betrieb. Lumoprint ist nicht im Unternehmerverband.

Veranstaltung der Fachschüler gegen das Kultusministerium

pes. Mit einer Veranstaltung unter dem Motto „Wir wollen wieder Fachschüler werden" setzte die SV der Fachschule jhren Kampf für die Wiederanerkennung ihres Status als Fachschüler gegen das Kultusministerium fort. Ca. 350 Schüler, Eltern und Erzieher waren erschienen, um den anwesenden Vertretern des Kultusministeriums und der Parteien ihre Entschlossenheit klarzumachen, an ihren Forderungen festzuhalten (s.KVZ 52/80). Während Schütt vom Kultusministerium und die CDU-Landtagsabgeordnete Kunigunde Bachl die Maßnahmen der Bundesregierung verteidigten und sie unter anderem mit überhaupt nicht vorhandenen bundeseinheitlichen Regelungen der Fachschul- und Berufsfachschulausbildung begründeten, griffen die anwesenden Teilnehmer diese Maßnahmen zur Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen und der Kürzung des BAFöG an und forderten die Rückgängigmachung der Erlasse des Kultusministeriums. So wurde von einem Vater einer Fachschülerin angegriffen, daß seine Tochter als Fachschülerin begonnen habe und das Ministerium nicht das Recht habe, dieses Ausbildungsverhältnis einseitig zu verändern. Am 4. Februar findet eine weitere Veranstaltung in der Räucherei statt. Am gleichen Tag findet vot dem Schleswiger Verwaltungsgericht ein Prozess statt, in dem Fachschüler gegen die neuen BAFöG-Abstufungen klagen.

Veranstaltungskalender

Montag, 26.1.1981

Hamburg: Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt. Thema: Die beiden Supermächte – gemeinsame Feinde aller Völker, die UdSSR – die gefährlichste Quelle eines Weltkrieges. 20 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstraße 5.

Dienstag, 27. und Mittwoch, 28.1.1981

Kiel: Veranstaltungsreihe der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung „Geschichte der Produktionsweisen", 20 Uhr, Gaststätte „Kaiser Friedrich" (am Wilhelmsplatz), im „Stübchen".

Mittwoch, 28.1.1981

Hamburg: Treffen der Musikgruppe, 19.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer.

Donnerstag, 29.1.1981

Hamburg: Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Arbeitsgruppe Deutsche Geschichte, Thema: Zusammenfassung der Erfahrungen bei der Arbeit mit den Quellenheften. 20 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstraße 5.

Donnerstag, 29.1.1981

Kiel: Öffentliche Debatte des KVZ-Artikels „Wirtschaftliche und politische Lage zu Beginn der Tarifbewegung '81" aus: KVZ 48/80, S.14/15.

Donnerstag, 29., Freitag, 30.1.1981

Hamburg: Sitzstreik organisiert von der Arbeitsgruppe arbeitsloser Lehrer in der GEW vor der Schulbehörde, Hamburger Straße.

Sonntag, 1.2.1981

Kiel: Öffentliche Schulung von „Der Bürgerkrieg in Frankreich" von Karl Marx. Ort: Alte Mensa, Kieler Universität, 9 Uhr.

Montag, 2.2.1980

Hamburg: Demonstration gegen den Bau des AKW Brokdorf, 17 Uhr, Moorweide

Zur Kritik des 'sozialen' Wohnungsbaus

Die Organe der Arbeiterklasse müssen die Wohnungspolitik der Kommunen kontrollieren

cab. Die Nullnummer des „Infos" des Mieterverbandes „Mieter helfen Mietern" erschien mit der Schlagzeile „Hamburg: 100 Häuser leer". Im Untertext wird aufgeklärt: „Alle reden von Wohnungsnot – die SAGA macht sie!" Erinnert man sich an die letzte Podiumsdiskussion der Mieterinitiativen (KVZ 4, S. 15), kann man dieses nur unterstreichen. Der SAGA-Pressesprecher hatte dort mit der Unverschämtheit aufgewartet, daß nicht alle Wegsanierten billige Wohnungen wollten, sondern „preiswerte". Die tiefsinnige Bemerkung dieses Herrn und ihre Bedeutung für die SAGA wird dadurch dokumentiert, daß 10000 Mieter durch die Sanierung von 80000 Wohnungen allein seit 1973 vertrieben wurden. Seit den sechziger Jahren werden ganze Stadtteile „modernisiert" und die Bevölkerung „entmietet", das heißt, rausgeschmissen

Das Konzept der „Kahlschlag-Sanierung", wie es verräterisch von den Experten der Baubehörde genannt wurde, und welches vorsah, alte Häuser zugunsten steriler und monotoner Beton-Silos abzureißen, wurde schließlich durch das Prinzip der „Blockentkernung" ersetzt, da billiger. Die alten Straßenfronten konnten stehenbleiben, doch dahinter wurde rigoros planiert und perfekt „begrünt". Eine Westberliner Langzeit-Untersuchung ergab vor kurzem, daß derart beglückte Einwohner zu über 50% eine Sanierung dieses Musters ablehnten. Die gemeinsame Mauschelei von Baubehörde, Politikern, Wohnungskapitalisten und Finanzbourgeoisie in und um die Koordinationsausschüsse bei den Bezirksparlamenten führte zu solch grotesken Beschlüssen wie, tragende Hauswände um 15 cm nach innen zu versetzen, damit die Wohnzimmer die amtlich verordnete Größe haben. Die Wohnungseigentümer lassen dann ihr Eigentum lieber verrotten, obwohl in Hamburg 41000 § 5-Schein-Berechtigte in den Bewerberlisten der Ämter notiert sind und 80000 insgesamt eine Wohnung suchen.

Nach Berechnungen des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen, in dem 133 „gemeinnützige" Baugesellschaften der Nordregion vereint sind, wurden 1978 von den Verbandsmitgliedern nur noch 1876 Wohnungen errichtet, davon waren 455 Eigenheime. Die Wohnungsbauleistung sank gegenüber dem Vorjahr damit um 68%. 1979 und 1980 war die Bauleistung in Hamburg nach Angaben des Verbandes kaum höher als 1978. In Schleswig-Holstein verminderte sich

lich durch das Prinzip der „Blockentkernung" ersetzt, da billiger. Die alten Straßenfronten konnten stehenbleiben, doch dahinter wurde rigoros planiert und perfekt „begrünt". Eine Westberliner Langzeit-Untersuchung ergab vor kurzem, daß derart beglückte Einwohner zu über 50% eine Sanierung dieses Musters ablehnten. Die gemeinsame Mauschelei von Baubehörde, Politikern, Wohnungskapitalisten und Finanzbourgeoisie in und um die Koordinationsausschüsse bei den Bezirksparlamenten führte zu solch grotesken Beschlüssen wie, tragende Hauswände um 15 cm nach innen zu versetzen, damit die Wohnzimmer die amtlich verordnete Größe haben. Die Wohnungseigentümer lassen dann ihr Eigentum lieber verrotten, obwohl in Hamburg 41000 § 5-Schein-Berechtigte in den Bewerberlisten der Ämter notiert sind und 80000 insgesamt eine Wohnung suchen.

Nach Berechnungen des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen, in dem 133 „gemeinnützige" Baugesellschaften der Nordregion vereint sind, wurden 1978 von den Verbandsmitgliedern nur noch 1876 Wohnungen errichtet, davon waren 455 Eigenheime. Die Wohnungsbauleistung sank gegenüber dem Vorjahr damit um 68%. 1979 und 1980 war die Bauleistung in Hamburg nach Angaben des Verbandes kaum höher als 1978. In Schleswig-Holstein verminderte sich

der Wohnungsbau um 62% im Jahr 1978.

Gewerkschaften und Parteien kritisieren die Wohnungsmarktlage

Am 18. Juni 1980 hat der Bundestag die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung debattiert. Und schon Anfang letzten Jahres hat die SPD in Dortmund einen Städtetag abgehalten, auf dem sie Forderungen nach bezahlbaren Wohnungen hat behandeln müssen. Zu solchen Debatten werden die bürgerlichen Parteien jetzt in zunehmendem Maße gezwungen, weil die Ausgaben, die die Volksmassen für Wohnung und Energie machen müssen, im letzten halben Jahr erheblich gestiegen sind und weil durch Kampf und Zusammenschluß den Forderungen nach anständigen und bezahlbaren Wohnungen Nachdruck verliehen worden ist und wird. Der DGB stellt in seinen „Wahlpfüfsteinen zur Landtagswahl NRW" fest: „Obwohl der Wohnungsmarkt noch statistisch ausgeglichen ist, nimmt die Zahl der Wohnungssuchenden in den Ballungsgebieten erschreckend zu. Es fehlen preiswerte Wohnungen, die von ihrer Lage, ihrer Größe und Ausstattung her dem tatsächlichen Bedarf entsprechen . . . " (S. 14) Und er forderte: „Grundsatz der Wohnungspolitik muß eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit modern ausgestatteten Wohnungen sein und zwar zu Mieten, die in einem angemessenen Verhältnis zum Einkommen stehen. Dabei darf der gestiegene Aufwand der Mieter für Energiekosten nicht außer Acht gelassen werden."

Die Kommunen sind in der Organisation der Wohnungs- und Wohnungsbaupolitik nicht selbständig. Sowieso müssen sie sich dabei auf das einzeln, privat oder gesellschaftlich gefaßte Wohnungsbaukapital stützen, das keinen anderen Befehlen als denen der Konkurrenz um den Schnitt gehorcht, den man mit dem Bau und der Vermietung von Wohnungen machen kann. Im übrigen gelten Bundesgesetze, mit denen sich die sozialliberale Koalition in den siebziger Jahren hat die Mietzahlung durch die Mieter garantieren und die Mietenplünderung auf drei „Säulen" stellen lassen: sozialen Wohnungsbau, Sanierung und Modernisierung. Aufgrund des Rückgangs des öffentlich geförderten Mietwohnungsbaus wird wieder eine größere Wohnungsnot eintreten, denn die Nachfrage nach öffentlich geförderten Mietwohnungen hält weiter an. Für 1979 stellte der Deutsche Verband für Wohnungswesen einen Fehlbestand von rund 1,1 Mio. Sozialwohnungen fest. Im sozialen Wohnungsbau haben durch Wegfall staatlicher Subventionen folgende Mietsteigerungen stattgefunden bzw. werden nach Hochrech-

Einkommen stehen. Dabei darf der gestiegene Aufwand der Mieter für Energiekosten nicht außer Acht gelassen werden."

Die Kommunen sind in der Organisation der Wohnungs- und Wohnungsbaupolitik nicht selbständig. Sowieso müssen sie sich dabei auf das einzeln, privat oder gesellschaftlich gefaßte Wohnungsbaukapital stützen, das keinen anderen Befehlen als denen der Konkurrenz um den Schnitt gehorcht, den man mit dem Bau und der Vermietung von Wohnungen machen kann. Im übrigen gelten Bundesgesetze, mit denen sich die sozialliberale Koalition in den siebziger Jahren hat die Mietzahlung durch die Mieter garantieren und die Mietenplünderung auf drei „Säulen" stellen lassen: sozialen Wohnungsbau, Sanierung und Modernisierung. Aufgrund des Rückgangs des öffentlich geförderten Mietwohnungsbaus wird wieder eine größere Wohnungsnot eintreten, denn die Nachfrage nach öffentlich geförderten Mietwohnungen hält weiter an. Für 1979 stellte der Deutsche Verband für Wohnungswesen einen Fehlbestand von rund 1,1 Mio. Sozialwohnungen fest. Im sozialen Wohnungsbau haben durch Wegfall staatlicher Subventionen folgende Mietsteigerungen stattgefunden bzw. werden nach Hochrech-

nungen passieren:

Jahr	Preis/qm	Miete ges./DM
1975	4,27	298,90
1978	5,78	404,60
1982	7,59	531,30
1986	9,54	667,80
1989	11,30	791,00

Quelle: IMSF-Informationsbericht Nr. 9, Frankfurt/M., 1977

Die Wohnungsfrage kann nur revolutionär gelöst werden

Nach Informationen der „Neuen Heimat" rechnet diese in Hamburg mit einer Kostenmiete von über 20 DM je Quadratmeter und Monat. Die Bewilligungsmieten für Sozialwohnungen sind in Hamburg bei 6,30 DM je Quadratmeter gebunden, in den anderen Bundesländern aber sind sie noch niedriger. Die wachsende Differenz zwischen Kostenmiete und dem fixierten Mietzins allerdings treibt die erforderlichen staatlichen Darlehen und Zinssubventionen je Einheit in die Höhe und beschränkt somit bei unveränderten staatlichen Fördermitteln die Zahl der subventionierten Objekte. Die Hausbesitzerkapitalisten müssen sich nach profitableren Verwertungsmöglichkeiten für ihren Besitz umsehen. In seiner Abhandlung „Zur Wohnungsfrage" faßt Engels diese Gesetzmäßigleit bündig zusammen:

„Geradeso ist es mit der Wohnungsnot. Die Audehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude statt dessen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andre. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann". Das Wort vom Staat als Geschäftsführendem Ausschuß der Bourgeoisie bestätigt sich dann, wenn Verquickung von Staat und Kapitalisten stattfindet. Im konkreten Fall ist es der Hamburger SPD-Landesvorsitzende Staak, der am letzen Donnerstag als Vorstandssprecher in die Leitung des Städtischen SAGA-Wohnungsunternehmens eingetreten ist, wo hinein er zwei Tage zuvor vom Aufsichtsrat gewählt worden war. Vorher war Staak Innensenator gewesen. Die sogenannten Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat haben durchgesetzt, daß Staak einen Fünfjahresvertrag bekommt, der nur aus wichtigem Grund aufgelöst werden darf. Dies, weil Anfang der siebziger Jahre der heutige Bürgermeister Klose nach nur reichlich einjähriger Tätigkeit bei der SAGA in den Senat übergewechselt war, und selbst alte Sozialdemokraten sich über diese „Geschäfts"-Methoden mokierten.

Es zeigt sich, daß die Lohnabhängigen schlecht beraten sind, wenn sie bei der Beseitigung der hohen Mieten wie der erneut beginnenden Wohnungsnot für breitere Schichten des Volkes auf den sozialen Wohnungsbau setzen, ohne daß die Bedingungen, unter denen gefördert, vermietet und bewohnt wird, zugleich einer Revision unterzogen werden. Wäre es nicht vernünftig, die Organe der Arbeiterklasse hätten in den Kommunen die Kontrolle über die Gelder, die aus Steuern für die Wohnungspolitik zur Verfügung gestellt werden, und über die Bedingungen, zu denen sie aufgegeben werden? Dies scheint mir solange notwendig zu sein, bis mit der ausschließlichen Kontrolle über den Boden und den großen Häuserbesitz durch Enteignung und Kommunalisierung auch die widerwärtigsten Formen der Mietplünderei beseitigt werden können, wie Mietwucher, Bodenspekulation und Vetreibung aus der Wohnung.

Schlußfolgerungen: Es ist offenkundig, daß der soziale Wohnungsbau den Bedürfnissen der Massen nicht gerecht wird und nicht gerecht werden kann. – Wir haben an dieser Stelle bereits einige Male über den basisdemokratisch organisierten Mieterverband berichtet. Wir geben seine Anschrift bekannt: Wohlwillstr. 18, 2000 Hamburg 4, tel. 040/316 868; Beratungen Mi/Do 17.30-19.30 h. Der KBW wird den Mieterverband durch eigene Forschungen unterstützen. Der Mieterverband ist auf einem richtigen Weg der Kritik und der mittelfristigen Lösung der Ergebnisse einiger Mißstände kapitalistischer Wohnungspolitik. Die konsequente und an die Wurzel gehende Fortsetzung der Kritikbewegung allein ist indes die Beseitigung ihrer gesellschaftlichen Ursachen durch die soziale Revolution des Proletariats.

Demonstration gegen das KKW Brokdorf

Demonstriert im Block der IG Druck und Papier

uwz. Anläßlich des SPD-Parteitages haben die IG Druck und Papier, die GEW, die beiden BUU Plena in Hamburg, verschiedene politische Organisationen (Jusos, DKP, Grüne, Bunte Liste, KB, KBW u.a.) dazu aufgerufen, gegen das AKW Brokdorf und das Kernenergieprogramm der Bundesregierung zu demonstrieren. Dies in einer Situation, wo die Bundesregierung versucht, das Kernenergieprogramm gegen den Widerstand aus der Bevölkerung durchzusetzen und, durch Abweisung der Klage gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung, jetzt auch die „legalen" Möglichkeiten zum Weiterbau hat.

Angesichts dieser Lage formiert sich der Widerstand gegen Brokdorf, was Klose zum Taktieren veranlaßt hat, indem er auf der einen Seite Brokdorf ablehnt, auf der anderen, die Kapitalisten mit billigem Kohlestrom versucht zu ködern. Dies hat zu Widersprüchen in der SPD geführt, die sich darin ausdrücken, daß bisher 511 Delegierte gegen Brokdorf und 307 für Brokdorf abstimmen wollen. Die Erkenntnis, daß es nützlich ist, wenn sich Teile der Sozialdemokratie gegen Brokdorf aussprechen *müssen*, zeigen die Beschlüsse von verschiedener Seite, anläßlich des Sonder-Energieparteitages gegen Brokdorf zu demonstrieren. Der Innensenator Pawelczyk versucht die Spaltung der Bewegung, weil er befürchtet, daß sich Tausende vor dem Gewerkschaftshaus versammeln und ihre Forderungen gegen Brokdorf vortragen. Dies soll mittels des Polizeiapparates und dem Verbot einer von den Jusos durch die Innenstandt zum Gewerkschaftshaus angemeldeten Demonstration geschehen. Der Druck der Bewegung soll so mit dem Polizeiknüppel von den Delegierten ferngehalten werden. Dies ist ein offener Schlag auch gegen die Gewerkschaften IG Druck und Papier und GEW, die zur „*Waffenschmiede des Proletariats*", wie August Bebel das Gewerkschaftshaus bei der Einweihung nannte, weniger Zutrittsrechte haben soll als die Regierungssozialdemokratie und der bürgerliche Staat und seine Polizei. So soll der politische Fortschritt, nämlich, daß Teile der Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung gemeinsam gegen das Kernenergieprogramm demonstrieren, wieder zunichte gemacht werden. Am Sonnabend, den 23.1., wurden Anzeichen deutlich, daß die Jusos sich auch durch einen Schleichweg über die Kennedybrücke einwickeln lassen haben. Auf mehreren Aktionseinheitsverhandlungen, wo alle oben genannten (bis auf die GEW) teilgenommen hatten, gab es eine breite Übereinstimmung für die sogenannte Kolmarer Erklärung, die die Forderung „Das AKW Brokdorf darf nicht weitergebaut werden, das Atomprogramm muß eingestellt werden! Der Hamburger Senat soll die HEW aus dem Brokdorf-Projekt herausziehen!" enthält und zu einer Demonstration bei Baubeginn am Bauplatz in Brokdorf aufruft. Das politische Problem wird deutlich, daß trotzdem dieser gemeinsame Aufruf nicht zustande kam, weil autonome Gruppen unter Führung der Mitglieder des AK Ökologie nicht gemeinsam mit den Jusos demonstrieren wollten, weil diese sich für „friedliche Demonstration" ausgesprochen hatten. Die Autonomen haben in abenteuerlicher Weise die Einheit der Bewegung damit gespalten, daß sie einen minimalen Aufruf, eine gemeinsame Plattform durch In-den-Vordergrund-Stellen von Trennendem verhinderten. Daß sie „*2 Tage die Stadt zu unserer Stadt und nicht der Stadt der HEW*" machen wollten, anstatt einer einheitlichen Demonstration lieber „*praktische Aktionen mit viel Phantasie von Mollis bis eingeworfene Schaufenster mit HEW-Reklame*", zeigt ihre Verachtung für die Arbeiterbewegung, überhaupt eine Unterschätzung des bürgerlichen Staates und seines Gewaltapparates. So setzten sich auch tatsächlich abenteuerliche Vorstellungen durch bei den BUUs, um 16 Uhr zur Demonstration aufzurufen, ohne eine *einheitliche* Demonstration im Auge zu haben. Nützlich ist es, wenn die IG Druck und Papier daran festhält, durch die Innenstandt zu demonstrieren, und wenn gegen alle Versuche der Spaltung für eine einheitliche Demonstration um 17 Uhr Abmarsch Moorweide in Gewerkschaften und Vertretungsorganen eingetreten wird. Der KBW ruft auf, sich dem Block der IG Druck und Papier mit Transparenten aus allen Gewerkschaften und Betrieben gegen Brokdorf anzuschließen, um in einer einheitlichen Demonstration das Demonstrationsverbot zu durchbrechen.

Demonstriert im Block der IG Druck und Papier

uwz. Anläßlich des SPD-Parteitages haben die IG Druck und Papier, die GEW, die beiden BUU Plena in Hamburg, verschiedene politische Organisationen (Jusos, DKP, Grüne, Bunte Liste, KB, KBW u.a.) dazu aufgerufen, gegen das AKW Brokdorf und das Kernenergieprogramm der Bundesregierung zu demonstrieren. Dies in einer Situation, wo die Bundesregierung versucht, das Kernenergieprogramm gegen den Widerstand aus der Bevölkerung durchzusetzen und, durch Abweisung der Klage gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung, jetzt auch die „legalen" Möglichkeiten zum Weiterbau hat.

Angesichts dieser Lage formiert sich der Widerstand gegen Brokdorf, was Klose zum Taktieren veranlaßt hat, indem er auf der einen Seite Brokdorf ablehnt, auf der anderen, die Kapitalisten mit billigem Kohlestrom versucht zu ködern. Dies hat zu Widersprüchen in der SPD geführt, die sich darin ausdrücken, daß bisher 511 Delegierte gegen Brokdorf und 307 für Brokdorf abstimmen wollen. Die Erkenntnis, daß es nützlich ist, wenn sich Teile der Sozialdemokratie gegen Brokdorf aussprechen müssen, zeigen die Beschlüsse von verschiedener Seite, anläßlich des Sonder-Energieparteitages gegen Brok-

ist ein offener Schlag auch gegen die Gewerkschaften IG Druck und Papier und GEW, die zur „Waffenschmiede des Proletariats", wie August Bebel das Gewerkschaftshaus bei der Einweihung nannte, weniger Zutrittsrechte haben soll als die Regierungssozialdemokratie und der bürgerliche Staat und seine Polizei. So soll der politische Fortschritt, nämlich, daß Teile der Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung gemeinsam gegen das Kernenergieprogramm demonstrieren, wieder zunichte gemacht werden. Am Sonnabend, den 23.1., wurden Anzeichen deutlich, daß die Jusos sich auch durch einen Schleichweg über die Kennedybrücke einwickeln lassen haben. Auf mehreren Aktionseinheitsverhandlungen, wo alle oben genannten (bis auf die GEW) teilgenommen hatten, gab es eine breite Übereinstimmung für die sogenannte Kolmarer Erklärung, die die Forderung „Das AKW Brokdorf darf nicht weitergebaut werden, das Atomprogramm muß eingestellt werden! Der Hamburger Senat soll die HEW aus dem Brokdorf-Projekt herausziehen!" enthält und zu einer Demonstration bei Baubeginn am Bauplatz in Brokdorf aufruft. Das politische Problem wird deutlich, daß trotzdem dieser gemeinsame Aufruf

diese sich für „friedliche Demonstration" ausgesprochen hatten. Die Autonomen haben in abenteuerlicher Weise die Einheit der Bewegung damit gespalten, daß sie einen minimalen Aufruf, eine gemeinsame Plattform durch In-den-Vordergrund-Stellen von Trennendem verhinderten. Daß sie „2 Tage die Stadt zu unserer Stadt und nicht der Stadt der HEW" machen wollten, anstatt einer einheitlichen Demonstration lieber „praktische Aktionen mit viel Phantasie von Mollis bis eingeworfene Schaufenster mit HEW-Reklame", zeigt ihre Verachtung für die Arbeiterbewegung, überhaupt eine Unterschätzung des bürgerlichen Staates und seines Gewaltapparates. So setzten sich auch tatsächlich abenteuerliche Vorstellungen durch bei den BUUs, um 16 Uhr zur Demonstration aufzurufen, ohne eine einheitliche Demonstration im Auge zu haben. Nützlich ist es, wenn die IG Druck und Papier daran festhält, durch die Innenstandt zu demonstrieren, und wenn gegen alle Versuche der Spaltung für eine einheitliche Demonstration um 17 Uhr Abmarsch Moorweide in Gewerkschaften und Vertretungsorganen eingetreten wird. Der KBW ruft auf, sich dem Block der IG Druck und Papier mit Transparenten aus allen Gewerk-

Kieler Punks fordern Räume

Stadt verfolgt Hinhaltetaktik

abc. Erneut haben sich Kieler Punks mit einem Flugblatt, gemeinsam mit der Initiative „Schöner Wohnen", und einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit gewandt. Die Stadt zeigt bisher wenig Bemühen, Räume ausfindig zu machen und zur Verfügung zu stellen und hofft wohl, daß sich das Problem anders löst, denn wesentlich aktiver ist da die Justiz, die bereits mehrere Punks zu hohen Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt und weitere Verfahren laufen hat. Mit ihrer Presseerklärung wenden sich die Punks gegen die polizeiliche Verfolgung und Unterdrückung, der sie fast täglich ausgesetzt sind und fordern Räume oder ein Haus von der Stadt, um vom Zwang, auf der Straße zu hängen, wegzukommen. Ihre große Schwäche dabei ist jedoch ihre teilweise Isolierung von anderen Jugendlichen, die ähnliche Probleme haben und, wie die Instandbesetzer des Sophienhofs, ihre Forderungen unterstützen.

Offener Brief/Presseerklärung

Mittlerweile kann keiner mehr den fast 4 Jahre alten Punk leugnen. Auch in Kiel, wo es inzwischen eine große Gruppe von Punks gibt. Entstanden ist die Bewegung in den Slums von London. Unsere Ziele sind auf die miserable Situation der Jugendlichen aufmerksam zu machen: Arbeitslosigkeit, Langeweile, Frust und die daraus entstehenden Aggressionen. Wir kämpfen gegen die Nazis, die verkruppte Gesellschaft mit ihren engstirnigen Ansichten und Vorurteilen und gegen Klassenunterschiede (Unterdrückung des kleinen Mannes). Punk ist politisch: von allgemein antifaschistisch bis überzeugt anarchistisch. Wir zeigen unsere Meinung auch in der Öffentlichkeit. Vor allem durch unsere auffällige Kleidung. Wir wollen die Spießer provozieren, an unsere Mißlage erinnern und nehmen dabei kein Blatt vor den Mund. Punk ist keinesfalls Karneval mit Randale, sondern ein internationaler Zusammenschluß von Jugendlichen, die gemeinsam für ihre Rechte kämpfen wollen. Doch werden wir bei unserer Arbeit nicht unterstützt. Ganz im Gegenteil werden wir verkriminalisiert, durch Staatsgewalt unter Druck gesetzt und als der letzte Dreck von den Massenmedien abgestempelt, (z.B. die Springerpresse). Wir haben keine Möglichkeit, von der Straße zu kommen, denn es gibt nirgendwo ein Treffen für uns, wo es Auftrittsmöglichkeiten für unsere Gruppen gibt oder uns aufzuhalten. Wir erwarten nicht, etwas geschenkt zu bekommen, wir wollen auch etwas dafür tun, denn eins steht fest, so geht es nicht weiter!



400 Menschen besuchten am Samstag die Veranstaltung zum 16. Jahrestag des Beginns der palästinensischen Revolution in der Mensa der Universität Hamburg. Es sprachen Abdalla Frangi, Vertreter der PLO in Bonn, und Thomas Reuter, kürzlich aus israelischer Haft entlassen

Späte Trauer über Saigon

Kriegserinnerungen eines ZDF-Korrespondenten



US-Aggressionskrieg in Südvietnam: Ein amerikanischer Söldner setzt ein vietnamesisches Dorf in Brand.

mat.Sydney. Wer Grimmelshausens Simplicissimus gelesen hat oder bei Brechts Mutter Courage die nötige Phantasie aufbringt, der weiß, was sich im Troß eines mittelalterlichen Söldnerheeres alles hinter dem Krieg herwälzte. Kneipiers, Freudenmädchen, Geschäftemacher, Wucherer und was dergleichen mehr ist, teilten sich dort in die Hoffnung, daß bei den Kriegsgeschäften der herrschenden Klasse für sie etwas abfallen könnte. Peter Scholl-Latours Buch ,,Der Tod im Reisfeld", erstmals im Dezember 1979 erschienen und seitdem fast monatlich neu aufgelegt, vermittelt oberflächlich vor allem die Erkenntnis, daß es – welche Überraschung! – bei den imperialistischen Söldnerheeren von heute nicht anders zugeht. Der Autor hat ,,die Erfahrung gemacht, daß die subjektive Berichterstattung oft die ehrlichste Methode ist, der Wirklichkeit oder – wenn man vor dem großen Wort nicht scheut – der Wahrheit näherzukommen." Was den Troß betrifft, kann man ihm das getrost glauben; schließlich gehörte er seit 1946 mit Unterbrechungen dazu und muß es wissen. Im thailändischen Grenzgebiet nach Birma hat er Hippies entdeckt, die sich als CIA-Agenten entpuppen und die Möglichkeiten auskundschaften, nationale Minderheiten gegen die birmanische Regierung aufzuhetzen. Nach der Unterzeichnung des Genfer Abkommens 1954 hat er einen Gefangenenaustausch zwischen dem Vietminh und den französischen Militärs beobachtet und kann berichten, wie die Soldaten der Befreiungsarmee ,,wohleinstudierte" Hochrufe auf die Revolution und Ho Tschi Minh vortragen, während den Fremdenlegionären nur ein unorganisiertes ,,Hipp Hipp Hurra" einfällt. Er weiß von einem ,,bärtigen Sergeant aus der Auvergne" zu berichten, der vietnamesische Hilfstruppen befehligen soll und nachts seine Sammlung Wiener Walzer dröhnen läßt, um nicht die vietnamesischen Lieder der nationalen Befreiung hören zu müssen, die aus den Reisfeldern ertönen.

Die moderne Nachrichtentechnik hat den Troß bereichert und dem Haufen der Prostituierten und Rauschgifthändler den Kriegsberichterstatter dazugesellt. Scholl-Latour ist einer von ihnen. Im US-Hubschrauber fliegt er in Einsätzen mit und ist beim ,,Feuerzauber" dabei. Mit seinen Pressekollegen tauscht er Erinnerungen an Katanga aus und an Leopoldville, das heute Kinshasa heißt. An das 1976 befreite Saigon erinnert er sich: ,,Etwas von der Angst, von der Wut, vor allem der Trauer, die über Saigon lastete, hatte sich auf mich übertragen ... Wie oft hatte ich von der Höhe dieses Hotels auf das gegenüberliegende Ufer des Saigon-Flusses geblickt, auf jene Sumpflandschaft, die Rungsat genannt wurde. Beide Kriege hindurch, im französischen und im amerikanischen, hatten sich die Vietminh und Vietcong in diesen Mangrovenwäldern festgesetzt. Gelegentlich hatten sie vom Rungsat aus ihre Raketen auf das Zentrum der Stadt gerichtet. Damals war diese finstere Ebene durch Leuchtraketen wie durch ein pünktliches Feuerwerk erhellt worden. Aber in dieser Nacht flackerte nur an dem Vorsprung, den man einst La pointe des blagueurs – die Plauderecke nannte, eine Ölfunzel." Welch traurige Beleuchtung gegenüber den früheren Feuerwerken!

Als etablierter Fernsehjournalist hält Scholl-Latour sich an die alte Regel, daß Wahrheiten am besten durch den Mund anderer verkauft werden. Das läßt den Autor objektiv erscheinen und bewahrt ihn davor, selbst der Empörung des Lesers anheimzufallen. ,,Der Tod im Reisfeld" ist für ein bürgerliches Publikum geschrieben, und auch wenn das Bürgertum eine weite Auffassung von Moral hat, will es öffentlich das Laster verurteilt sehen. Ein Opiumrausch in einem Massagesalon und eine Abendeinladung beim französischen Kolonialfunktionär mit ,,zotigen Trinkliedern" und, ,,wie erlesene Kostbarkeiten", einer ,,pornographischen Kollektion" – das muß ausreichen, um die intime Kenntnis des Milieus durch den Autoren zu belegen. Was der Troß – und warum nicht auch der Autor? – darüber hinaus so treibt, unterliegt der Zensur der bigotten Doppelmoral des anvisierten Publikums.

Das Verfahren bewährt sich vor allem auch dort, wo es um die tieferen Wahrheiten geht, um die Fronten im imperialistischen Krieg gegen den Befreiungskampf eines Volkes. Sicher, Klarheit darüber, wo der Autor steht, tut not, und gelegentlich kommen Formulierungen wie ,,blutrünstige Roboter" oder ,,Horror-Regime" für die Soldaten und die Regierung des Demokratischen Kampuchea auch von Scholl-Latour selbst. Im allgemeinen ist die Reaktion aber von undefinierbaren Kräften vertreten, deren Zeugnis dem Autor schließlich nicht angelastet werden kann: ,,Steinzeitkommunisten, wie *man* sie später nannte;" oder: ,,Unter Norodom Sihanuk war Kambodscha ein *für südostasiatische Begriffe* recht ordentlich verwaltetes Land. Dem Volk von Phnom Penh wurden in einem neuen riesigen Stadion Spiele und Feste geboten." (Hervorhebungen vom Verf.) Für direkte und ausführliche Hetze gegen das Demokratische Kampuchea werden dann US-Offiziere, vietnamesische Diplomaten und Sihanuk selbst herangezogen. Scholl-Latour versteht sein Geschäft.

Um das angestrebte Gemälde von tierischer Rohheit und dumpfen Trieben farbkräftig zu gestalten, zieht Scholl-Latour alle Register bereits vergangen geglaubter Kolonialschriftstellerei. Ein Fiebertraum in Bali vom März 1975 (wer kann schon für Fieberträume zur Rechenschaft gezogen werden?) läßt am Leser ,,aus ekelerregender Nähe die geschlachteten Schweine auf einer Hochzeitsfeier bei den wilden Hochlandstämmen von Neuguinea" vorüberziehen und ,,die breite Nase, das mächtige Gebiß, die Augenwülste" der australischen Aborigines, die ,,die eines Neandertalers sein" könnten (welch absichtsvolle Unwissenheit!). 1975 war das Jahr, in dem die Völker Papua-Neuguineas die staatliche Un-



nen Gefangenenaustausch zwischen dem Vietminh und den französischen Militärs beobachtet und kann berichten, wie die Soldaten der Befreiungsarmee ,,wohleinstudierte" Hochrufe auf die Revolution und Ho Tschi Minh vortragen, während den Fremdenlegionären nur ein unorganisiertes ,,Hipp Hipp Hurra" einfällt. Er weiß von einem ,,bärtigen Sergeant aus der Auvergne" zu berichten, der vietnamesische Hilfstruppen befehligen soll und nachts seine Sammlung Wiener Walzer dröhnen läßt, um nicht die vietnamesischen Lieder der nationalen Befreiung hören zu müssen, die aus den Reisfeldern ertönen.

Die moderne Nachrichtentechnik hat den Troß bereichert und dem Haufen der Prostituierten und Rauschgifthändler den Kriegsberichterstatter da-

bewahrt ihn davor, selbst der Empörung des Lesers anheimzufallen. ,,Der Tod im Reisfeld" ist für ein bürgerliches Publikum geschrieben, und auch wenn das Bürgertum eine weite Auffassung von Moral hat, will es öffentlich das Laster verurteilt sehen. Ein Opiumrausch in einem Massagesalon und eine Abendeinladung beim französischen Kolonialfunktionär mit ,,zotigen Trinkliedern" und, ,,wie erlesene Kostbarkeiten", einer ,,pornographischen Kollektion" – das muß ausreichen, um die intime Kenntnis des Milieus durch den Autoren zu belegen. Was der Troß – und warum nicht auch der Autor? – darüber hinaus so treibt, unterliegt der Zensur der bigotten Doppelmoral des anvisierten Publikums.

Das Verfahren bewährt sich vor al-

kratischen Kampuchea auch von Scholl-Latour selbst. Im allgemeinen ist die Reaktion aber von undefinierbaren Kräften vertreten, deren Zeugnis dem Autor schließlich nicht angelastet werden kann: ,,Steinzeitkommunisten, wie *man* sie später nannte;" oder: ,,Unter Norodom Sihanuk war Kambodscha ein *für südostasiatische Begriffe* recht ordentlich verwaltetes Land. Dem Volk von Phnom Penh wurden in einem neuen riesigen Stadion Spiele und Feste geboten." (Hervorhebungen vom Verf.) Für direkte und ausführliche Hetze gegen das Demokratische Kampuchea werden dann US-Offiziere, vietnamesische Diplomaten und Sihanuk selbst herangezogen. Scholl-Latour versteht sein Geschäft.

Um das angestrebte Gemälde von tierischer Rohheit und dumpfen Trieben farbkräftig zu gestalten, zieht Scholl-Latour alle Register bereits vergangen geglaubter Kolonialschriftstellerei. Ein Fiebertraum in Bali vom März 1975 (wer kann schon für Fieberträume zur Rechenschaft gezogen werden?) läßt am Leser ,,aus ekelerregender Nähe die geschlachteten Schweine auf einer Hochzeitsfeier bei den wilden Hochlandstämmen von Neuguinea" vorüberziehen und ,,die breite Nase, das mächtige Gebiß, die Augenwülste" der australischen Aborigines, die ,,die eines Neandertalers sein" könnten (welch absichtsvolle Unwissenheit!). 1975 war das Jahr, in dem die Völker Papua-Neuguineas die staatliche Un-

abhängigkeit erreichten; die ersten Landrechtdemonstrationen in Australien hatten schon 1972 stattgefunden. Nichts davon in Scholl-Latours Fieberträumen, die mehr an frühe Jahrgänge der ,,Deutschen Kolonialzeitung" erinnern.

Das Grundmuster dieser Art Wahrheitssuche ist aus ,,Spiegel", ,,Stern" und anderen bekannt und in Kommunismus und Klassenkampf 11/1980 in zwei Buchbesprechungen an einigen Tatsachen gemessen worden. Scholl-Latour gehört zu jenen Vertretern der Intelligenz, die ihr Gewissen an den Imperialismus verkauft haben und daraus keinen Hehl machen. Daß die vietnamesische Befreiungsarmee 1973 dem in Gefangenschaft geratenen Fernsehteam einen Vertreter der vietnamesischen Intelligenz, der sich dem Kampf des Volkes angeschlossen hatte, als Betreuer zuteilt, scheint ihm allerdings an die Nieren gegangen zu sein: ,,Wir hatten ihn gleich liebgewonnen, diesen stillen, kleinen Mann, der uns später schilderte, wie er seit mehr als zwanzig Jahren im Untergrund, erst gegen die Franzosen, dann gegen den Diktator Diem, schließlich gegen die Amerikaner und Präsident Thieu gekämpft hatte. Er war immer wieder vom Tode gestreift worden, war zweimal in Flächenbombardements der B 52 geraten und hatte mit der Zähigkeit einer Katze überlebt. Kommissar Huyn Ba Tang war ein Außenseiter und Sonderling unter seinen Revolutionskameraden, ... ein frommer Idealist, ein einfältiger Träumer, kurzum ein viel zu guter Mensch." Die Gefahr, in denselben Ruf zu geraten, besteht für Scholl-Latour jedenfalls nicht.

Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß Verkauf des Gewissens mit Verlust des Urteilsvermögens einhergeht. Scholl-Latour beweist ein feines Gespür für die Widersprüche in den Reihen des Gegners, und dabei fällt für den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, einiges ab. Den starken Einfluß nationalchauvinistischer Kräfte in der vietnamesischen Befreiungsfront erkennt er frühzeitig; 1946 fällt ihm bei einer religiös-politischen Sekte ein Globus auf, auf dem Vietnam in überdimensionaler Verzerrung von Kamtschatka bis Australien reicht. Den Aufmarsch vietnamesischer Truppen an der kambodschanischen Grenze beobachtet er schon 1976. Als Vietnam ihn im selben Jahr zu einem Besuch des Grenzgebiets zu China einlädt und den Journalisten dort Tänze nationaler Minderheiten vorgeführt werden, entgeht ihm nicht, was die Behörden auf

Franzosen, dann gegen den Diktator Diem, schließlich gegen die Amerikaner und Präsident Thieu gekämpft hatte. Er war immer wieder vom Tode gestreift worden, war zweimal in Flächenbombardements der B 52 geraten und hatte mit der Zähigkeit einer Katze überlebt. Kommissar Huyn Ba Tang war ein Außenseiter und Sonderling unter seinen Revolutionskameraden, ... ein frommer Idealist, ein einfältiger Träumer, kurzum ein viel zu guter Mensch." Die Gefahr, in denselben Ruf zu geraten, besteht für Scholl-Latour jedenfalls nicht.

Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß Verkauf des Gewissens mit Verlust des Urteilsvermögens einhergeht. Scholl-Latour beweist ein feines Gespür für die Widersprüche in den Reihen des Gegners, und dabei fällt für den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, einiges ab. Den starken Einfluß nationalchauvinistischer Kräfte in der vietnamesischen Befreiungsfront erkennt er frühzeitig; 1946 fällt ihm bei einer religiös-politischen Sekte ein Globus auf, auf dem Vietnam in überdimensionaler Verzerrung von Kamtschatka bis Australien reicht. Den Aufmarsch vietnamesischer Truppen an der kambodschanischen Grenze beobachtet er schon 1976. Als Vietnam ihn im selben Jahr zu einem Besuch des Grenzgebiets zu China einlädt und den Journalisten dort Tänze nationaler Minderheiten vorgeführt werden, entgeht ihm nicht, was die Behörden auf

Befragen zugeben müssen: daß die Tanzgruppen der Minderheiten aufgelöst worden sind und die Vorführung von kostümierten Vietnamesen bestritten wird.

Die Sympathie Scholl-Latours seit 1946, wo sein Buch einsetzt, gehört den französischen Militärs, von General Leclerc – ,,sehr zu Unrecht in einem Roman Hemingways als arroganter Junker skizziert" –, der Erfahrungen aus Tschad und Libyen mitbrachte, über die jungen Offiziere, die Erfahrung nach Algerien mitnehmen würden, bis zum aus Katanga bekannten Generalkonsul. Diese Parteiergreifung, bis in die Befreiung Vietnams hinein, für den ,,alten, erfahrenen, abgehalfterten Liebhaber" gegen den ,,reichen, gutgläubigen, brutalen, jugendlichen und doch schon impotenten Nebenbuhler aus der Neuen Welt" hat natürlich zum Teil persönliche Gründe; denn Scholl-Latour hat in Paris studiert, war dort von 1963 bis 1969 Leiter des ARD-Studios und ist seit 1975 Leiter des Pariser Studios des ZDF. Das erklärt aber nicht alles. Der Autor ist nicht irgendein Journalist, sondern Korrespondent des westdeutschen staatlichen Fernsehens, und wenn ihm das auch gelegentlich erlaubt, trotz Sperrstunde im Mercedes mit Diplomatenkennzeichen herumzufahren, bringt ihm das schließlich doch mehr Schwierigkeiten als Vorteile. Kann er nach dem Sieg über die USA 1976 noch als Gast der Regierung nach Südvietnam einreisen, muß er den Versuch, 1979 die thailändisch-kampucheanische Grenze zu überqueren, aufgeben und sich sein Material in Bangkok zusammenkaufen. (1980 hat er dann aber das Demokratische Kampuchea auf Einladung der Regierung des Demokratischen Kampuchea besucht.) Daß es den französischen Imperialisten trotz ihrer Vergangenheit gelingt, wichtige Eckpunkte ihrer diplomatischen und Informationsbeziehungen arbeitsfähig zu erhalten, weckt in ihm Neid und Anerkennung. Frankreich hat die Periode der Fortsetzung des Krieges durch die USA zu nutzen gewußt und sich in verschiedenen diplomatischen Initiativen den Kräften des nationalen Befreiungskampfes als Vermittler angeboten. Die schlecht versteckte Berechnung, die darin lag, zählte für die kämpfenden Völker nicht in einer Situation, wo eine von den USA distanzierte französische Politik für sie von Nutzen war. Scholl-Latour jedoch war an die Politik der BRD gebunden, für die ,,das Rot-Kreuz-Schiff ‚Helgoland' auf diskrete Weise die deutsche Flagge gezeigt und

Autor ist nicht irgendein Journalist, sondern Korrespondent des westdeutschen staatlichen Fernsehens, und wenn ihm das auch gelegentlich erlaubt, trotz Sperrstunde im Mercedes mit Diplomatenkennzeichen herumzufahren, bringt ihm das schließlich doch mehr Schwierigkeiten als Vorteile. Kann er nach dem Sieg über die USA 1976 noch als Gast der Regierung nach Südvietnam einreisen, muß er den Versuch, 1979 die thailändisch-kampucheanische Grenze zu überqueren, aufgeben und sich sein Material in Bangkok zusammenkaufen. (1980 hat er dann aber das Demokratische Kampuchea auf Einladung der Regierung des Demokratischen Kampuchea besucht.) Daß es den französischen Imperialisten trotz ihrer Vergangenheit gelingt, wichtige Eckpunkte ihrer diplomatischen und Informationsbeziehungen arbeitsfähig zu erhalten, weckt in ihm Neid und Anerkennung. Frankreich hat die Periode der Fortsetzung des Krieges durch die USA zu nutzen gewußt und sich in verschiedenen diplomatischen Initiativen den Kräften des nationalen Befreiungskampfes als Vermittler angeboten. Die schlecht versteckte Berechnung, die darin lag, zählte für die kämpfenden Völker nicht in einer Situation, wo eine von den USA distanzierte französische Politik für sie von Nutzen war. Scholl-Latour jedoch war an die Politik der BRD gebunden, für die ,,das Rot-Kreuz-Schiff ‚Helgoland' auf diskrete Weise die deutsche Flagge gezeigt und

eine Solidarität mit den Amerikanern bekundet hatte," was nur knapp ,,den ursprünglichen Vorschlag eines ihrer Minister, ein Pionier-Bataillon der Bundeswehr in Südvietnam einzusetzen, geschmeidig umgangen" hatte.

Der verlorene Krieg der USA in Indochina war nicht das erste Mal, daß das enge Bündnis der westdeutschen Bourgeoisie mit einer Supermacht ihre Regierung außenpolitisch ins Abseits gebracht hat. Es entbehrt nicht der Ironie, wenn diese Erkenntnis ausgerechnet aus den Zeilen eines ihrer bestallten Journalisten herausklingt. Mit Berufsethos hat das bei Scholl-Latour allerdings nichts zu tun. Die Rivalitäten der Herren wirken sich eben auch im Troß aus.





Zerstörung der US-Aggressoren in Nordvietnam. *Oben:* Zerstörte Stadtviertel von Haiphong, *unten:* durch Bombenangriffe zerstörte Tabakfabrik.